

# Wortprotokoll

## 16. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

11. Mai 2023

### Inhalt:

#### Eröffnung und Begrüßung

#### Mitteilungen des Vorsitzenden

#### Fragestunde:

Beilage 9102/2023: Anfrage der Abg. Margreiter an Landeshauptmann Mag. Stelzer

Beilage 9107/2023: Anfrage der Abg. Bauer an Landeshauptmann Mag. Stelzer

Beilage 9108/2023: Anfrage der Abg. Vukajlović, MSc BA an Landeshauptmann Mag. Stelzer

Beilage 9103/2023: Anfrage der Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A. an Landesrat Dr. Hattmannsdorfer

Beilage 9104/2023: Anfrage des Abg. Präsident Peter Binder an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander

Beilage 9105/2023: Anfrage des Abg. KO Mag. Eypeltauer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander

Beilage 9106/2023: Anfrage der Abg. Häusler, BSc an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander

Beilage 9109/2023: Anfrage des Abg. Bgm. Mag. Hemetsberger an Landesrätin Langer-Weninger, PMM

#### Behandlung des Eingangs und Festlegung der Tagesordnung

#### Geschäftsanträge:

Beilage 521/2023: Initiativantrag betreffend Abhaltung eines Symposiums zur Demokratieentwicklung in Oberösterreich

Redner/innen: Abg. KO Mayr  
Abg. Mag. Höglinger  
Abg. KO Mag. Eypeltauer  
Abg. Aigner  
Abg. KO KommR Ing. Mahr  
Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel

Beilage 522/2023: Initiativantrag betreffend Unterstützungsangebote ausbauen statt Kleinkinder suspendieren

Redner/innen: Abg. Margreiter  
Abg. Mag. Dr. Bammer  
Abg. Mag. Kirchmayr  
Abg. Hofmann  
Abg. Mag. Ammer

Beilage 529/2023: Initiativantrag betreffend ein realitätsgetreues Strompreisbestimmungsmodell für die Zeit der Energiekrise einführen

Redner/innen: Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.  
Abg. Schießl  
Abg. KO Mag. Eypeltauer  
Abg. Aigner  
Abg. Bgm. Mader  
Abg. Schwarz

Beilage 530/2023: Initiativantrag betreffend klares NEIN zu rechtlichen Lockerungen der Cannabispolitik auf EU-Ebene

Redner/innen: Abg. Stanek  
Abg. KO Mag. Eypeltauer  
Abg. Häusler, BSc  
Abg. Haas  
Abg. Bauer  
Abg. Gruber

Beilage 531/2023: Initiativantrag betreffend Anerkennung ganzheitlicher Heil- und Präventionsmethoden

Redner/innen: Abg. Häusler, BSc  
Abg. Präsident Peter Binder  
Abg. Bgm. Mag. Lengauer  
Abg. Schwarz  
Abg. Präsidentin Sabine Binder

### **Verhandlungsgegenstände:**

Beilage 507/2023: Bericht des Ausschusses für Standortentwicklung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung des Landes Oberösterreich zur Kostenbeteiligung an den Studiengängen in den Fachhochschulstandorten in Oberösterreich der FH OÖ Studienbetriebs GmbH

Berichtersteller/in: Abg. Bgm. Angerlehner

Redner/innen: Abg. Bgm. Angerlehner  
Abg. Hofmann  
Abg. Margreiter  
Abg. Mag. Ammer

Beilage 508/2023: Bericht des Ausschusses für Standortentwicklung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Bodenschutzgesetz 1991 geändert wird (Oö. Bodenschutzgesetz-Novelle 2023)

Berichtersteller/in: Abg. ÖkR Ecker

Redner/innen: Abg. ÖkR Ecker  
Abg. ÖkR Ing. Graf  
Abg. Haas  
Abg. Bgm. Mag. Hemetsberger

Beilage 509/2023: Bericht des Ausschusses für Finanzen und Kommunales betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Oö. Gesundheitsholding GmbH für die Jahre 2023 - 2027

Berichtersteller/in: Abg. Grünberger

Beilage 510/2023: Bericht des Ausschusses für Finanzen und Kommunales betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Kepler Universitätsklinikum GmbH für die Jahre 2023 - 2027

Berichtersteller/in: Abg. Bgm. Oberlehner

Redner/innen: Abg. Grünberger  
Abg. Präsident Peter Binder  
Abg. Mag. Dr. Bammer  
Abg. Schwarz  
Abg. Präsidentin Sabine Binder  
Abg. Mag. Dr. Manhal  
Abg. Mag. Dr. Bammer

Beilage 511/2023: Bericht des Ausschusses für besondere Verwaltungsangelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Glücksspielautomatengesetz geändert wird

Berichtersteller/in: Abg. Stanek

Redner/innen: Abg. Stanek  
Abg. Gruber  
Abg. Mag. Höglinger

Beilage 512/2023: Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zum Generellen Projekt Grünaubach (flächenwirtschaftliches Projekt) an der L549 Almsee Straße bei km 6,120 in der Gemeinde Grünau im Almtal

Berichtersteller/in: Abg. Schießl

Redner/innen: Abg. Handlos  
Abg. Bgm. Raffelsberger  
Abg. Haas  
Abg. Mag. Engl

Beilage 513/2023: Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zum Generellen Projekt Haibach an der L515 Eisenbirner Straße von km 22,000 bis km 26,100 in den Gemeinden Freinberg und Schardenberg

Berichtersteller/in: Abg. Schießl

Redner/innen: Abg. Handlos

Abg. Knauseder, MSc  
Abg. ÖkR Ecker  
Abg. Mag. Engl

Beilage 514/2023: Bericht des Verfassungsausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbeamten-Pensionsgesetz geändert wird (Oö. Pensionsanpassungsgesetz 2023)

Berichtersteller/in: Abg. Dr. Csar

Redner/innen: Abg. Dr. Csar  
Abg. Kroiß  
Abg. Heitz  
Abg. Vukajlović, MSc BA

Beilage 529/2023: Initiativantrag betreffend ein realitätsgetreues Strompreisbestimmungsmodell für die Zeit der Energiekrise einführen

Berichtersteller/in: Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.

Beilage 530/2023: Initiativantrag betreffend klares NEIN zu rechtlichen Lockerungen der Cannabispolitik auf EU-Ebene

Berichtersteller/in: Abg. Stanek

**Vorsitz:** Präsident Hiegelsberger  
Zweite Präsidentin Sabine Binder  
Dritter Präsident Peter Binder

**Schriftführer:** Erste Schriftführerin Abg. Mag. Dr. Manhal

**Anwesend:**

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Mag. Stelzer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner, die Landesräte Dr. Hattmansdorfer, Kaineder und Langer-Weninger, PMM, entschuldigt die Landesräte Achleitner, Mag. Lindner und Mag. Steinkellner sowie Dr. Hattmansdorfer ab 14:00 Uhr

Die Mitglieder des Landtags

Landesamtsdirektor Ing. Dr. Watzl

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführerin Mag. Zahradnik-Uebe

(Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr)

**Präsident:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 16. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags und begrüße sie dazu sehr herzlich! Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags und der Oberösterreichischen Landesregierung, die anwesenden Bundesräte, die Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, insbesondere die Schülerinnen und Schüler der Modeschule Ebensee mit Pädagoginnen und Pädagogen, die Bediensteten des Hauses, die Vertreterinnen und die Vertreter der Medien sowie die Zuseherinnen und Zuseher, die unsere Sitzung im Internet mitverfolgen. Und ganz besonders heute begrüßen darf ich unseren Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka, der auf der Galerie Platz genommen hat. Wolfgang, herzlich willkommen! (Beifall)

Wir haben ja kurz vor Beginn der Landtagssitzung die Ausstellung Parlament on Tour gemeinsam mit unserem Landeshauptmann, Bürgermeister Luger und Nationalratspräsidenten Sobotka eröffnet, und er wird noch eine Weile bei uns sein und dann noch Termine in Oberösterreich wahrnehmen.

Die Amtliche Niederschrift über die 15. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags liegt in der Zeit von 12. bis zum 26. Mai 2023 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf. Ich teile mit, dass seit der letzten Sitzung wiederum schriftliche Anfragen eingelangt sind.

Wir haben ihnen diese Anfragen und die schriftlich erteilten Antworten bereits im Wortlaut übermittelt, sodass ich, vorausgesetzt, dass dagegen kein Widerspruch erhoben wird, von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehme.

Wir kommen nun zur Fragestunde. Eine Zusammenstellung der Anfragen haben wir Ihnen auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt. Ich beginne mit der Anfrage der Abgeordneten Margreiter an Landeshauptmann Thomas Stelzer. Bitte!

Abg. **Margreiter:** Wunderschönen guten Morgen Herr Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren auf den Tribünen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Prozess der Bestellung der Gründungspräsidentin des Institute of Digital Sciences Austria (IDSA) am Standort Linz führt seit Monaten zu öffentlich ausgetragenen Diskussionen, die laut Medienberichten zu Verzögerungen im Zeitplan geführt haben. Das Land Oberösterreich hat sich in Höhe von rund 180 Millionen Euro zur Beteiligung an den Errichtungskosten bis 2036 verpflichtet.

Werden Sie sich bei Ihrem Vertragspartner der Artikel 15a-Vereinbarung, der IDSA-Vereinbarung, angesichts der bisherigen Entwicklungen im Gründungsprozess des Institute of Digital Sciences Austria (IDSA) und vor dem Hintergrund, dass der Studienbetrieb in wenigen Monaten starten soll, für eine Anpassung des festgelegten Zeitplans einsetzen?

**Präsident:** Bitte!

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzter Herr Präsident, liebe Frau Kollegin! Unser Vertragspartner, wie das die Verfassung bei 15a-Vereinbarungen vorsieht, ist der Bund und wir eben als Land Oberösterreich sind der zweite Teil der Vereinbarung. Das hohe Haus hier hat mit Stimmen der ÖVP, der FPÖ und der Grünen eine 15a-Vereinbarung beschlossen, die beinhaltet, dass wir uns bei der Errichtung der nötigen Gebäude- und Infrastruktur für die neue Uni, die ein Meilenstein nicht nur für unser Land, sondern für die ganze Republik werden wird, beteiligen. Der Zeitplan dieser

Finanzierungsmodelle ist als Beilage im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden. Ich bin oft mit unserem Vertragspartner im Gespräch, aber am beschlossenen Zeitplan, den die 15a-Vereinbarung vorsieht, gibt es keinen Grund für Änderungen.

**Präsident:** Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Margreiter:** Ja.

**Präsident:** Bitte!

Abg. **Margreiter:** Laut einem Medienbericht gerade heute im Standard, also wirklich sehr aktuell, sagt die Konventionsvorsitzende Claudia von der Linden, dass es eben durch die Debatten, die ja bekannt sind in der Öffentlichkeit, trotzdem zu einem Verlust von vier bis fünf Monaten kommen soll, deshalb noch einmal meine Frage: Was unternehmen Sie, um dennoch eben einen sachgerechten Standort in Oberösterreich zu ermöglichen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Frau Kollegin! Ich habe schon darauf hingewiesen, dort, wo das Land Oberösterreich und wir zuständig sind, gibt es einen fixierten Zeitplan. Das ist die Errichtung der Gebäude. Der ist vom Jahr 2023 bis ins Jahr 2036 festgelegt, auch mit den konkreten Zahlungsströmen.

Der ist so beschlossen worden, und aus heutiger Sicht kann er, Gott sei Dank, auch so umgesetzt werden. Was die Gründung der Uni an sich anlangt, dort sind die Universität und das Wissenschaftsministerium zuständig. Alle Beteiligten, mit denen ja viele im Gespräch sind, bekräftigen aber, dass es einen Beginn der Universität heuer im Herbst geben wird.

**Präsident:** Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Bitte!

Abg. **Margreiter:** Eine habe ich noch. Auch aus diesem Medienbericht zu lesen ist, dass eben der Konvent gemeinsam mit dem Linzer Ars Electronica Center ein Angebot eben für Studierende erarbeitet. Halten Sie es für realistisch, dass Studierwillige bereits heuer, wie im Gründungsgesetz eben, das Sie angesprochen haben, festgehalten, an der Linzer Digital Uni ab dem Wintersemester 2023/2024 studieren können?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Frau Kollegin! Ich bin sehr medieninteressiert, gestehe aber, dass ich den offensichtlich von Ihnen zitierten konkreten Artikel nicht kenne. Ich hoffe, das ist keine allzu große Bildungslücke, aber so wie bei allen Universitäten am Standort Oberösterreich, wo das Land Oberösterreich gerne verschiedene Dinge mitfinanziert, vertrauen wir darauf, dass die Zuständigen, das was sie ankündigen, auch einhalten.

Abg. **Margreiter:** Der Artikel ist im Standard heute. Dankeschön.

**Präsident:** Dankeschön. Damit kommen wir zur nächsten Frage und zwar von Anne-Sophie Bauer an Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Abg. **Bauer:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Kürzlich tagte der Oberösterreichische Klima-Rat, der das höchste politische Beratungsgremium für die Oberösterreichische Klima- und Energiestrategie ist. Fixer Bestandteil in jeder Sitzung des Klima-Rats sind daher Berichte zur Umsetzung der Oberösterreichischen Klima- und Energiestrategie, die auf Basis einer Jahresplanung und eines Fortschrittsberichts erstellt werden. Diese Vorgehensweise ist auch so in der Oberösterreichischen Klima- und Energiestrategie selbst vorgesehen. Bis wann wird

die angekündigte koordinierte Jahresmaßnahmenplanung zur Oberösterreichischen Klima- und Energiestrategie für das laufende Jahr 2023 erarbeitet?

**Präsident:** Bitte!

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Frau Kollegin! So wie im Klima-Rat präsentiert bis voraussichtlich Ende Mai.

**Präsident:** Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Bauer:** Ja, danke.

**Präsident:** Bitte!

Abg. **Bauer:** Das heißt, kann ich davon ausgehen, dass es dann zeitnah eine weitere Klima-Ratssitzung gibt, wo diese Jahresmaßnahmenplanung vorgestellt wird?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Damen und Herren! Die Klimastrategie ist im Jänner in der Landesregierung und dann im März hier im Landtag präsentiert und beschlossen und zur Kenntnis genommen worden. Deswegen kommt es jetzt auch zu einer zügigen Umsetzung, und so wie im Klima-Rat von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern präsentiert, findet der beschlossene Vorgang, nämlich dass alle Stellen einmelden, was sie umsetzen werden, dass sie es dann umsetzen und dass am Ende des Jahres dann auch kontrolliert wird, was davon wirklich in Realität gekommen ist und ob es Nachbesserungen gibt, das findet jetzt entsprechend statt, und das wird natürlich auch ständig präsentiert werden.

**Präsident:** Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Bauer:** Ja, danke.

**Präsident:** Bitte!

Abg. **Bauer:** Wie eingangs schon erwähnt, wird ja auch im Text der Oberösterreichischen Klima- und Energiestrategie dem Oberösterreichischen Klima-Rat die höchste politische Beratungsfunktion zugeschrieben. Und jetzt wäre meine Frage: Planen Sie für die nächste Sitzung des Oberösterreichischen Klima-Rats, die Mitglieder aktiv dazu aufzufordern, Vorschläge für die Weiterentwicklung der Oberösterreichischen Klima- und Energiestrategie einzubringen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Frau Kollegin! Ich glaube nicht, dass irgendjemand im Land Oberösterreich, insbesondere nicht jene Persönlichkeiten und Institutionen, die im Klima-Rat repräsentiert sind, dass die eine Aufforderung von mir brauchen, um sich für den Klimaschutz zu engagieren. Aber, so wie immer, gehe ich davon aus, dass wir über die wichtigen Schritte, die Oberösterreich setzt, auch debattieren und uns auch darüber unterhalten, dass Oberösterreich, Gott sei Dank, in vielen Fragen Vorreiter ist, wenn ich an die Photovoltaik-, die Biomasse-, die Wasserkraft- oder auch die Wasserstoff-Strategie denke.

Abg. **Bauer:** Danke.

**Präsident:** Dankeschön. Wir kommen zu einer weiteren Anfrage von Abgeordneter Vukajlović an Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Abg. **Vukajlović, MSc BA:** Schönen guten Morgen auch meinerseits. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die Einreihungsverordnung ist Basis des Gehaltsschemas im öffentlichen Dienst, durch die Funktionsgruppen der jeweiligen Entlohnung zugewiesen werden.

In den letzten Jahren mussten, dem Fachkräftemangel geschuldet, häufig Sonderregelungen für einzelne Berufsgruppen, zuletzt etwa im Bereich der AmtsärztInnen geschaffen werden. Wann werden Sie anlässlich der Veränderungen am Arbeitsmarkt eine generelle Überarbeitung der Einreihungsverordnung veranlassen, um konkurrenzfähig mit anderen ArbeitgeberInnen zu sein?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte vielleicht einleitend begleitet als Antwort auf diese Frage sagen, dass ich, wir als Regierungsmitglieder, mitgeteilt bekommen haben, dass es in der Präsidiale Diskussionen darüber gab, dass die Regierungsmitglieder zu lange Antworten auf die Anfragen geben. Was mich ehrlich gesagt verwundert, weil ja der Sinn einer Frage ist, dass man auch die Dinge, die man erfragt, beantwortet bekommt, daher versuche ich es kurz zu machen. Aus derzeitiger Sicht denke ich an keine Veränderung der Einreihungsverordnung.

**Präsident:** Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Vukajlović, MSc BA:** Ja, Dankeschön.

**Präsident:** Bitte!

Abg. **Vukajlović, MSc BA:** Durch das Oberösterreichische Handwerksberufe-Anpassungsgesetz 2022 ist eine Verbesserung bei den handwerklich Bediensteten und Hilfskräften der Besoldung Neu durchgeführt worden. Meine Frage ist: Gedenken Sie eine derartige Verbesserung auch für jene Kolleginnen und Kollegen dieser Gruppe durchzuführen, die schon vor dem Jahr 2001 im Landesdienst gestanden sind und der Besoldung Alt unterliegen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Das hat schon stattgefunden.

**Präsident:** Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Vukajlović, MSc BA:** Ja, eine Zusatzfrage habe ich noch.

**Präsident:** Bitte.

Abg. **Vukajlović, MSc BA:** Da geht es um das Dienstrad. Das Dienstradleasing erfreut sich bei zahlreichen privaten Betrieben großer Beliebtheit und als Teil der Attraktivierung als Dienstgeber.

Bei Landes- und Gemeindebediensteten ist es derzeit noch so, dass es nicht funktioniert und dass es verwehrt bleibt. Was werden Sie unternehmen, um das den MitarbeiterInnen des Landes auch möglichst rasch zu ermöglichen und somit einen Beitrag zur Attraktivierung des Arbeitgebers des Landes Oberösterreich zu gewährleisten?



Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Ich werde hoffentlich das tun, was auch Sie und ihr tut, nämlich mich beim Bund für die nötige gesetzliche Grundlage dafür einsetzen.

**Präsident**: Danke. Es gibt eine Zusatzfrage. Herr Abgeordneter Höglinger!

Abg. **Mag. Höglinger**: Guten Morgen Herr Landeshauptmann! Wenn in einem Unternehmen 20 Jahre lang das Einkommenssystem nicht dem Grunde nach neu bewertet wird, hätte wahrscheinlich der Personaler Probleme mit der Geschäftsführung oder dem Vorstand. Gibt es tatsächlich keine Initiativen in dieser Art und Weise, wie du gesagt hast, es grundsätzlich anzugehen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Sehr geehrter Herr Kollege! Dass die Einreihungsverordnung des Landes Oberösterreich, die bei uns am Beginn der Zweitausenderjahre eingeführt wurde und die danach funktioniert, dass Kolleginnen und Kollegen nach ihrer Verwendung und nicht ausschließlich nach der Art ihrer Ausbildung eingestuft werden, was ihre Entlohnung anlangt, ist State of the Art. Beispielsweise das Bundesland Kärnten hat das erst im Vorjahr komplett neu eingeführt, was zeigt, dass das grundsätzliche System offensichtlich auf der Höhe der Zeit ist.

**Präsident**: Eine weitere Zusatzfrage? Abgeordnete Schwarz!

Abg. **Schwarz**: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Immer mehr multiprofessionelle Teams arbeiten im Gesundheits- und Sozialbereich. Hier gibt es einfach unterschiedliche Einreihungen von den diversen Gruppen, was Verwendung beziehungsweise eben Ausbildung anbelangt, und da gibt es auch immer wieder Unmut unter diesen MitarbeiterInnen in diesen Teams. Wie könnte man da mit der jetzigen, wenn es nicht verändert wird, Einreihungsverordnung hier eine Verbesserung schaffen, damit es eine Angleichung dieser Tätigkeiten für ein bestimmtes multiprofessionelles Team gibt?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Wir haben uns ja, und das ist ja auch möglich in diesem System, in den letzten wenigen Jahren in vielen Bereichen, was die Pflege, was die Sozialarbeiter, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Bezirkshauptmannschaften anlangt, auch was die handwerklichen Berufe anlangt, was die Amtsärztinnen und Amtsärzte anlangt, mit Sonderprojekten bemüht, hier immer entsprechend auch die nötigen Anpassungen und Attraktivierungen zu finden, daher möchte ich auch sagen, es ist uns auch gelungen, dass wir im vorigen Jahr 536 Kolleginnen und Kollegen neu für den Landesdienst gewinnen konnten, übrigens mehr als im vergangenen Jahr, also 530 sind es konkret, gewinnen konnten, mehr als im vergangenen Jahr in Pension gegangen sind.

Also, offensichtlich gelingt uns ja auch das eine oder andere. Was man aber für die multiprofessionellen Teams tun könnte, ist, dass wir den Herrn Gesundheitsminister, der das entsprechende Gesetz, was das sogenannte fünfzehnte Gehalt anlangt, ja eingebracht hat, davon überzeugen, dass er auch alle Berufsgruppen einbezieht.

Abg. **Schwarz**: Danke.

**Präsident**: Eine weitere Zusatzfrage, Klubobmann Eypeltauer!

Abg. KO **Mag. Eypeltauer**: Herr Landeshauptmann, guten Morgen! Es wurden ja bereits mehrere Schularztstellen erfolglos ausgeschrieben in Oberösterreich. Ist eine Neuregelung,

eine Neubewertung in Bezug auf Gehalt oder Arbeitsbedingungen bei SchulärztInnen für Sie denkbar?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Ich habe ja der Tagesordnung entnommen, dass es ein Thema ist, allerdings ist das, glaube ich, keine Zuständigkeit, die das Land alleine hat, sondern wo der Bund zuständig ist. Was die Amtsärztinnen und Amtsärzte anlangt, haben wir schon ein besonderes System geschaffen.

**Präsident**: Dankeschön. Damit kommen wir zur nächsten Anfrage von Klubobfrau Sabine Engleitner-Neu an Landesrat Hattmannsdorfer!

Abg. **Engleitner-Neu, M.A., M.A.**: Auch von meiner Seite einen guten Morgen! Laut Medienberichten stieg die Anzahl der Menschen, die sich hilfeschend an die Schuldnerberatungsstellen wandten, im Jahr 2022 um zehn Prozent an.

In den ersten Monaten des Jahres 2023 ist ebenfalls ein deutlicher Anstieg der Beratungsanfragen zu verzeichnen. Expertinnen und Experten berichten zudem aus der Praxis, dass sich die aktuellen Herausforderungen oft erst nach Jahren, auf jeden Fall zeitverzögert in ihrem vollen Ausmaß in der Schuldnerberatung niederschlagen.

Welche Maßnahmen planen Sie, planst du im Bereich der Schuldnerberatung angesichts der starken Teuerungen in Oberösterreich?

Landesrat **Dr. Hattmannsdorfer**: Sehr geehrte Frau Klubobfrau, ebenfalls einen schönen guten Morgen! Danke für diese Frage, weil du damit ein brandaktuelles Thema ansprichst. Ich glaube, wir alle kriegen mit, dass wir im Bereich Teuerung, im Bereich der Inflation noch nicht über den Berg sind.

Aktuelle Prognosen von 9,8 Prozent, erst vor kurzem haben WIFO und IHS auch die Inflationsprognosen für 2023 nach oben korrigieren müssen, weil die Energiepreisentwicklung sich schneller als prognostiziert umwälzt auf die Kosten von Gütern und auch Dienstleistungen.

Und deswegen bin ich der Bundesregierung sehr dankbar, dass gestern, glaube ich, eine sehr wesentliche Maßnahme auf den Weg gebracht wurde, die Gewinnabschöpfung von Energieunternehmen, damit endlich sichergestellt wird, wenn sich die Marktpreise im Einkauf reduzieren, dass das möglichst schnell auch bei den Kundinnen und Kunden ankommt, weil besonders die Energiepreise ein wesentlicher Treiber, ein wesentlicher Faktor auch im Bereich der Verschuldung sind.

Und ich glaube, da hat die Bundesregierung gestern wirklich einen Meilenstein auch auf die Reise gebracht. Unsere Aufgabe als Land Oberösterreich ist es, Menschen, die in die Verschuldung, in die Schuldenfalle kommen, bestmöglich zu begleiten. Wir tun das als Bundesland Oberösterreich mit zwei hochprofessionellen Partnern, mit der Schuldnerhilfe Oberösterreich und mit der Schuldnerberatung Oberösterreich.

Wo ich mich auch bedanke bei den Mitarbeiterinnen und bei den Mitarbeitern, die hier nicht nur aktiv sind in der Beratung, sondern auch sehr innovativ sind, was die Prävention und damit auch deine Frage betrifft.

Wir sehen in der Summe der bearbeiteten Akten, dass wir aktuell es mit einer Steigerung zu tun haben. Ich kann dir hier auch eine oberösterreichische Zahl liefern. Die Zahl der bearbeiteten Akten hat sich in den ersten zwei Monaten im Vergleich zum Vergleichszeitraum um vierzehn Prozent gesteigert. Ursachen sind auf der einen Seite die Teuerung, was vor allem Lebensmittel betrifft, was auch Energiepreise betrifft, aber, und das findet in der medialen Debatte meines Erachtens noch zu wenig statt, vor allem die Zinsentwicklung, nicht nur im klassischen Kreditgeschäft, sondern auch was die Zinsen betrifft bei Giro-Konten, die massiv Menschen fordert, die vor allem den Konsum zum Teil auch fremd finanzieren und da auf Anschlag auch planen. Das als zwei Hauptgründe, warum wir hier steigende, auch bearbeitete Akten im Bereich der Schuldnerberatung, im Bereich der Schuldnerhilfe haben.

Was bedeutet das für uns als Land Oberösterreich? Erstens, dass es natürlich dieses Jahr zu einer Aufstockung der Fördersummen für diese beiden Institutionen kommt. Weil wenn man mehr Beratungsfälle hat, brauchen wir mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in der Beratung. Zweitens, dass wir ausbauen sehr wirkungsvolle Instrumente, wie das betreute Konto. Unsere eigene Landesbank, die Hypo Oberösterreich, ist jetzt seit kurzem auch noch stärker Partner in diesem Angebot und drittens, dass wir die Kooperationen stärken, weil die Frage der Schuldenberatung, der Schuldenprävention ist ja nicht nur eine Frage im Kern der Beratungsorganisationen. 37 Prozent unserer Kundinnen und Kunden in diesem Bereich werden auch betreut von den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe und ich glaube, da haben wir gemeinsam mit der Bundesregierung sehr gute Maßnahmen auch finanziert, wenn ich an Housing First denke, wenn ich an den Wohnschirm denke.

Und ich glaube, das muss man auch mit betrachten, wenn es um Schuldnerberatung und Schuldnerhilfe geht, aber auch wenn ich denke an unsere Kooperation mit den großen Energieversorgern des Landes. Die Energie AG, die Linz AG, wo wir auf unserer Initiative diesen Topf, den es da gibt für die Energieabschaltung, aufgestockt haben auf eine Million Euro. Wo wir die Generaldirektoren von Linz AG und Energie AG auch gewonnen haben, da zusätzliche Mittel auch zur Verfügung zu stellen, damit dann nicht diese drohende Energieabschaltung wieder über die Bande quasi aufschlägt unmittelbar in der Verschuldung.

Und der vierte Bereich, glaube ich, der ganz zentral ist, sind alle Angebote in der Prävention, weil bei 26 Prozent unserer Kundinnen und Kunden ist die Verschuldung auf eine falsche Budgeteinschätzung und Budgetplanung zurückzuführen.

Deswegen habe ich Schuldnerhilfe und Schuldnerberatung beauftragt, über zwei Dinge nachzudenken. Auf der einen Seite, wie können wir unsere Angebote der Budgetberatung attraktivieren und zweitens, wie können wir auch in der Zusammenarbeit mit den heimischen Banken ein Tool verbessern, dass, wenn ich dort schon im Budgetvollzug sehe, Stichwort Giro-Konto, dass es da Veränderungen gibt, die vielleicht dann in ein, zwei Monaten dann aufschlagen könnten auch in Verschuldungen, dass man rechtzeitig auch mit Beratungs- und Betreuungsangeboten, da auch das noch besser gestaltet, weil ich glaube, das sind ganz wesentliche Maßnahmen der Prävention.

Was in Oberösterreich eine Erfolgsgeschichte über die Bundesländergrenze hinaus ist, das ist unser Finanzführerschein, wo wir junge Leute schulen im Umgang mit Geld, alleine mit Februar haben wir heuer bereits 800 Finanzführerscheine auch übergeben und verliehen. Da danke ich den Lehrerinnen und den Lehrern, dass die bemüht sind, das Thema Finanzbildung auch in den Unterricht, auch in die Schulen zu bringen, weil das ist das Allerwichtigste. Wenn ich mir neulich anschau, da bin ich in einer App gewesen, da ist mir vorgeschlagen worden, kaufst du gleich, 50 Prozent zahlt man sofort, 50 Prozent zahlt man in einem Jahr. Ich glaube,

da müssen wir junge Menschen vor allem begleiten, weil das ist jetzt das Problem in 26 Prozent der Fälle, dass die zum Teil im Konsum bereits fremdfinanziert sind. Das ist die zentrale Aufgabe, junge Menschen in dieser Frage gut und eng zu begleiten.

**Präsident:** Gibt es eine Zusatzfrage?

**Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A.:** Du hast angesprochen, dass es eine Förderung geben wird. Wann können die Schuldnerberatung bzw. die Schuldnerhilfe, die beide sehr hochprofessionell arbeiten, eine großartige Arbeit leisten, mit dieser Förderung rechnen, die du angesprochen hast?

**Landesrat Dr. Hattmannsdorfer:** Für die beiden Institutionen?

**Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A.:** Ja.

**Landesrat Dr. Hattmannsdorfer:** Das ist so, wie es bei allen Vereinen üblich ist, es gibt ein Jahresgespräch über die Angebote und Leistungen, da bereitet die Abteilung einen entsprechenden Antrag vor, der wird dann der Landesregierung zur Beschlussfassung vorgelegt, dann wird er beschlossen, dann überweist das die Finanzdirektion. Es gibt jetzt keine Sorge, dass heuer kein Antrag auf Förderung der Schuldnerhilfe oder Schuldnerberatung an die Landesregierung eingehen sollte, im Gegenteil, wir sitzen mit denen beieinander, es sind ja die Planungen auch abgestimmt. Wann der Antrag jetzt genau kommt, das kann ich dir hier nicht sagen.

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage?

**Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A.:** Wenn ich dich richtig verstanden habe, ist es eine Förderung für heuer. Ich glaube, das teilst du auch, es wird zu erwarten sein, dass die Schuldenberatungen noch mehr Anfragen haben werden, weil ja bekannt ist, dass es in den nächsten Jahren zu verstärkten Anfragen kommen wird. Gibt es ein Ansinnen von dir, eine Dauerförderung einzurichten, damit wir auch in den nächsten Jahren, gerade 2024/25, eine Planungssicherheit für unsere Schuldnerberater/innen haben?

**Landesrat Dr. Hattmannsdorfer:** Die Schuldnerberatung und die Schuldnerhilfe bekommen ja jedes Jahr eine Förderung, aber ich bitte um Verständnis, dass ich nicht jetzt im Mai eine Auskunft gebe, wie wir die Fördergestaltung im nächsten Jahr machen. Wenn IHS und WIFO prognostizieren, dass die Inflation im nächsten Jahr auf unter vier Prozent herunter gehen soll, ich glaube auf 3,1, wenn ich es richtig im Kopf habe, dann muss ja das auch zwingend Auswirkungen haben, es ist abhängig von der Frage der Arbeitsmarktpolitik, die wir sehr aktiv in Oberösterreich machen. Wie entwickelt sich das? Jetzt eine Aussage zu treffen, wie die Entwicklung der Schuldenfälle im nächsten Jahr ist, das ist schlichtweg unseriös und unmöglich. Es gibt eine Förderung der beiden Institutionen, da brauchen wir nur über die Jahre hinwegschauen. Man wird dann, so wie jetzt, aktuell reden, wie sind Marktentwicklungen, wo muss man anpassen? Was ich schon zusagen kann, selbstverständlich werden auch nächstes Jahr die Schuldnerberatung und die Schuldnerhilfe gefördert werden, es ist nicht angedacht, diese beiden Einrichtungen zuzusperren.

**Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A.:** Dankeschön.

**Präsident:** Dankeschön.

Wir kommen zur nächsten Anfrage durch Präsident Binder an Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander.

Abg. Präsident Peter **Binder**: Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, im Zuge der derzeit laufenden Finanzausgleichsverhandlungen ist die Diskussion auch darauf gekommen, dass die Sozialversicherungen mehr Geld für den niedergelassenen Bereich fordern, weil nach ihren Angaben die Behandlungen im niedergelassenen Bereich um zehn Prozent zugenommen hätten, während in den Spitalsambulanzen die Frequenz um fünf Prozent abgenommen hätte. Wie haben sich denn die Frequenzen in den oberösterreichischen Spitälern, in den Ambulanzen 2022 im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 entwickelt?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Hohes Haus, geschätzter Herr Präsident! Ich bin sehr, sehr dankbar für diese Frage, ich nutze auch die Gelegenheit etwas ausführlicher zu antworten, hier auch zu informieren, wie denn die Position des Landes Oberösterreichs in den FAG-Verhandlungen ist, insbesondere auch darauf aufmerksam zu machen, dass wir alle hier Vertreterinnen und Vertreter des Landes sind und nicht der Sozialversicherung. Daher ist es einmal wichtig, dass wir die Zahlen und Daten kennen. Ja, es haben sich die Frequenzen in den Ambulanzen in den letzten Jahren verändert, wir dürfen aber nicht vergessen, es gab Corona, und unsere Krankenhäuser und unsere Ambulanzen waren für viele Zeiten, Wochen, Monate immer wieder nicht in dem Ausmaß einsatzfähig, wie es eben vor Corona war. Ich darf die Zahlen ganz konkret nennen, die Frequenzen an ambulanten Patientinnen und Patienten lagen im Jahr 2019 bei 3.522.447, im Jahr 2022 bei 3.316.156. Das heißt, es gibt ein Minus von 5,9 Prozent, das stimmt, weil unsere Ambulanzen und Krankenhäuser eben nicht im vollen Ausmaß einsatzfähig waren, wie es vor Corona war. Daher muss man sich anschauen, wie waren denn die Zahlen vor Corona? Da sehen wir von 2015 bis 2019 einen Anstieg der Ambulanzfrequenzen von 13,8 Prozent. Es ist wichtig, dass wir eben genau hinschauen, auf was muss man bei Ambulanzfrequenzen draufschauen, und auch kritisch hinterfragen, kommt es darauf an, wie viele Kontakte der Patient oder die Patientin mit dem Gesundheitssystem haben, kommt es darauf an, ob der Patient oder die Patientin als chronisch kranke Person möglichst oft das persönliche Rezept verlängern musste, kommt es darauf an, dass die Patientin und der Patient von einer Stelle zur nächsten verwiesen worden ist, oder kommt es denn tatsächlich darauf an, wurde eine Behandlung abgeschlossen, konnte ein medizinisches Problem auch gelöst werden? Da ist es wichtig, dass wir uns nicht nur auf die Zahlen konzentrieren in den letzten drei Jahren, sondern wir wirklich auch einen längerfristigen Vergleich machen, uns aufstellen, wo wurde denn der Patient umfassend behandelt, gleichzeitig natürlich auch, wie schaut denn die Versorgung im niedergelassenen Bereich auch aus?

Es gibt einen Monitoringbericht in der Zielsteuerung Gesundheit, da sehen wir einmal mehr, dass wir in Oberösterreich im niedergelassenen Bereich einen Aufholbedarf haben, wir haben die niedrigste ärztliche Versorgungsdichte an Vertragsärzten in ganz Österreich und die höchste Krankenhaushäufigkeit im Bundesländervergleich. Wenn wir die Zahlen vergleichen, im Jahr 2010 gab es in Oberösterreich 760 niedergelassene Allgemeinmediziner mit Kassenvertrag, 2020 waren es 713. Im Gegenzug im Land Oberösterreich, in unserem Verantwortungsbereich, gab es im Jahr 2010 3.061 Vollzeitäquivalente in den Krankenhäusern, also 3.224 waren es im Jahr 2020, das heißt, wir haben hier aufgebaut, während der Systempartner außerhalb der Krankenhausmauern anders gehandelt hat.

**Präsident**: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. Präsident Peter **Binder**: Ja, vorweg möchte ich sagen, ich habe kein Problem mit ausführlichen Antworten, sofern sie den Kern meiner Anfrage betreffen, aber das war jetzt vorbildlich erfüllt. (Heiterkeit) Die Zusatzfrage, in den Finanzausgleichsverhandlungen geht es in erster Linie um das Geld, neben den Frequenzen ist es in Wahrheit auch die Frage, wie haben sich denn die Kosten entwickelt, kannst du dazu auch Auskunft geben, wie sich die Kosten für die Ambulanzen entwickelt haben?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Vielen Dank, auch für dieses Haus zur Information. In den Gesprächen, die ich wahrnehme, auch die Kollegen und Kolleginnen, Gesundheitsreferentinnen und Gesundheitsreferenten der anderen Bundesländer, wir treten nicht dafür ein, dass die Länder mehr Geld bekommen sollen, das weg von der Sozialversicherung kommt. Im Gegenteil, wir treten dafür ein, dass das Gesundheitswesen in den Ländern, das heißt, die Länder und Gemeinden als auch die Sozialversicherung finanziell gestärkt werden. Für uns ist das ein Und und kein Oder, daher ist es mir auch wichtig, an dieser Stelle öffentlich zu sagen, wir treten für eine Verbesserung des Gesundheitssystems ein im niedergelassenen Bereich als auch in den Krankenhäusern. Dafür kämpfen die Gesundheitslandesrätinnen und Gesundheitslandesräte, es wäre schön, wenn das die Sozialversicherung auch so wahrnehmen würde.

Zu der Entwicklung der Ausgaben der Ambulanzen, der Anteil der Sozialversicherung ist aufgrund der pauschalierten Krankenanstaltenfinanzierung rückläufig, daher gehen Ausgabentreiber wie teure Medikamente zu Lasten von Ländern und Gemeinden. Der Finanzierungsanteil der Sozialversicherung lag im Jahr 2019 bei 44,9 Prozent, im Jahr 2021 bei 42,2 Prozent. Wenn wir dann eben schauen in den Spitalsambulanzen ganz konkret, wir können hier nicht die rein spitalsambulanten Fälle herausrechnen, weil ja Spitalsambulanzen auch stationäre Patienten zu versorgen haben, daher eine Vermischung stattfindet, aber die Kosten im so genannten nicht bettenführenden Bereich im Jahr 2019 betragen 502 Millionen Euro, im Jahr 2022 bereits 648 Millionen Euro.

**Präsident**: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. Präsident Peter **Binder**: Ja, danke auch für diese Darstellung. Du hast die Widersprüche der Sozialversicherung angesprochen, ich glaube, da geht es in erster Linie um den Dachverband und auf Bundesebene, in Oberösterreich hat man den Eindruck, ist die Zusammenarbeit mit der Sozialversicherung grundsätzlich gut, im niedergelassenen Bereich haben wir einen Aufholbedarf, du hast die Zahlen genannt. Was man dazu sagen muss, das ist die Entwicklung der Wahlärzte, die nach oben gegangen ist. Welche Maßnahmen gibt es denn von deiner Seite, die notwendig wären, um den niedergelassenen Bereich stärker in die Versorgungsverantwortung zu bringen?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Wie du zurecht ausführst, ist im niedergelassenen Bereich die Sozialversicherung zuständig, in erster Linie in der Verantwortung, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen für Vertragsarztstellen, damit eben nicht die Wahlordination gewählt wird von jungen Ärztinnen und Ärzten oder mittelalten Ärztinnen und Ärzten, sondern eben ganz bewusst man im Vertragsarztsystem auch bleibt. Daher begrüße ich die Maßnahmen, die auch auf oberösterreichischer Ebene jetzt gesetzt und angekündigt worden sind durch den Gesamtvertragsabschluss, aber auch die Ankündigung, dass es 20 neue Kassenstellen geben soll. Nichtsdestotrotz glaube ich, ist es notwendig, dass es ein stetiges Arbeiten an den Rahmenbedingungen ist, auch weil wir gemeinsam einfordern, dass die Rücklagen nach Oberösterreich zurückfließen, damit auch zum Beispiel die Bedingungen für die Vertragsärztinnen und Vertragsärzte attraktiviert werden sollen. Die ÖGK

berichtet, dass es eben Maßnahmenpakete gibt für Jungärzte, Lehrpraxen, Summer-School, Mentoring für Studierende und Ärzte in Ausbildung, das klinisch praktische Jahr. Das heißt, da gibt es einige Maßnahmen. Wir unterstützen als Land Oberösterreich ebenso mit der Einführung des Taschengeldes, mit der besoldungsmäßigen Gleichstellung, mit dem Mentoring-Programm und Hilfestellung bei Praxisgründungen, also ein Auszug von einigen Maßnahmen.

Abg. Präsident Peter **Binder**: Danke.

**Präsident**: Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Abgeordnete Schwarz bitte.

Abg. **Schwarz**: Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, wie weit könnte oder kann die Digitalisierung helfen, einerseits die Rahmenbedingungen, die Arbeitsbedingungen in den niedergelassenen Praxen attraktiver zu machen und auch Ambulanzen zu entlasten, zum Beispiel mit Konsultationsmechanismen, wie wir es schon haben, dass wir da vorankommen und die niedergelassenen Ärzte hier diesbezüglich auch stärken?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Ich glaube, wie in vielen Bereichen gilt, die Technik muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Da gibt es unterschiedliche Programme, die im Idealfall vereinheitlicht angeboten werden und zur Verfügung gestellt werden von der Sozialversicherung für die Ärztinnen und Ärzte, in der Abwicklung, in der Koordinierung, aber insbesondere die Schnittstelle, also um zwei Schnittstellen zu bedienen: Das eine sind Patientinnen und Patienten, Ärztinnen und Ärzte, das andere sind eben Ordination und Krankenhaus. Ich glaube, da liegt irrsinnig viel Potential, das geht von Datenaustausch, gemeinsamer multiprofessioneller Betrachtung eines Falles, bis hin zur einfachen Terminbuchung. Ich erinnere daran, dass das Land Oberösterreich während Corona eine Software zum Thema Buchen für das Impfen zur Verfügung gestellt hat, weil es im niedergelassenen Bereich nicht über die Sozialversicherung gegangen ist. Das heißt, da gibt es durchaus noch einen Aufholbedarf, ich glaube aber auch, dass es dann auch richtig interpretiert werden muss, wenn der Herr Präsident am Anfang gefragt hat bei den Kontakten, die gezählt werden bei den Patienten. Wir im Krankenhaus, wir mussten Ambulanzen sperren oder Aufenthalte verhindern, während im niedergelassenen Bereich die telefonische Krankschreibung eingeführt worden ist. Natürlich wird das gerechnet und ausgezählt, aber das kann man dann nicht vergleichen, was den tatsächlichen Patientenkontakt betrifft.

Abg. **Schwarz**: Danke.

**Präsident**: Wir kommen zur nächsten Anfrage durch Klubobmann Eypeltauer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer**: Frau Landeshauptfrau, in Vorchdorf gibt es seit 2014 ein fertiges Konzept für einen Bildungscampus, der die Gemeinde zur inklusiven Modellregion für zeitgemäßen Unterricht machen soll, die geschätzten Baukosten haben sich inzwischen auf 20 Millionen Euro verdoppelt, Inflation und so weiter, wir wissen es. Der Bedarf besteht, die Volksschule führt inzwischen 14 statt den vorgesehenen 12 Klassen, eine Nachmittagsbetreuung wurde jetzt umorganisiert, um dem Bedarf zu entsprechen. Daher meine Frage, welche konkreten Schritte sollen oder können noch in diesem Jahr gesetzt werden, um das Projekt Bildungscampus Vorchdorf zu finalisieren?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In der Vorbereitung auf diese Frage wurde ich informiert, dass am 31. Mai 2023 ein

Abstimmungstermin zur weiteren Vorgangsweise mit Gemeinde, Planungsteam, Land Oberösterreich und der oberösterreichischen Bildungsdirektion stattfinden wird. Bei diesem Termin sollten seitens der Gemeinde adaptierte Pläne für die Schulsanierung vorliegen, um die weiteren Schritte mit Gemeinde und Architekten dann festlegen zu können. Grundsätzlich können mit dem Vorliegen eines anererkennungsfähigen Raum- und Funktionsprogrammes und bei dem Vorliegen einer grundlegenden Finanzierungsperspektive die weiteren Detailplanungen von der Gemeinde sofort in Richtung Einreichplanung fortgesetzt werden. Welche Schritte dann konkret gesetzt werden, das bestimmt nicht die Bildungsdirektion oder das Land Oberösterreich, insbesondere auch nicht ich, sondern das ist dann im Gestaltungsbereich der Gemeinde.

**Präsident:** Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Jawohl, können Sie sich erklären, warum es seit 2014 nicht zu einer Fertigstellung dieses Projektes gekommen ist?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe eine dreiseitige Unterlage vorliegen zur Historie vom Bildungscampus Vorchdorf, ich sehe von der Verlesung ab. Es gab immer wieder Kontakt zwischen den einzelnen Institutionen und Redimensionierungen, offene Fragen, Klärungsbedarf, ich bin froh, wenn es jetzt gelingt, dass die Gemeinde ein fertiges Programm vorlegt, dass das dann auch rasch geprüft werden kann.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Es ist eben auch eine Frage der Finanzierung, kann die Finanzierung dieses Projektes aus ihrer Sicht sichergestellt werden?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es wäre unseriös, Pauschalzusagen in diesem hohen Haus zu treffen, sondern es ist schon Aufgabe der zuständigen Abteilungen, das auch zu prüfen, wie denn das Steuergeld auch eingesetzt wird. Wenn eben die entsprechenden Planungen vorliegen, diese dann auch geprüft werden, alles korrekt ist, dann gelten die Regelungen wie für alle anderen Schulbauprogramme mit Gemeindefinanzierung Neu.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Dankeschön.

**Präsident:** Eine weitere Zusatzfrage Abgeordnete Margreiter.

Abg. **Margreiter:** Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Wie Kollege Eypeltauer angeführt hat, waren es vor allem Fragen zum Thema Raumordnung und Finanzen, die eben doch sehr stark zu Verzögerungen geführt haben. Laut Auskünften kommunaler Verantwortlicher vor Ort war es immer wieder notwendig, gerade beim Land Oberösterreich zu urgieren, damit eben diese Fragen beantwortet werden könnten oder auch konnten. Wie wollen Sie künftig garantieren, dass eben hier eine schnellere Abwicklung möglich ist zwischen den Ressorts?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es liegt mir fern, Beschuldigungen in diesem Haus auszusprechen, so wie es in den Raum gestellt worden ist, ich stelle mich absolut hinter die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung und der Bildungsdirektion. Wir beraten, begleiten und unterstützen, wenn in den letzten acht Jahren immer wieder Pläne vorgelegt werden, die einmal 5.000 Quadratmeter betreffen, dann einmal 7.000, dann einmal 9.400, dann wieder



zurückgehen auf 8.400, das heißt, wir können nur mit Unterlagen arbeiten, die auch prüffähig sind.

**Abg. Margreiter:** Danke.

Damit kommen wir zur nächsten Anfrage durch Abgeordnete Häusler an Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander.

**Abg. Häusler, BSc:** Herzlichen Dank, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! In welchen Medien werden derzeit vom Land Oberösterreich noch Werbeeinschaltungen für die Covid-19-Impfung geschaltet?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Aktuell werden keine Einschaltungen geschaltet.

**Präsident:** Gibt es eine Zusatzfrage?

**Abg. Häusler, BSc:** Herzlichen Dank, das beantwortet meine zweite Zusatzfrage, dann habe ich noch eine dritte. Wird es für im Nachhinein bekannt gewordene Fehlinformationen in diesen Kampagnen von Seiten der Landesregierung offizielle Berichtigungen zu den Informationen geben?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Mir sind keine Fehlinformationen bekannt.

**Abg. Häusler, BSc:** Herzlichen Dank.

**Präsident:** Damit kommen wir zur letzten Anfrage vom Abgeordneten Hemetsberger an Landesrätin Langer-Weninger.

**Abg. Bgm. Mag. Hemetsberger:** Schönen guten Morgen, liebe KollegInnen, Frau Landesrätin! In den letzten Jahren wurden in Oberösterreich immer wieder geschützte Greifvögel und Säugetiere geschossen oder vergiftet, beispielsweise Rotmilane, Waldohreulen und Luchse. Sehen Sie im Zusammenhang von illegalen Tötungen von Greifvögeln und Säugetieren Handlungsbedarf für eine Anpassung des Oberösterreichischen Jagdgesetzes?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Sehr geschätzter Herr Abgeordneter! Vielen Dank für die Frage, du hast mir ja eine ähnliche ja bereits schriftlich zukommen lassen bezüglich des Entzugs der Jagdkarten. Ich möchte unterscheiden zwischen den Rotmilanen und den Waldohreulen, die ja nicht jagdbares Wild sind, somit auch nicht direkt mittelbar im Jagdgesetz geregelt sind, sondern im Naturschutzgesetz erfasst sind. Und dem Luchs, der ja ein jagdbares Wild ist und daher dem Jagdgesetz unterliegt, aber in der Schonzeiten-Verordnung geregelt ist, dass er ganzjährig geschont ist. Das heißt, wenn es grundsätzlich darum geht, wenn es illegale Tötungen sind, die natürlich zu verurteilen und entsprechend auch zu ahnden sind, bei geschützten, nicht jagdbaren Greifvögeln oder eben auch bei geschonten, jagdbaren Wildtieren, da zieht zu allererst einmal das Strafgesetzbuch, es wird dort entsprechend auch geregelt, ich glaube, ich brauche den entsprechenden Paragraphen hierzu auch nicht vortragen. Es wurde dazu aber auch in der Definition dieses Paragraphen im Jahr 2022 bereits ein Erlass vom BMK, aber auch vom Bundesministerium für Justiz klargestellt, was unerhebliche Auswirkungen sind. Das heißt, ab einem Tier, ab einem Exemplar gibt es hier auch

entsprechende Maßnahmen, die gesetzt werden, was auch sinnvoll und jedenfalls unterstützenswert ist. Und damit aber dann mittelbar ins Jagdgesetz wirkt.

Unmittelbar im Jagdgesetz gilt natürlich jeglicher Verstoß gegen die Schonzeiten von jagdbaren Tieren. Hier gibt es die Möglichkeit einer Verwaltungsstrafe mit bis zu 10.000 Euro oder eben des Entzugs der Jagdkarte mit maximal zwei Jahren. Wenn es eine Verurteilung nach dem Strafgesetzbuch gibt, dann gibt es eine Jagdkartenentzugsmöglichkeit von einer Dauer bis zu sieben Jahren. Das haben wir hier im Oberösterreichischen Landtag im Jahr 2016 auch mit einer Jagdgesetznovelle entsprechend verschärft, denn zuvor waren es drei Jahre.

Wir werden uns natürlich mit diesem Thema auch im Zuge der Anpassung für das Oberösterreichische Jagdgesetz intensiv auseinandersetzen. Dazu gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder man erhöht das Ausmaß im Bereich der Jagdkarten, im Bereich des Jagdkartenentzugs, oder man setzt Maßnahmen im Bereich der Regelungen zum Jagdschutz. Beides wird zu diskutieren sein. Es gilt jedenfalls von mir das klare Bekenntnis, dass jegliche illegale Tötung auf alle Fälle entsprechend auch zu ahnden ist und auch Maßnahmen braucht, die eine gewisse Abschreckungswirkung natürlich auch mit sich bringen, damit solche Vergehen, wie wir sie in letzter Zeit leider auch gehäuft gehabt haben, entsprechend auch hintangehalten werden.

**Präsident:** Danke, gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Ja, ich schließe aus der Antwort, dass du dir noch keine Meinung gebildet hast im Hinblick auf das Jagdgesetz. Jetzt frage ich noch einmal explizit. Einige dieser Tötungen sind ja durch schwarze Schafe, betone ich explizit, bei Jägerinnen und Jägern erfolgt. Und da frage ich jetzt ganz konkret, glaubst du, dass im Hinblick darauf Verschärfungen notwendig sind?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Ich habe gerade gesagt, es wird diskutiert werden. Es gibt zwei Möglichkeiten, wo wir es verankern können. Entweder mit einem höheren Ausmaß in Bezug auf den Entzug der Jagdkarte, oder in den Regelungen, die ja im Gesetz jetzt schon gegeben sind, im Bereich des Jagdschutzes. Beides ist möglich. Beides wird hier auch im Oberösterreichischen Landtag entsprechend diskutiert werden.

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Okay, aber du hast dir noch keine Meinung dazu gebildet. Danke.

**Präsident:** Gut, es gibt keine weitere Zusatzfrage. Damit erkläre ich die Fragestunde für geschlossen. Ich ersuche nun die Frau Schriftführerin, den Eingang bekannt zu geben.

Abg. **Mag. Dr. Manhal:** Zuweisung des Eingangs in der 16. Plenarsitzung des Oberösterreichischen Landtags am heutigen 11. Mai 2023. Folgende zwei Beilagen werden dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberatung zugewiesen:

Beilage 516/2023, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend Wirtschafts- und Forschungsstrategie „#upperVISION2030“; Standortbericht OÖ 2022.

Beilage 525/2023, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend den Tourismusbericht Oberösterreich 2022.

Folgende Beilage wird dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Vorberatung zugewiesen:

Beilage 517/2023, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung von Mehrjahresverpflichtungen für Investivprojekte im Bereich des Oö. Chancengleichheitsgesetzes.

Folgende sechs Beilagen werden dem Ausschuss für Infrastruktur zur Vorberatung zugewiesen:

Beilage 518/2023, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für den Kreuzungsumbau B138 Pyhrnpassstraße/Froniusstraße im Gemeindegebiet von Sattledt.

Beilage 519/2023, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für den Bestandsausbau der B156 Lamprechtshausener Straße.

Beilage 520/2023, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Oö. Straßengesetz-Novelle 2023.

Beilage 526/2023, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung gegenüber der Schiene OÖ GmbH für die Modernisierung des Busterminals Linz Hauptbahnhof und Neuordnung der Bewirtschaftung und Benützung im Zeitraum 2023 bis 2025.

Beilage 527/2023, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung gegenüber der Schiene OÖ GmbH zur Finanzierung der Planungskosten (Vorprojekt) für die Regional-Stadtbahn Linz - Gallneukirchen/Pregarten im Zeitraum 2024 bis 2026.

Beilage 528/2023, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung gegenüber der ÖBB Infrastruktur AG zur Umsetzung des Park- and Ride / Bike- and Ride-Anlagen-Konzepts am Bahnhof Micheldorf im Zeitraum 2023 bis 2027.

Folgende Beilage wird dem Ausschuss für Gesellschaft zur Vorberatung zugewiesen:

Beilage 524/2023, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Oö. Kinderbildungs- und betreuungs-Novelle 2023.

Folgende Beilage wird dem Verfassungsausschuss zur Vorberatung zugewiesen: Beilage 523/2023, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbeamten-gesetz 1993, das Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das Oö. Gemeinde-Dienstrechts- und Gehaltsgesetz 2002, das Oö. Statutargemeinden-Bedienstetengesetz 2002 und das Oö. Gleichbehandlungsgesetz 2021 geändert werden.

Folgende vier Beilagen sollen gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden:

Beilage 521/2023, Initiativantrag betreffend Abhaltung eines Symposiums zur Demokratieentwicklung in Oberösterreich.

Beilage 522/2023, Initiativantrag betreffend Unterstützungsangebote ausbauen statt Kleinkinder suspendieren.

Beilage 529/2023, Initiativantrag betreffend ein realitätsgetreues Strompreisbestimmungsmodell für die Zeit der Energiekrise einführen.

Beilage 530/2023, Initiativantrag betreffend klares NEIN zu rechtlichen Lockerungen der Cannabispolitik auf EU-Ebene.

Beilage 531/2023, Initiativantrag betreffend Anerkennung ganzheitlicher Heil- und Präventionsmethoden. Diese Beilage soll gemäß § 25 Abs. 7 Oö. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

**Präsident:** Ich danke. Die von Frau Schriftführerin verlesenen Beilagen haben wir ihnen auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt. Wie die Frau Schriftführerin angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 521/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 521/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Abhaltung eines Symposiums zur Demokratieentwicklung in Oberösterreich. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 521/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mayr.

Abg. KO **Mayr:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie! Es war heute um 9:00 Uhr in der Früh am Hauptplatz, da sind ein paar so unscheinbare Container aufgestellt, es war die Eröffnung vom Parlament on tour. Und wie es sich bei so einer Eröffnung gehört, vor allem, wenn das Parlament durch die Bundesländer zieht und für die Demokratie, für Mitbestimmung Werbung macht, hat es eine Reihe an Festansprachen gegeben. Unser Landtagspräsident war dort, der Landeshauptmann, der Landtagsdirektor, der Linzer Bürgermeister und vor allem auch der zuerst schon begrüßte, mittlerweile nicht mehr anwesende Nationalratspräsident.

Und es ist, Ihnen wird es vielleicht ähnlich gehen, wenn es Politiker/innen-Ansprachen gibt, dann ist es nicht so, dass man jetzt durchgehend immer nickt und mit allem einverstanden ist. Das war heute aus meiner Sicht eine andere Veranstaltung. Weil tatsächlich von allen Rednern darauf hingewiesen worden ist, was die Demokratie für uns für einen Wert hat, dass daran erinnert werden muss, was es für uns bedeutet, in einer Demokratie zu leben, dass es sehr viel darum gegangen ist, um einen respektvollen Umgang miteinander, dass es darum gegangen ist, wie wir gemeinsam arbeiten, um letztendlich auch gemeinsam Lösungen zu finden.

Und ich halte solche Formate auch deswegen für zentral, weil wir wissen, wie sich die Stimmung in der Bevölkerung verändert hat. Es gibt diesen österreichischen Demokratiemonitor, der einmal im Jahr vom Sora-Institut erhoben wird. Und wenn man sich da die Daten ansieht, dann kann man schlicht und ergreifend zusammenfassen, wir haben ein Problem.

Es ist gefragt worden, wie groß die Zufriedenheit mit dem politischen System in Österreich ist. Und nur mehr ein Drittel der Bevölkerung sagt, wir sind damit zufrieden. Das Problem wird, glaube ich, dann noch größer, wenn man sieht, dass dieser Wert im Jahr 2018, also vor fünf Jahren, noch doppelt so hoch war. Da haben das noch zwei Drittel gesagt.

Bei den Gründen für dieses große Misstrauen in unser politisches System wird viel genannt. Ganz oben stehen so Dinge wie man hat das Gefühl, dass die ganz oben sich das sowieso richten und die unten letztendlich mit den Konsequenzen leben müssen. Es fühlen sich Menschen letztendlich als Menschen zweiter Klasse in dieser Republik. Und man glaubt, und das halte ich für besonders gefährlich, man glaubt, dass man mit politischer Beteiligung keinen Unterschied mehr machen kann. Und dadurch wird das Problem aus meiner Sicht nur noch viel größer.

Zweite schlechte Nachricht, ich meine die erste schlechte Nachricht war jetzt vielleicht schon ein bisschen ausführlich, aber die zweite schlechte Nachricht richtet sich an uns da herinnen. Insgesamt sinkt das Vertrauen, vor allem auch in die gewählten Vertreterinnen und Vertreter in diesem Land.

Und dritte schlechte Nachricht: Im aktuellen Demokratiemonitor wird erstmals seit Erhebungsbeginn die Frage nach dem starken Führer nicht mehr mehrheitlich abgelehnt. Die Ursachen sind vielfältig. Sie haben das alle auch mitbekommen in den vergangenen Jahren. Ich fange jetzt nicht davon an, dass ich von Korruptionsfällen rede, von politisch motivierten Angriffen auf Medien, auf Justiz, auf die demokratischen Institutionen, die das Rückgrat unserer Republik sind. Es sind viele Dinge passiert, die letztendlich das Vertrauen in die Demokratie ausgehöhlt haben.

In dem Zusammenhang habe ich auch den 1. Mai-Auftritt von FPÖ Bundesparteiobmann Kickl bemerkenswert gefunden, der jetzt vor kurzem in Linz ja ganz ehrlich gesagt hat, machen wir es dem Orban nach. Und der Orban sei ein Vorbild auch für Österreich. Und ich erinnere in diesem Zusammenhang schon, was in Ungarn seit dem Jahr 2010 passiert ist, wo sich die Demokratie weiterentwickelt hat zu einer sogenannten Wahl-Autokratie. Wo zwar gewählt wird, aber letztendlich das alles in einem System, das von der fehlenden Freiheit von Medien, der Justiz, des Parlaments am Ende dazu führt, dass der starke Führer, der vorher auch schon genannt wird, seine Macht selbst durch Wahlen nur absichern kann.

Unser Auftrag muss es sein, dass wir nicht Orbanisierung fordern, sondern dass wir Offenheit leben. Dass wir schauen, was funktioniert in unserem System, was funktioniert in unserem System nicht? Und dass vieles nicht funktioniert, ich glaube, da sind wir uns einig. Und dass wir etwas ändern müssen, um die Demokratie zu erhalten, um den Parlamentarismus zu erhalten, um Vertrauen wiederherzustellen, auch da glaube ich, dass Einigkeit besteht. Letztendlich geht es darum, wie können wir das Land besser machen? Und wie können wir das, die Errungenschaften, die da sind, die auch auf einem demokratischen System basieren, auch absichern?

Nicht weniger, aber auch nicht mehr, will dieser Antrag. Nehmen wir uns diesen Platz für ein Symposium. Ein offenes Symposium. Gehen wir nach außen. Reden wir mit Expertinnen und Experten. Reden wir mit der interessierten Zivilgesellschaft, was es braucht, um dieses Vertrauen wiederherzustellen, unser Land besser zu machen und letztendlich auch die Demokratie besser zu machen. Und daher ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag. Recht herzlichen Dank. (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Höglinger.

Abg. **Mag. Höglinger:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher hier im Haus und in ganz Oberösterreich, liebe Kolleginnen und Kollegen! Klubobmann Mayr hat schon dargestellt, wie

sehr sich das Vertrauen der Menschen in die Politik weiter verschlechtert hat, auch weiter verschlechtert hat seit dem Demokratieforum, das diesem Grünbuch zugrunde liegt. Ein Werk, das in dem Zusammenhang auch eine gute Analyse bildet, Lösungsvorschläge und Handlungsanleitungen darstellt.

Und ich möchte diesen Rahmen nutzen, um dem ehemaligen Präsidenten dieses hohen Hauses, Wolfgang Stanek, für diese Initiative, für seinen Weitblick, und wie man im Nachhinein sieht, auch für seinen Mut zu danken. Als überzeugter Parlamentarier hast du einen Prozess angestoßen, der in seinem Ergebnis aufzeigt, wie viel Kraft eine lebendige, aktive Demokratie hat, eine parlamentarische Demokratie, die sich ihrer Stärke als Volksvertretung und als Kontrolle der Regierung bewusst ist.

Ich bin aufgrund meiner deutlich kürzeren Zugehörigkeit zu diesem hohen Haus vielleicht noch ein bisschen idealistischer, aber nicht weniger ein glühender Demokrat und überzeugter Parlamentarier wie du. Ich glaube, wir können deine Leistung in dem Zusammenhang gar nicht hoch genug schätzen. Danke noch einmal dafür. (Beifall)

Vor diesem Hintergrund ist es natürlich besonders schade, dass die ÖVP in Oberösterreich inzwischen nicht einmal mehr über die Weiterentwicklung der Demokratie reden will. Allein die Auseinandersetzung mit den demokratiepolitischen Herausforderungen unserer Zeit, allein die Diskussion über demokratiepolitische Möglichkeiten um Verbesserungen und allein schon das Nachdenken über eine Modernisierung unserer Verfassung scheint der ÖVP unangebracht, unwillkommen und kann sogar offenbar parteiintern zu Sanktionen führen. (Zwischenruf Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb: „Das ist unwahr!“)

Schon das Reden über mögliche Veränderungen in der Demokratie würdet ihr am liebsten unterbinden. Das sieht man an der Nichtdiskussion im Unterausschuss. (Zwischenruf Landesrat Dr. Hattmannsdorfer: „Geh, jetzt übertreibst du ein wenig!“) Und man sieht es wie immer am oft beleidigten, ja sogar zum Teil beleidigenden Umgang mit unseren Anträgen, mit den Anträgen der Opposition zu den notwendigen Demokratiereformen in Oberösterreich. (Zwischenruf Landesrat Dr. Hattmannsdorfer: „Ist das nicht Demokratie?“) Und dieses Schweigen über die Demokratie, dieses Kleinreden des Themas auch, und das damit immer wieder verbundene Verächtlichmachen der Opposition wollen wir gemeinsam mit diesem Antrag aufbrechen.

Reden wir über die nächsten notwendigen Schritte in der Modernisierung des Parlamentarismus in Oberösterreich. Und ich möchte dazu ganz besonders die ÖVP einladen, denn es braucht für eine starke Demokratie ja die berühmte echte Gemeinsamkeit. Und auch das hat Klubobmann Mayr angesprochen, der Bundesparteiobmann eures Koalitionspartners fordert allen Ernstes eine Orbanisierung Österreichs, fordert damit also allen Ernstes Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit, fordert die Beeinflussung von Wahlergebnissen und Angriffe auf die unabhängige Justiz. In letzter Konsequenz nichts anderes als die Forderung nach einer autokratischen Regierungsform. Und dazu möchte ich, möchten wir ganz klar sagen, wir brauchen vieles in Oberösterreich und in Österreich, aber ganz sicher keine Orbanisierung. (Beifall)

In unserer Landesverfassung steht, dass das Volk, die Oberösterreichinnen und Oberösterreicher, seinen Willen ausdrückt durch die Wahlen in den Landtag. Und es steht drinnen, dass der Landtag die Geschäftsführung der Landesregierung überprüfen, die Landesregierungsmitglieder befragen und von ihnen Auskünfte verlangen darf. Umgekehrt ist

es also eine Verpflichtung der Regierung, dem Landtag und seinen Ausschüssen Rede und Antwort zu stehen und kein Gnadenakt, wie es letzters von der ÖVP dargestellt worden ist.

Ich bin zutiefst überzeugter Demokrat und möchte meinen Teil dazu beitragen, das Vertrauen der Menschen in die Politik zurückzugewinnen. Eine klare Rollentrennung zwischen Regierung und Opposition ist ein möglicher Schritt dafür. Dafür braucht es im Landtag bessere Kontrollrechte nach Vorbild des Bundesparlaments in Wien. Ich hoffe, dass viele Kolleginnen und Kollegen von ÖVP und FPÖ sich die Ausstellung am Hauptplatz anschauen. Ihr werdet überrascht sein, welche Möglichkeiten es gibt im Bundesparlament für die Opposition.

Das von uns beantragte Symposium soll diese Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Demokratie zusammenführen, um gemeinsam ein besseres Demokratiesystem für Oberösterreich zu bauen. Danke für die Zustimmung. (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Eypeltauer.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Herr Präsident, hohes Haus, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Bürgerinnen und Bürger, die uns digital zuschauen! Ja, wenn nur ein Drittel der Menschen in dem Land findet, dass unser politisches System gut funktioniert, wenn wir wissen, gesichert und aus Marktforschungen, dass das Vertrauen in demokratisch gewählte Vertreter/innen, aber auch Regierungsvertreter/innen immer mehr sinkt, dann ist doch der logische erste Schritt, wie machen wir das besser, wie verbessern wir dieses politische System?

Und jetzt gibt es in ganz Europa, überhaupt in der gesamten westlichen Welt, muss man sagen, momentan zwei Pole, die immer stärker polarisieren. Der eine Pol ist jener, dem es darum geht, Politik auf Augenhöhe zu machen, starke Volksvertretungen und wirksame Regierungen zu bekommen. Wo Rechenschaft abgelegt wird gegenüber der Bevölkerung, wo es ein Bemühen und einen Mut gibt für ein echtes Miteinander, wo es einen transparenten Staat gibt statt gläserne Bürger, und wo es freie, vielfältige Medien gibt.

Und dann gibt es diesen anderen Pol. Diesen Pol einer elitären Politik der Wenigen. Einen Pol der Amtsgeheimniskrämerei und der Obrigkeit. Einen Pol der Halbwahrheiten und des staatlichen Einflusses auf Medien. Wo Parlamente eher eine lästige Nebensache sind oder sogar Feinde. Das ist ein Pol der Orbanisierung. Das ist ein Pol der Illiberalität, ein Pol, der in die Autokratie führt. Und zwischen diesen zwei Polen müssen auch wir in Oberösterreich als Abgeordnete der Volksvertretung uns entscheiden. Es gibt nur entweder oder.

Letzterer, vor dem warne ich, weil das bedeutet im Endeffekt Isolation, das bedeutet Wohlstandsverlust, das bedeutet Unfreiheit. Und wenn FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl neulich bei uns in Linz sagt, machen wir es dem Orban nach, dann verstehe ich zumindest zum Teil, warum es nicht möglich ist, mit der schwarz-blauen Koalition in Oberösterreich die Demokratie zu reformieren und zu modernisieren, weil zumindest ein Koalitionspartner das wahrscheinlich gar nicht will, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall)

Beim vorliegenden Antrag von Grünen, NEOS und SPÖ möchten wir, dass der Landtag ein öffentliches Symposium veranstaltet, in dem wir öffentlich, mit der Bevölkerung, mit Expertinnen und Experten und auch wir miteinander und auch mit der Regierung darüber sprechen, wie wir unser politisches System in Oberösterreich besser machen können. Es geht darum, dass wir die Demokratie stärken. Es geht darum, dass wir die Verfassung

modernisieren. Es geht auch darum, dass wir einmal intensiv darüber reden, ob wir den Proporz abschaffen, auch wenn manche apodiktisch sagen, nein, sicher nicht, weil so ist es bequemer. Es geht darum, dass wir den Landtag weiter öffnen. Es geht auch darum, dass wir unser demokratisches System gerade auch für die jungen Menschen in dem Land attraktiver und zukunftsfähiger machen.

Das steht nicht im luftleeren Raum, es wurde schon angesprochen. Das Grünbuch Demokratieforum, das 2020 wegen besorgniserregender Befragungsergebnisse aus dem Demokratiemonitor gestartet wurde vom damaligen Landtagspräsident Wolfgang Stanek von den ÖVP, hat uns ganz viel mitgegeben an Grundlage für diese Debatte. Ich finde es total schade, dass wir das nicht weiterverfolgen können.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich muss mich da nicht an die Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie oder den Grünen oder an mich selber wenden, sondern ich muss mich an euch wenden, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von den Freiheitlichen und von der Volkspartei. Wenn nur ein Drittel der Menschen in dem Land sagt, das politische System funktioniert, wenn das Vertrauen in politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sukzessive sinkt, sowohl auf Abgeordnetenebene, als auch auf Regierungsebene, dann können wir doch nicht sagen, nein, es passt eh alles, das machen wir schon irgendwie, dann müssen wir doch den Anspruch haben, dass wir besser werden, dass wir unser System verbessern. Das können wir, weil wir hier der Gesetzgeber sind, weil wir hier Verfassungsgesetze machen können, weil wir hier miteinander entscheiden können, wie wir miteinander tun, wie wir mit der Regierung tun und wie wir mit der Bevölkerung tun. Unser Appell als Rot, Grün und NEOS hier in dem Haus ist es mit diesem Antrag. Machen wir das und starten wir das mit einer öffentlichen Diskussion, mit einem Demokratiesymposium, und geben wir da nicht auf, sondern strengen wir uns gemeinsam an. Dankeschön! (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Aigner.

**Abg. Aigner:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, des hohen Hauses, lieber Zuhörer/innen auf der Galerie, liebe Menschen aus und in Oberösterreich! Zu einer gut funktionierenden Demokratie gehört auch eine gut funktionierende Kontrolle der ausführenden Organe, insbesondere die Möglichkeit, Opposition in diesem hohen Haus zu betreiben, die Landesregierung entsprechend kontrollieren zu können.

In diesen 18 Monaten, wo ich jetzt dank des Wählerwillens diesem hohen Haus angehören darf, habe ich viele Anträge sehen dürfen zur Stärkung der Demokratie, zur Stärkung der Opposition und zur Stärkung der Kontrollrechte. Ich habe hier ein paar aufgeschrieben. Wir von der MFG haben letztes Mal den Antrag zur Verkürzung der Legislaturperiode von sechs auf fünf Jahre eingebracht, um dem Wähler mehr Mitbestimmungsrecht zu geben. Wir haben einen Antrag auf Einsicht in die Anträge Beschlussfassung in der Landesregierung eingebracht, Antrag auf einfachere Unterstützungserklärung für Wahlvorschläge. Aber auch von den anderen Oppositionsparteien sind gute Anträge eingebracht worden, zum Beispiel Veröffentlichung schriftlicher Anfragen, einfachere Unterstützungen von Bürgerinitiativen, von Petitionen, der Politikbriefkasten, der Jugendlandtag, wo wir einen tollen Ausflug nach Salzburg gehabt haben, wo wir jetzt schon wissen, dass der in Oberösterreich wahrscheinlich eh nicht eingeführt werden wird, eine Reform- und Untersuchungskommission, Akteneinsicht für Landtagsabgeordnete, Budgetdienst und letzten Endes Abschaffung des Proporz.



Die Themen werden alle wohlwollend aufgenommen, in Unterausschüssen, wie Kollege Höglinger gesagt hat, diskutiert oder nicht diskutiert und wegdiskutiert und dann niedergestimmt. Da stellt sich für mich die Frage, hat man Angst oder warum muss man in einem gewissen Ausmaß Geheimniskrämerei betreiben? Genau dieses Verhalten trägt dazu bei, dass der Vertrauensindex in die österreichische Politik sich im freien Fall befindet. Es liegt aber nicht nur an der Regierung, sondern daraus resultierend in die EU, ORF und letzten Endes auch in die Energieversorgung aufgrund der Politik, die in diesem Land betrieben wird.

Liebe Menschen, es ist Zeit, dass wir wieder Politik machen für die Menschen, dass sich wir Politiker verstehen als Diener des Volkes und nicht als Eigentümer des Staates und über die Menschen hinweg regieren.

Wir bedanken uns für diesen Antrag des Symposiums. Wir hätten den Antrag auch mitgetragen und gerne mitunterzeichnet, so die Einladung gekommen wäre. Wir schaffen es, dass wir Vertrauen wieder aufbauen genau durch solche Themen, indem man die Menschen einbindet und mit den Menschen spricht und zu den Menschen sagt, wie dürfen wir für euch Politik machen und nicht mit dem, wo wir behaupten, wir wissen, was die Menschen wollen, indem wir den Landtag öffnen. Wir haben uns darüber informiert, wie viele Menschen diesen Landtagssitzungen, die live im Internet übertragen werden, zuschauen. Da ist die höchste Anzahl, haltet euch fest, 150. So viel zum Interesse zur Politik der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, die wir da herinnen machen und die uns da live verfolgen. Letzten Endes ist eine Steigerung der Transparenz auch eine vertrauensbildende Maßnahme.

Ich darf noch einmal ganz kurz daran erinnern, in den letzten zwei Landtagssitzungen habe ich mein Denkmodell eingebracht, warum nehmen wir auch nicht ein bisschen Anleihe an der Wirtschaft, an Modellen der Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, was in der Wirtschaft draußen gut funktioniert und wo es einen Aufsichtsrat gibt, der die Führung, der die Regierung dementsprechend kontrolliert. Ich möchte es nicht noch einmal weiter erörtern, aber ich werde es wieder bringen. Es freut mich, dass dieses Thema auch immer wieder kommt, die Stärkung der Demokratie.

Was passiert, wenn wir die Menschen wieder einbinden, wenn wir die Menschen wieder fragen? In der letzten Umfrage ist herausgekommen, dass sich die Menschen durchaus wünschen, dass es eine starke Führungspersönlichkeit gibt, die nicht Rücksicht nehmen muss auf Parlamentarismus. Wir haben in den drei Pandemie Jahren gesehen, wie gefährlich es ist, wenn man einem einzelnen Menschen die Macht gibt, mittels Verordnungen freiheitsbeschränkende Maßnahmen und Grundrechtsverletzungen zu verordnen, wo dann eh herauskommt, dass über 100 dieser Maßnahmen und Verordnungen verfassungswidrig sind. Genau das brauchen wir in Österreich nicht. Was wir auch nicht brauchen, das ist, dass durch Geheimniskrämerei und durch Einschränken und Beschneiden von demokratischen Oppositions- und Kontrollrechten es möglich gemacht wird, dass die Regierenden mit Angst führen und durch Unsicherheit führen. Ein Volk, was in Angst ist und in Unsicherheit ist, lässt sich leichter führen, weil es darauf vertraut, dass Gutes gemacht wird. Das Volk wird aber auch laufend enttäuscht, und das zeichnet sich eben im Vertrauensverlust, im Sinken des Index dementsprechend ab.

Nur durch Stärkung der Demokratie, Symposium, Oberösterreichkonvent, was auch immer, oder durch Annahme dieser einzelnen Anträge, die wir haben, kann es möglich sein und wird es möglich sein, ein lebenswerteres Österreich zu gestalten, ein enkeltaugliches Österreich für unsere nachfolgenden Generationen zu gestalten. Danke! (Beifall)

**Präsident:** Auf der Galerie Platz genommen haben Mitglieder des Verbandes der oberösterreichischen Volkshochschüler, und ich begrüße sie ganz herzlich im hohen Haus. Wir kommen zur nächsten Wortmeldung von Klubobmann Mahr.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Sehr geehrter Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal und im Internet! Einer Weiterentwicklung der Demokratie stehen wir immer offen gegenüber, das ist ganz klar, denn, so wie alles andere, stehen natürlich auch unsere demokratischen Errungenschaften in einem ständigen Diskussions- und Entwicklungsprozess.

Euch, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht es doch in Wirklichkeit nur um die Abschaffung des Proporz in diesem Antrag. Die Abschaffung des Proporz ist innerhalb und außerhalb des Hauses ausreichend diskutiert worden. (Zwischenruf Abg. Präsident Peter Binder: „Lesen! Nicht unterstellen!“) Mit eurem Antrag vermittelt ihr ja zwischen den Zeilen irgendwie auch den Gedanken, dass die Opposition mit neuen beziehungsweise zusätzlichen parlamentarischen Instrumenten ausgestattet werden soll, um vorrangig politisches Kleingeld zu wechseln. Das ist garantiert nicht das, was die Bürger wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Unverständlicher Zwischenruf von links)

Es gibt aus unserer Sicht im oberösterreichischen parlamentarischen System bereits jetzt genug Möglichkeiten, sich entsprechend einzubringen. Dieser Antrag ist ja nur ein Beispiel dafür. In Oberösterreich dürfen ja Klubs mehrere mündliche Anfragen pro Landtagssitzung stellen, und das ist auch nicht überall so. Es gibt dringliche Anfragen, es gibt aktuelle Stunden und so weiter. Wenn ihr entsprechende Ideen habt, stehen euch genug Mittel zur Verfügung, um euch Gehör zu verschaffen und eure Vorschläge einzubringen. Ein Symposium ist nicht unbedingt notwendig.

Ihr macht es euch auch zu einfach, wenn ihr die Schuld eurer Umfragesinkflüge dem parlamentarischen System in die Schuhe schiebt. Man sollte besser die Fehler bei sich selbst suchen, anstatt die Schuld immer auf andere zu schieben. Eine Änderung des politischen Systems wird nicht viel bewirken, wenn man die Sorgen der Bevölkerung nicht ernst nimmt. Die Enttäuschung und das Misstrauen der Bürger, die der Politik derzeit sehr schlechte Werte geben, sind ja oftmals gerechtfertigt. Ich sage das bewusst, und ihr müsst vor der eigenen Türe kehren. Ich sage nur ein Beispiel: Wenn die Parteichefin der NEOS vor laufender Kamera andersdenkende Bürger als Volksverräter beschimpft und danach alles abstreitet, ist es selbstredend. Dann haben wir den (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: unverständlich), du kommst schon noch dran, Vizkanzler der Grünen, der demonstrierende Bürger vor laufender Kamera als Staatsverweigerer, als Demokratiefeinde oder als Nazis beleidigt. Dann haben wir die SPÖ, eine nicht endend wollende Baustelle, eine ehemalige stolze Großpartei, die sich gerade selbst jetzt zerfleischt und durch innere Streitereien ihren letzten Funken an Glaubwürdigkeit verliert. (Unverständliche Zwischenrufe von links)

Liebe Kollegen auf meiner linken Seite, statt mit den Sorgen der Bürger seid ihr nur mit euch selbst beschäftigt und auch inhaltlich seid ihr einfach nur eine Enttäuschung für viele Menschen. Ein Beispiel am Rande, wie erklärt ihr, dass ihr bei den Sonntagsreden stets Gleichberechtigung fordert, gleichzeitig aber intern alle Frauen in Führungspositionen abmontiert. Das hat angefangen mit der Landesrätin Gerstorfer, jetzt Bundeschefin Rendi-Wagner (Unverständliche Zwischenrufe von links) und dass dieser Antrag vom Kollegen Höglinger anstatt von der Klubvorsitzenden vorgetragen wird, passt ja noch dazu. Ich weiß ja nicht, was das zu bedeuten hat, Frau Klubobfrau, aber ich würde mir an deiner Stelle Gedanken machen. Das Wichtigste für eine glaubwürdige Politik ist, die wichtigen Interessen

der Bürger zu vertreten. Redet mit den Leuten auf der Straße und hört euch die Sichtweisen und Meinungen an zum Beispiel zu den Klimaaktivisten und -extremisten, zu Drag-Queen-Lesungen für Kleinkindern, zu dem ganzen Genderwahnsinn, zur Begegnung von Elterntagen im Kindergarten, weil Muttertag und Vatertag sind ja nicht mehr zeitgemäß, oder zur Abschaffung von Kinderfaschingskostümen, da werden Cowboy- und Indianerverkleidungen von linken Gutmenschen fast kriminalisiert. Diese völlig realitätsfremden Verirrungen interessieren die Mehrheit der Bevölkerung überhaupt nicht. (Beifall)

Die überwiegende Mehrheit der Bürger interessiert sich auch nicht für irgendwelche speziellen Regierungsformen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Teuerung, die Miet- und Energiekostenpreise, die Migrationskrise, das sind die Themen, die unsere Menschen beschäftigen. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Was machst du?“) Die Bürger wollen, dass wir etwas weiterbringen in der Politik, jedenfalls in Oberösterreich, in unserem Verantwortungsbereich ist das mit dem schwarz-blauen Arbeitsübereinkommen der Fall. Unsere Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist von einer wertkonservativen Grundhaltung getragen. Wir machen Politik mit Hausverstand. Darauf können sich die Menschen verlassen. Wir lehnen die Dringlichkeit ab. (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Dörfel.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchergalerie und im Internet! Es ist immer gut, wenn wir regelmäßig über die Demokratie sprechen, denn es ist die beste Staatsform. Da sind wir uns alle einig. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Das musst du deinem Koalitionspartner sagen!“) Aus dieser besten Staatsform, den Demokratien in dieser Welt, ragt die oberösterreichische Demokratie besonders hervor. Ich glaube, es ist ein gutes System, um das uns viele beneiden und das letztlich auch dazu geführt hat, dass wir in Oberösterreich Vollbeschäftigung, Wohlstand, sozialen Frieden haben. Weil wir ein demokratisches System haben, das die Zusammenarbeit fördert und nicht auf eine Spaltung der politischen Kräfte hinausläuft. Daher haben wir nach jahrelangen Diskussionen vor Kurzem entschieden, dass wir dieses erfolgreiche System auch in Zukunft beibehalten wollen.

Trotzdem ist es natürlich unbenommen, dass wir immer wieder über Demokratie sprechen. Denn es ist tatsächlich so, dass es gewisse Umfragen gibt, wo man den Eindruck hat, naja, es sehen nicht mehr alle so, dass die Demokratie die beste Staatsform ist. Da muss man in Zukunft überlegen, ob man nicht eine grundsätzliche Debatte führen soll und die Systeme gegenüberstellen soll, vor allem, wenn man sieht, dass die Kommunisten in Salzburg auch auf einmal Stimmen bekommen. Ich gehe davon aus, dass die Wähler nicht wissen, was Kommunismus eigentlich ist. Über das müssen wir reden und nicht, ob ich da ein paar Anfragen stelle, oder schriftlich oder dies oder das. Wir müssen in die Sache einsteigen. Das ist wichtig und nicht wer einen Posten in der Regierung bekommt und nach welchem System die Regierungssitze verteilt werden. Wir müssen in die Grundzüge gehen. Wir müssen tatsächlich immer wieder deutlich machen, was der Vorteil der Demokratie ist. Wir müssen deutlich machen, dass sie ein wertvolles Gut ist, das immer wieder gepflegt werden muss.

Ich glaube, unser oberösterreichisches System bestätigt das. Wenn gesagt wird, man soll es so machen wie beim Bund, man braucht eine stärkere Trennung zwischen Regierung und Opposition, auch von den Institutionen her, dann sage ich, nein, das brauchen wir nicht. Weil ich muss schon sagen, der Oberösterreichische Landtag ist ein Arbeitsparlament und keine Showbühne. Wenn man sich oft Übertragungen aus dem Nationalrat anschaut, dann glaubt man, es geht um alles, nur nicht um die Sache. Das wollen wir nicht.

Es ist gut, wenn wir über Demokratie reden, aber noch besser ist es, wenn wir uns mit den konkreten Anliegen der Menschen beschäftigen. (Zwischenruf Abg. KO Mayr: „Wann macht ihr das?“) Das tun wir. Dafür wurden wir gewählt. Die Leute erwarten Lösungen von uns, praktikable Lösungen und nicht theoretische Debatten, wie denn ein demokratisches System aussehen soll im Detail. Sie erwarten Lösungen. Das schafft Vertrauen. Probleme lösen schafft Vertrauen, auch dies ist der Hauptinhalt dieses Grünbuchs, das der frühere Präsident Wolfgang Stanek in Auftrag gegeben hat. Da geht es um politische Kultur, da geht es nicht unbedingt um die Institutionen, sondern welche politische Kultur haben wir und haben wir den Blick auf die Sorgen der Menschen, oder wollen wir Themen in den Mittelpunkt stellen, die eigentlich nur uns selber beschäftigen. Wir sind der Meinung, es ist wichtiger, wenn wir die Sorgen der Menschen in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen.

Weil du gefragt hast vorher, wo den diese Sacharbeit ist, darf ich dich nur an die heutige Tagesordnung erinnern. Wir werden heute Beschlüsse fassen, die das Leben in Oberösterreich weiter verbessern. Wir werden Vorschläge erarbeiten, wie wir die Energiekosten weiter senken können. Das werden wir wahrscheinlich einstimmig, jedenfalls mit großer Mehrheit beschließen. Wir werden unseren Kampf gegen die Drogen fortsetzen, damit wir unsere Jugend schützen können. (Zwischenruf Abg. Schwarz: „Alkohol!“) Wir werden Gelder freigeben, damit unser gutes Gesundheitssystem weiter verbessert werden kann, in allen Regionen unseres Landes. Wir werden Projekte beschließen beziehungsweise die Finanzierung der Projekte beschließen, die unsere Bevölkerung vor Naturgefahren besser schützen können, und das im Süden, Grünau im Almtal, und auch im Norden, Freinberg, Haibach. Darum geht es bei unserer Arbeit. Wir geben konkrete Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Daher, Probleme lösen, schafft Vertrauen! Wenn das eingebettet ist in ein gutes, bewährtes, demokratisches System, wie es wir in Oberösterreich haben, dann können wir stolz sein. Unser System gibt allen Parteien die Möglichkeit, nach Maßgabe ihrer Stärke, ihre Ideen einzubringen und unser schönes Oberösterreich mitzugestalten. Darum ersuche ich euch! (Beifall)

**Präsident:** Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 521/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen, die Abgeordneten der Fraktion der MFG und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Wie die Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 522/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 522/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Unterstützungsangebote „Ausbauen statt Kleinkinder suspendieren“. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 522/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Margreiter.

**Abg. Margreiter:** Einen wunderschönen guten Morgen, geschätzte Damen und Herren auf der Tribüne, zuhause vor den Bildschirmen, werter Herr Präsident! Neues Gesetz regt auf, Handhabe gegen aggressive Kinder, so lautete eine Headline einer bekannten Tageszeitung hinsichtlich unseres Dringlichkeitsantrages. Aber was ist die Grundlage dafür?

Klar ist, dass die Novelle zur Begutachtung des Landesgesetzes, mit dem das Oö. Kinderbetreuungsgesetz und das dazugehörige Dienstgesetz geändert werden sollen, aufliegt. Klar ist auch, dass in dem darin enthaltenen Paragraphen 12 aktuell nun der Widerruf

der Annahme in einem Kindergarten für eben sogenannte aggressive oder schwierige Kinder möglich war und dieser Paragraf jetzt eben verschärft werden soll.

Warum? Es haben einige Rechtsträger eben dies gefordert, dass eben in dem Paragrafen es die direkte Möglichkeit einer Suspendierung geben soll, und was mich da schon sehr verwundert ist, dass schon nach sehr, sehr kurzer Zeit dieses Wunsches, dem auch Folge geleistet wird, und eben die Möglichkeit einer achtwöchigen Suspendierung und bei Zustimmung der Landesbildungsdirektion auch darüber hinaus in einem Begutachtungsentwurf geschaffen werden soll.

Für mich, und da möchte ich später noch darauf zurückkommen, ist es ganz klar ein Hilferuf der Rechtsträger. Wie gesagt, verwunderlich ist, wie schnell das plötzlich gehen soll, wo gerade zu einem anderen Thema, dass eben auch die Rechtsträger und die PädagogInnen betrifft, die Gewerkschaften gemeinsam mit uns Sozialdemokraten und auch anderen Oppositionsparteien wirklich über Jahre gekämpft haben, dass es eine Verbesserung gibt, eben wenn es um die Arbeitsbedingungen geht. Dieses erste Paket, das wir erst kürzlich beschlossen haben, eben nach und nach zur Umsetzung kommt und erst greifen wird.

Diese Regierung hat aus meiner Sicht wirklich über viele Jahre die Pädagoginnen und Pädagogen und die Rechtsträger mit den Problemen und den Arbeitsbedingungen und vielen mehr alleine gelassen, anstatt sich Gedanken zu machen, wie es dazu kommt, was überhaupt die Ursache ist, dass drei- bis sechsjährige Kinder, dass die derart auffällig oder gewalttätig sind, dass sich Pädagoginnen und Pädagogen eine Suspendierung wünschen. Was passiert aber? Sie kommen mit der Sanktionskeule und wollen diese Kinder wegsperren. Sie reißen sie aus einem funktionierenden sozialen Umfeld in diesem Kindergarten und sind sich offenbar der Konsequenz nicht wirklich bewusst. Diese Konsequenzen sind, wie geht es eigentlich dem Kind dabei? Ist das nicht auch ein Hilferuf des Kindes, ein Hilfeschrei des Kindes? Was muss passiert sein, damit ein drei- bis sechsjähriges Kind sich so verhält? Die anderen Kinder der Gruppe, natürlich auch die Eltern werden das mitbekommen, wie soll dieses Kind wieder erfolgreich eingegliedert werden, frage ich sie?

Wie geht es den Eltern, die vielleicht berufstätig sind und wie sollen die das jetzt bewältigen? Vielleicht entlässt man gerade aber dieses Kind in eine häusliche Umgebung, die genau dieses Verhalten produziert hat, und und und. Da gibt es viele Punkte.

Zu dem birgt der geänderte Paragraf die Gefahr willkürlicher Entscheidungen und keine Bedingungen, wann ein Kind konkret suspendiert werden kann. Das genau ist es auch, was die Stellungnahmen zum Entwurf ganz klar aussagen und wo diese auch darauf hinweisen. Es gibt keine konkreten Bedingungen darin.

Wenn Sie schon anmerken, wie ich aus verschiedensten Wortmeldungen schon im Vorfeld gehört habe, dass es sich um Ausnahmen handeln soll diesbezüglich, da muss ich Ihnen sagen, die Vergangenheit hat uns ganz deutlich gezeigt, wie es um Ausnahmen hier steht. Ich möchte hier zum Beispiel an die Gruppenhöchstzahl in den Kindergärten, in den Krabbelstuben und so weiter erinnern, dieses Vertrauen haben Sie längst verspielt, denn dort sind auch diese Ausnahmen zu Regelmäßigkeiten geworden, von 23 Kindern waren es plötzlich fast ausschließlich und durchgehend in vielen Bereichen 25 Kinder.

Ich möchte jetzt noch einmal zu dieser zweiten, stark betroffenen Gruppe der PädagogInnen und Rechtsträger kommen. Ich sage es noch mal, aus meiner Sicht ist es ein Hilfeschrei. Wir wissen, dass es hier teils schwierige strukturelle und personelle Rahmenbedingungen gibt, die

hier seit Jahren gestemmt werden müssen, zudem durch Corona bedingt natürlich diese noch verschärft haben. Gerade eben die sprachliche Diversität zu pädagogischen, schwierigen Situationen führen kann. Integration, Inklusion ist hier ein Thema. Es braucht viel mehr weitere und bessere Unterstützungsmaßnahmen und Systeme. Das Magistrat Linz zeigt es vor, hier gibt es eine Kindergartensozialarbeit, die allerdings nicht vom Land mitfinanziert oder bezahlt wird.

Abschließend möchte ich noch sagen, man sieht hier ganz klar wieder, wie eben Symptome bekämpft werden nämlich, nicht die Ursachen, sondern Symptome mit der Sanktions- und Bestrafungskeule. Sie wollen, und ich denke hier auch an die Senkung des Jugendstrafalters, das ist auch immer wieder Thema, Sie wollen sogenannte böse Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren aussperren aus dem Kindergarten und eben wie gesagt, wenn man an die Senkung des Jugendstrafalters denkt, dann wieder früher einsperren. Das ist das, was für mich von diesem Entwurf übrigbleibt, von diesem einen Paragrafen, und wir werden natürlich diesem Paragrafen nicht zustimmen, das kann ich jetzt schon sagen.

Ich ersuche um Unterstützung dieses Antrages, weil es mir wichtig ist, dass man einfach die PädagogInnen unterstützt, dass hier Maßnahmen gestaltet werden (Präsident: „Bitte zum Schluss kommen!“), die hier weiterhelfen. Vielen herzlichen Dank. (Beifall)

**Präsident:** Die vordiskutierte Beilage wird natürlich dem Verfassungsausschuss zugewiesen. Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Bammer bitte.

**Abg. Mag. Dr. Bammer:** Danke, sehr geehrter Herr Präsident! Ja, danke. Mich verwundert das, dass hier keiner zu Wort gemeldet ist, denn das Thema ist ja tatsächlich sehr, sehr, sehr, sehr heikel in Oberösterreich, was man hier vorhat. Ich möchte gleich vorausschicken, wir stimmen dem Antrag der SPÖ natürlich zu, denn was hat man denn durch diesen Paragrafen 12b vor?

Ich möchte das ganz gern in die Kamera sprechen, damit jeder weiß, worum es hier eigentlich geht. Nämlich kann ein Rechtsträger, also ein Kindergarten, die Gemeinde, zum Beispiel ein Kind vom Besuch vorübergehend ausschließen, Suspendierung, wenn durch den Besuch der Einrichtung eine außergewöhnliche, nicht vertretbare Gefährdung anderer Kinder des Personals etc. gegeben ist.

Ich möchte jetzt ganz konkret aus der Sicht der Kinder sprechen, was das nämlich bedeutet. Das Kind wird wortwörtlich hier ausgeschlossen. Es wird suspendiert von dem Kindergarten. Was bedeutet das für einen Vierjährigen oder für ein vierjähriges Mädchen, wenn es aus seiner Gruppe, aus seiner gewohnten Umgebung im Kindergarten, aus seiner Freundesgruppe, aus seiner Bezugspersonalgruppe ausgeschlossen wird? Es bekommt einen Stempel. Es hat mit vier Jahren, die Herren und Damen der ÖVP finden das Thema offensichtlich nicht so relevant, um hier zuzuhören, dieses Kind hat mit vier Jahren einen Stempel, denn es wird aus dem Kindergarten ausgeschlossen.

Anstelle dass wir in Oberösterreich hergehen und sagen, wir bauen die Unterstützungsangebote für die Familie aus, wir unterstützen die PädagogInnen, die mit diesen Rahmenbedingungen eh schon hadern, wir werden tatsächlich zum Kinderland Nummer eins. Nicht mit vereinzelt Maßnahmen, sondern mit echten Maßnahmen. Mit Maßnahmen, die die Gruppengröße betreffen. Mit Maßnahmen, die multiprofessionelle Teams betreffen in den Kindergärten, damit die PädagogInnen dort endlich ihre Stärken und ihrer Ausbildung gerecht werden können. (Beifall)

Noch einmal aus der Sicht der Kinder gesprochen, denn das wird in der ganzen Debatte, was Kindergärten betrifft, auch immer vergessen. Die Kinder haben keine Stimme außer die Stimme ihrer Eltern, die eh schon oft hadern, schludern, mit der Teuerung nicht zu Recht kommen, keine Energie haben, dass sie ihre Sorgen tatsächlich irgendwo hinbringen, nämlich zu uns EntscheidungsträgerInnen, zu euch EntscheidungsträgerInnen. Die haben keine Energie. Die kommen hinten und vorne nicht mehr zusammen, und daher sind wird in der Verantwortung, endlich einmal aus der Sicht der Kinder zu denken, was mit denen passiert, wenn die diesen Stempel auf das Auge gedrückt bekommen und hier aus einem Kindergarten ausgeschlossen werden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Kirchmayr.

**Abg. Mag. Kirchmayr:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne, im Internet! Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Ziel ist es, Kinderland Nummer eins zu werden. Was im Kinderland Nummer eins zählt, sind die Kinder. Alles zu tun, damit sich ein Kind gut entwickelt, ihnen ein Rüstzeug mitzugeben für die Zukunft, muss unsere oberste Prämisse sein.

Es wurde ein Kinderland-Paket ausgehandelt, verhandelt. Zusätzlich 40 Millionen Euro gemeinsam verhandelt mit Städten, mit den Gemeinden, mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Gewerkschaft. Neue Öffnungszeiten, kleinere Gruppen, Verbesserungen für die KindergartenpädagogInnen, bei den Einrichtungen und noch vieles mehr. Dieses Paket ist ein Gutes, sehr geehrte Damen und Herren.

Ich bin etwas irritiert über meine beiden Vorrednerinnen. Ich bin selbst Mama zweier Kinder, für die, die es vielleicht nicht wissen, für viele da herinnen mache ich es regelmäßig bewusst bei meinen Reden, ich bin etwas überrascht, dass ein Punkt aus dem Gesamtpaket herausgegriffen wird, über das eigentlich, und das irritiert mich am meisten, dass mit Schlagzeilen völlig verändert dargestellt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt keine bösen Kinder. Jedes Kind ist wertvoll, das möchte ich einmal festhalten. (Beifall).

Was diese Suspendierungsklausel betrifft, möchte ich einmal vorweg sagen, dass man hier dem Wunsch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Einrichtungen nähergekommen ist. (Unverständliche Zwischenrufe) Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch dem Wunsch der Eltern.

Ein kleiner Bericht aus der Praxis, ich bin Mama und keine Kindergartenpädagogin, aber ich habe mir sehr wohl natürlich deren Meinung und Information dazu eingeholt. Jetzt sagen wir einmal, wir haben 20 Kinder in einer Gruppe, und wir haben ein Kind, das sich auch aus welchen Gründen auch immer, die wir jetzt hier nicht diskutieren können und auch nicht nachvollziehen können, ein Kind, das regelmäßig die anderen 19 Kinder und die ganze Gruppe in Chaos versetzt. Ihr werdet das kennen. In Chaos versetzt über längere Zeit hinweg, wo das Arbeiten mit allen Kindern gemeinsam im Kindergarten als äußerst schwierig, wo man merkt, okay, die anderen 19 Kinder leiden unter dem, dass es ein Kind gibt, das besondere Unterstützung und andere Hilfe braucht. Dann verstehe ich es nicht, warum man nicht die Notwendigkeit unterstützt, dass man auch im Kindergarten diese Möglichkeit hat, mit den Eltern, bitte da muss man jetzt in der Praxis vorsehen, da werden viele Elterngespräche geführt, da werden Assistentinnen und Assistenten hinzugezogen. (Zwischenruf Abg.

Margreiter: unverständlich) Ja genau, du bist ja vom Fach, du müsstest das wissen. Wenn all das nicht greift, dann braucht es einfach ein letztes Hilfsmittel. (Unverständliche Zwischenrufe)

Wenn sich das die Pädagoginnen und Pädagogen, die mit unseren Kindern arbeiten, die sich diese Entscheidungen nie leichtfertig machen, dass muss man auch dazu sagen, dann ist es unsere Aufgabe, dem auch nachzukommen und dann bringe ich dem auch vollstes Verständnis entgegen. (Beifall)

Ich muss auch dazusagen, in den acht anderen Bundesländern gibt es diese Regelung. Diese gab es nur bei uns in dieser Form nicht, und wir kommen dem jetzt nach. (Zwischenruf Abg. Margreiter: unverständlich) Frau Kollegin Margreiter, ich bin etwas irritiert, denn du kritisierst immer, es geht alles zu langsam, jetzt machen wir das zügig, dank der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, und setzen diese Dinge auch um, die sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch wünschen, und jetzt passt es leider wieder nicht. (Unverständliche Zwischenrufe) Also auch das irritiert mich etwas.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich halte es für wichtig und richtig, ich habe es vorhin schon erwähnt, dass es auch hier für die Pädagoginnen und Pädagogen eine Handhabe gibt.

Kinderland heißt für uns, das Kind in den Mittelpunkt zu stellen. Ich möchte das noch einmal wiederholen, weil es mir eine persönliche Wichtigkeit ist, denn wir beschreiben oder wir sprechen immer über den Bereich der Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen, aber es gibt soviel mehr, was wir im Kinderland Nummer eins machen. Ich rede vom Heizkosten- und Energiebonus, zum Beispiel, wo wir Kinder speziell unterstützen. Ich spreche aber auch von der Kinderuni oder von den Science Holidays. Ich spreche eben auch von den hochwertigen Kinderbildungs- und Betreuungsangeboten. Bei uns geht es um die Kinder. Unsere Kinder stehen im Vordergrund. (Unverständliche Zwischenrufe) Der Schutz der Kinder steht im Vordergrund.

(Unverständliche Zwischenrufe) Bitte? (Präsident: „Genau so lange wie die Frau Margreiter!“) Es besteht die Möglichkeit sich zu Wort zu melden. Der Herr Präsident wird mir sagen, wenn ich zu lange bin. (Präsident: „Bitte zum Schluss zu kommen!“ Heiterkeit.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte um Verständnis und bitte auch hier um die Richtigkeit, den Inhalt auch richtig darzustellen, und nicht nur Schlagzeilen produzieren oder Kinder in irgendeiner Form böse darzustellen. Das kann ich nicht unterstützen. (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Hofmann.

Abg. **Hofmann:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher auf der Galerie und im Internet! Sollen Kindergartenkinder nach gewaltsamen Handlungen für eine gewisse Zeit suspendiert werden? Diese Frage war kürzlich in der Kronen Zeitung zu lesen.

Diese Möglichkeit soll neu in das Oö. Kinderbetreuungsgesetz kommen, noch bevor wir uns hier im Landtag mit dieser Gesetzesnovelle auseinandergesetzt haben, kam schon der Aufschrei der SPÖ. Traurig, aber wahr, das Gewaltpotential steigt auch bei den Jüngsten weiter an. Kein Kind kommt so auf die Welt. Es hat oft verschiedene Gründe, warum Kinder ihre Wut in Form von Gewalt ausdrücken.



Viele Eltern haben das Problem, dass sich ihr Kind im Kindergarten anders benimmt als zuhause, meist deutlich schlechter. Die Gründe sind vielfältig, Überforderung, Probleme mit der Aufmerksamkeit, Probleme mit PädagogInnen oder Probleme mit anderen Kindergartenkindern. Wir reden immer über jene, die gewaltsame Handlungen verüben, aber was ist mit den Kindern, die dieser Gewalt ausgesetzt werden? Was ist mit den KindergartenpädagogInnen? Auch sie gehören vor solchen Vorfällen geschützt.

Bei der vorliegenden Suspendierung müssen schon gravierende Gründe vorliegen, damit der Rechtsträger hier handeln kann, wie etwa die Gefährdung anderer Kinder, des Personals oder wenn der ordnungsgemäße Ablauf gefährdet wird. Im Sinne des Kindeswohls wird die Möglichkeit der Suspendierung nur auf jene Fälle begrenzt, in denen eine nicht vertretbare Gefährdung gegenüber dem Kindergartenpersonal, den anderen Kindergartenkindern und dem Kindergartenbetrieb gegeben ist, nur dann wird es zu einem Ausschluss kommen, und dieser wird auch nur auf das geringstmögliche Ausmaß beschränkt werden.

Gewalt hat in Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen nichts verloren. Präventiv wird in den Kinderschutz investiert. Rechtsträger werden mit einem Leitfaden unterstützt, um Kinderschutzkonzepte zu erarbeiten, das heißt, es gibt auch Unterstützungsangebote. Wie ihr wisst, geschätzte Kollegen der SPÖ, ist es auch geplant, die Gruppengröße ab kommendem Kindergartenjahr stufenweise zu reduzieren neben anderen Maßnahmen. (Zwischenruf Abg. Margreiter: „Es braucht viel mehr!“)

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass in einigen Bundesländern im Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz der Passus der Suspendierung bereits verankert ist, wie zum Beispiel in der Steiermark und Tirol, wo die Sozialdemokraten in der Regierung sitzen. (Unverständliche Zwischenrufe) Auch in Salzburg, wo die NEOS in der Regierung waren und sogar die zuständige Landesrätin gestellt haben.

Wir Freiheitlichen werden der Dringlichkeit nicht zustimmen. Den Antrag können wir gemeinsam mit der Regierungsvorlage im Ausschuss weiterdiskutieren. (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ammer.

**Abg. Mag. Ammer:** Danke Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie und im Internet! Mir ist zu Beginn ein großes Anliegen, ein Dankeschön an die Pädagoginnen und Pädagogen auszusprechen, die tagtäglich eine unglaubliche Arbeit leisten und für unsere Kinder und unsere Kleinsten wirklich Fantastisches leisten. (Beifall)

Ja, da sollen wir uns nichts vormachen, es gibt Situationen in unseren Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen, die sind schwierig. Mir ist ganz wichtig, nochmal zu umreißen, auf welchem Feld wir uns hier bewegen und wer hier eigentlich ein entscheidender Faktor ist. Es ist zum einen dieses angesprochene Kind, das definitiv, so sehe ich das, keine Regelmäßigkeit ist, sondern ein Einzelfall ist, wo es Schwierigkeiten gibt. Dann sind die anderen Kinder schon angesprochen, wie kann man diese Kinder auch unterstützen? Ich kenne das selber aus meiner pädagogischen Arbeit, man hat oft den Fokus auf jene, wo es schwieriger ist und alle, die sich sehr regelkonform verhalten, gehen fast unter. Das ist sehr schade.

Es gibt die Pädagoginnen und Pädagogen, und dann gibt es die Erziehungsverantwortlichen, und ich sage das ganz bewusst, auch die Erziehungsverantwortlichen in diesem System, so bin ich überzeugt, brauchen alle Unterstützung. Alle brauchen Unterstützung, damit dieses

Zusammenleben in unseren Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen klappt. Ich habe das schon einmal angesprochen, der Ethos der Pädagoginnen und Pädagogen, so schätze ich das ein, ist vielfach der, trotz Rahmenbedingungen, die nicht ideal sind, die wir hoffentlich zunehmend verbessern, die sehr bewusst ins Auge gerückt sind in den letzten Wochen und Monaten und die uns auch begleiten werden, der Personalmangel wird ein ganz ein massives Problem sein, und das hat Einfluss auf die Gruppengrößen, zurück, der Ethos der PädagogInnen sagt, ich werde alles daran setzen, dass dieses Kind, das sich vielleicht auch nicht so verhält, wie ich mir das wünsche, wie ich das möchte, das nicht gruppenkonform ist, im Regelbetrieb zu halten. Da bin ich überzeugt, das ist so.

Daher verstehe ich sehr wohl, dass dieser so wichtige Antrag heute kommt und dass wir auch darüber diskutieren. Ich brauche entsprechende Unterstützung. Und da bin ich überzeugt, dass wir auf jeden Fall nachschärfen müssen und können, weil, und das kommt schon bei allen durch, ich probiere jetzt so ein wenig der Verbindende zu sein, es kommt bei allen durch, wir als Gesetzgeber haben, glaube ich, genau diese Aufgabe, so Unterstützung zu geben, dass alle in diesem System gut zurecht und zurande kommen, nämlich genau das, was zuerst gekommen ist, dass Kinder im Mittelpunkt stehen, kein Kind zurücklassen. Ich glaube, das spielt alles eine Rolle, und das ist auch genau das, was sich die Eltern, die Erziehungsverantwortlichen, die Kinder vor Ort und unsere Pädagoginnen und Pädagogen erwarten.

Speziell jene zu unterstützen, die es schwer haben, ist, glaube ich, ein ganz ein wichtiger Fokus, ganz speziell jene unterstützen. Wenn das Kind, das betroffen ist, in einer Situation vielleicht zu Hause ist, die auch noch schwierig ist, dann ist gerade diese Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung ein wichtiger Anker. Ganz bestimmt ist das so. Und daher bin ich auch sehr skeptisch, ob das der richtige Schritt ist, auch wenn man sagt, man hat eh einen doppelten Boden eingezogen und nur in Ausnahmefällen, wie die Kollegin Hofmann angesprochen hat, und so weiter und so fort. Ich glaube, es ist wirklich wichtig, dass diese Situation, wie zuerst angesprochen, wenn alles nicht greift, was tun wir dann, dass dieses, wenn alles nicht greift, einfach nicht eintritt. Und da gibt es, glaube ich, definitiv noch Möglichkeiten, wie wir das verändern und verbessern. Dankeschön! (Beifall)

**Präsident:** Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Beilage 522/2023, Initiativantrag betreffend Unterstützungsangebote ausbauen statt Kleinkinder suspendieren, zur Dringlichkeit zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen, die Abgeordneten der Fraktion der MFG und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Ich weise die Beilage 522/2023 dem Ausschuss für Gesellschaft zur Vorberatung zu.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 529/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 529/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend ein realitätsgerechtes Strompreisbestimmungsmodell für die Zeit der Energiekrise einführen. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 529/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Antlinger.

Abg. **Antlinger, B.Ed.Univ.:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen

und Zuseher auf der Galerie und zu Hause vor den Bildschirmen! Wer letzte Woche aufmerksam die Tageszeitungen gelesen hat, wird die Paradoxität in Österreich sehr schnell erkannt haben. Die Schlagzeilen waren voll von Meldungen, dass ATX-Konzerne Rekordgewinne eingefahren haben, dass soviel Dividende wie noch nie ausgezahlt wird und dass es vor allem Energiekonzerne wie die OMV oder der Verbund sind, die enorme Profite erzielen konnten. Auf der anderen Seite las man am selben Tag in denselben Tageszeitungen, dass der Kuchen immer kleiner wird oder Österreich seit Jahren ärmer wird.

So waren es im letzten Jahr vor allem die Preissteigerungen beim alltäglichen Einkauf und die massiv gestiegenen Energiepreise, die die Menschen immer mehr unter Druck gesetzt haben. Und leider, und das muss man wirklich sagen, leider wurden von der Bundesregierung seit Monaten nur Gutscheine gedruckt, an einer nachhaltigen Lösung für dieses Verteilungsproblem ist man scheinbar weniger interessiert.

Und geschätzte Kolleginnen und Kollegen, weil das heute auch schon mehrmals gekommen ist, wie super nicht alles in Österreich auch läuft oder in Oberösterreich läuft, man kann doch bitte nicht von einer funktionierenden Gesellschaft sprechen, wenn auf der einen Seite der Reichtum vermehrt wird, einige wenige immer reicher werden und auf der anderen Seite die Armut, die noch größer wird, kaum bis gar nicht bekämpft wird.

Und die Teuerung betreffend, und es ist heute auch schon kurz gekommen, dass gestern neue Antiteuerungsmaßnahmen verkündet wurden, warum ich sie für zu wenig halte, zu dem komme ich später noch, aber die Teuerung betreffend, und das zeigt uns der europäische Vergleich, steht Österreich schlecht da. Und wenn man sich die Entwicklung auch der letzten Wochen ansieht, wird es leider schlechter. In Österreich lag die Teuerung in den letzten vier Monaten um 2,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der Eurozone. Wir haben also nicht nur ein europaweites Problem, ganz klar, sondern auch ein spezifisch österreichisches Teuerungsproblem. Und Hauptgrund für den Österreichanteil an der Teuerung, monatelang ist nichts passiert, vor allem was Maßnahmen betrifft, die auch direkt in die Preisbildung eingreifen, ist Österreich sogar europäisches Schlusslicht.

Und obwohl mittlerweile dieser Teuerungshut lichterloh brennt, weigert sich die Bundesregierung in diesem Fall weiterhin, wirksame Löschinstrumente in die Hand zu nehmen. Und die gestern vorgelegten Ideen sind vor allem eins, zu spät und zu wenig. Nämlich statt einer Ausdehnung der Übergewinnsteuer auf Bereiche wie zum Beispiel den Lebensmittelhandel, ist nur eine zusätzliche Abschöpfung von Übergewinnen im Energiesektor geplant, allerdings, und jetzt kommt die Absurdität, allerdings nur dann, falls die Energieunternehmen die Preise nicht freiwillig senken.

Das ist fast so absurd wie beim Lebensmittelgipfel, da sitzt man mit ein paar Vertretern zusammen und hofft, dass sie bitten und betteln, dass sie doch bitte endlich ihre Preise senken dürfen, dass das Leben wieder leistbarer wird. Das ist doch absurd, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und im Lebensmittelbereich soll, anstatt endlich einzugreifen in die Preisbildung, nur ein Transparenzbericht mit keinen direkten Preiskontrollen kommen und keine, und das stört mich besonders, keine Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, die besonders den Ärmsten geholfen hätte.

Als einzige konkrete Maßnahme wurde ein Stopp bei der Erhöhung staatlicher Gebühren angekündigt. Ich habe es mir gestern kurz durchgerechnet, eine durchschnittliche jährliche Ersparnis von 10 Euro, das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Und genau deswegen, und das möchte ich jetzt auch betonen, freut es mich, dass wir hier heute auch gemeinsam ein Zeichen nach Wien schicken, um endlich nachhaltig auch etwas gegen diese Gierflation zu unternehmen, weil der Energiemarkt in den letzten eineinhalb Jahren uns einfach gezeigt hat, dass das Merit-Order-System alles andere als krisenfest ist. Und wenn wir uns ganz ehrlich sind, hat es auch in Nichtkrisenzeiten nicht gerade gut funktioniert, Stichwort Preisdrücker für erneuerbare Energien.

Die Absurdität der jetzigen Strompreisbildung ist ja vielmehr, dass Energiekonzerne, wie der Verbund beispielsweise, in ihren Donaukraftwerken den Strom für rund 15 Euro pro Megawattstunde produziert, an der Börse dann aber um teilweise über 300 Euro verkauft. Und das hat sich alles heuer und die letzten Monate gezeigt, auch bei den KundInnen, als die Preise von 8 auf 30 Cent angehoben wurden. Und darum finde ich es so wichtig, dass wir heute diese Bundesresolution auch auf den Weg schicken, um die Bundesregierung aufzufordern, endlich aus Merit-Order auszusteigen und ein Mischpreismodell, welches viel realitätsgetreuer ist und die tatsächlichen Kosten im Stromnetz darstellt, zu fordern. Ich bitte um eure Zustimmung. (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Schießl.

Abg. **Schießl:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, auch wir haben diese Beilage mitunterzeichnet, denn jede gute Initiative, die Erleichterung bringt, ist natürlich zu unterstützen. Ich hätte hier heute auch den Entschließungsantrag der FPÖ aus dem Nationalrat vom 17. November 2022 dabei. Ich könnte diesen vorlesen, der geht nämlich genau in diese Richtung. Und es wäre wichtig gewesen, das damals schon zu beschließen, dann würde die Situation heute eine andere sein, aber leider von allen Fraktionen abgelehnt. Bitte sich das noch einmal anzuschauen und den Kollegen nach Wien auch den Wink aus Oberösterreich mitzugeben, wie wichtig es gewesen wäre, diese Beilage dort in Wien zu beschließen.

Und die Regierung kann sicher nicht sagen, wir haben das Ganze nicht gewusst, sonst hätten wir, sie haben eben nicht, sie haben bis heute nicht gehandelt oder viel zu wenig gehandelt. Und für viele ist es auch nicht mehr überraschend, dass so viele Menschen in die Armut abrutschen und sich das Leben nicht mehr leisten können. Sozialmärkte haben den größten Zulauf ihrer Geschichte. Das sollte doch zu denken geben. Und es ist sogar schon so weit, dass ihnen die Lebensmittel immer wieder ausgehen. Und das zeigt einmal mehr, dass diese hausgemachte Teuerung längst bei der Mittelschicht angekommen ist. Die Regierung schaut seit Monaten zu. Diese Woche, hat ja der Kollege schon gesagt, hat es ja auch wieder nur Lippenbekenntnisse gegeben, keine kurzfristigen Lösungen, die so dringend wären, um den Menschen hier zu helfen.

Der Strom und die Energiepreise sind natürlich die Kostentreiber Nummer eins, und genau hier muss der Hebel angesetzt werden. Die versuchten Maßnahmen der Bundesregierung in dieser Woche zeigen einmal mehr die Hilflosigkeit und die Eindämmung der Inflation, und dass man anscheinend nicht bereit ist, hier den Hebel anzusetzen. Seit Monaten sehen wir den Fehler in dem System, der Kollege hat es angesprochen, beim Strom das Merit-Order-System. Es kann doch nicht sein, dass vor allem wir in Österreich den günstigen Wasserstrom haben, aber den teuren Gasstrom zahlen müssen.

Merit-Order muss bei derartiger Entwicklung ausgesetzt werden oder mögliche Alternativen dazu ins Leben gerufen werden. Nichts zu machen ist das Schlimmste. Das verschärft natürlich das Problem massiv, und man kann dieses Problem nicht aussitzen. Und da läuft

eben grundlegend etwas schief. Ein Mischpreis würde nachhaltig Entlastung bringen, das wäre eine gute Idee, um die Inflation einzudämmen, das Leben wieder leistbar zu machen. Und vor allem Industrie und Gewerbe hätten keinen Nachteil mehr auf dem Markt, denn die Wettbewerbsfähigkeit ist bei so hohen Preisen natürlich auch nicht mehr gegeben.

Und wenn man das noch länger verschleppt, wird es dann bei vielen Betrieben sehr, sehr eng werden, und das werden wir vor allem dann im Herbst bei den Arbeitslosenzahlen sehen. Ich weiß eh, viele sagen, das ist ja gerade gut, wenn wir endlich wieder Leute auf den Markt bekommen. Nur wenn das alles so zurückgeht, dann kann ich euch sagen, dass die Firmen, die heute Arbeitskräfte suchen, dann auch die Arbeit nicht mehr haben, um diese frei gewordenen Arbeitskräfte einzustellen. Also das ist ein Teufelskreis, in dem wir uns da befinden, und darum muss man da dringend gegensteuern.

Und die Gefahr ist natürlich auch riesengroß, wenn ich schon bei den Betrieben bin, dass vor allem die Industrie dann abwandert, abwandert nach Amerika, nach Asien, nach Afrika, dort wo die Energie billig ist, teilweise ein Zehntel nur soviel kostet wie bei uns und somit dort dann ihre Geschäfte machen und ihre Betriebe ansiedeln und bei uns eben, wie gesagt, vom Markt verschwinden. Und da muss dringend gegengesteuert werden. Mit den Energiepreisen, wie gesagt, hat man da ein gutes Mittel, und das könnte man sofort machen, nachhaltig machen und somit das Leben für unsere Betriebe und für unsere Menschen in diesem Land wieder zu erleichtern. Also wir beschließen diese Beilage, um der Bundesregierung dies noch einmal mitzuteilen, und wir hoffen, dass das Leben bald wieder leistbar wird, mit dem auszukommen, was man verdient, ohne auf Hilfen angewiesen zu sein. Dankeschön! (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Eypeltauer.

**Abg. KO Mag. Eypeltauer:** Vielen Dank Herr Präsident! Hohes Haus, geschätzte Frau Landeshauptfrau, geschätzte Bürgerinnen und Bürger! Ja, die Energiepreise sind so hoch, sie müssten nicht so hoch sein. Und das liegt an Dingen, die wir sehr wohl auch selber in der Hand haben, unter anderem liegt es an dem Preismodell, und deshalb werden wir NEOS den Antrag, der hier vorliegt, auch unterstützen. Wir dürfen uns aber nicht der Illusion hingeben, dass wir das von heute auf morgen lösen können, die eventuelle Abkehr vom Merit-Order-System beispielsweise und ein stärkeres Berücksichtigen der Erzeugungspreise beim Strompreis, denn beim Energiepreis, da geht es jetzt einmal darum, dass sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür einsetzen möge, dass es ein anderes Strompreismodell gibt. Bis dahin haben wir unsere Probleme da herinnen nicht gelöst.

Und wir können was tun. Wir können was tun, weil der Grund, warum die Energiepreise so hoch sind, ist auch jener, dass insbesondere ÖVP-Politikerinnen und -Politiker in den Ländern es nicht geschafft haben in den letzten Monaten und im letzten Jahr, ihre eigenen Landesenergieversorger herzunehmen und dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger entlastet werden und dass die Energie nicht so teuer ist. Und das ist ein hausgemachtes Problem, und das gilt gerade auch für Oberösterreich, meine sehr geehrte Damen und Herren!

Auf der anderen Seite erleben wir Rekorddividenden für Aktionäre, auch die Energie AG hat Aktionäre, und nicht nur, aber auch das Land profitiert davon. Das fließt dann über Dividende ins Budget, und dann stopfen wir damit vielleicht irgendwelche Budgetlöcher, damit Landeshauptmann Stelzer sich dann wieder hinstellen kann und erklären kann, wie gut man doch haushaltet. Zuerst in die Taschen der Bürger greifen, die teilweise in Armut leben oder armutsgefährdet sind und dann sich hier hinstellen und mit diesem Geld Budgetlöcher sanieren. So schaut es weiterhin aus, und deshalb müssen wir hier anfangen, in

Oberösterreich, bei unserem eigenen Landesenergieversorger, bevor wir darauf warten, dass auf EU-Ebene einmal irgendetwas passiert.

Und gleichzeitig, während das stattfindet, haben wir leere Märkte, leere Regale in den Sozialmärkten, nicht leere Märkte, sondern volle Sozialmärkte, gleichzeitig haben wir Angst in der Bevölkerung, Angst bei immer mehr Familien, Angst bei jungen Menschen, dass sie sich das Leben nicht mehr leisten können, obwohl sie sich anstrengen, obwohl sie hart arbeiten, obwohl sie Leistung bringen im Leistungsbundesland Oberösterreich, wie das Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP immer so gerne beschwören.

Wissen Sie was, wenn es Ihnen, gerade jenen, die hier die Mehrheit stellen, die hier die Regierungsmehrheit stellen als Schwarz-Blau, wenn es Ihnen so wie uns ein Anliegen ist, dass wir die Menschen entlasten und ihnen helfen, dann tun wir das. Dann tun wir das, fangen wir bei uns an. Senken wir Gebühren, sei es bei den Kindergärten, sei es bei der Nachmittagsbetreuung, senken wir öffentliche Gebühren, wo es nur geht, entlasten wir die Menschen in ihrem Alltag und hören wir auf, nicht nur in Oberösterreich hören Sie auf, sondern auch auf Bundesebene, auf der einen Seite über hohe Gebühren, über hohe Abgaben, das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, man kann es nicht oft genug sagen, 47 Prozent Abgaben und Steuerquote ist in Österreich, das ist weit über dem OECD-Schnitt, hören wir auf, dass wir den Leuten auf der einen Seite das hart erarbeitete Geld aus der Tasche nehmen und dann als Almosen verteilt, groß inszeniert über die Gießkanne, über das x-te Antiteuerungspaket wieder zurückgeben. Das ist unredlich, das ist unehrlich, und das löst vor allem das Problem nicht und es ist noch was nicht, es ist nicht gescheit.

Warum ist es nicht gescheit? Da muss man nur dem WIFO-Chef, dem Herrn Felbermayr zuhören, der neuerlich appelliert an die schwarz-grüne Bundesregierung, der appelliert und sagt, hört auf, dass ihr das Geld beim Fenster hinausschmeißt, weil was dadurch passiert, ist nichts anderes als ein weiteres Befeuern der Inflation, der Verteuerung. Also ja, das Merit-Order-System ist zu hinterfragen, und es muss möglich sein, dass der Erzeugungspreis stärker Berücksichtigung findet beim Energiepreis, aber das würde sehr lange dauern.

Fangen wir bei uns an, fangen wir an, indem wir im Land Oberösterreich beginnen, Gebühren und Abgaben zu senken, fangen wir damit an, dass wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Arbeitseinkommen zu entlasten und tun wir, was wir können, damit dieser Inflationswahnsinn, dieser Energiepreiswahnsinn endet und damit wir die Menschen auch in Oberösterreich in die Lage versetzen, aus eigener Kraft, aus eigenem Antrieb sich ein Leben zu finanzieren.

Wie es derzeit ist, wird das für immer mehr Leute immer schwieriger. Und ich wundere mich nicht, wenn im Winter vorm Landhaus die Leute demonstrieren, weil die Wohnungen kalt sind und weil die Häuser kalt sind. Und dann kann man nicht sagen, und dann können Sie nicht sagen, Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP und der Freiheitlichen Partei, ja der Bund hat nicht oder die EU. Nein, fangen wir hier an, tun wir, was wir können. Dankeschön! (Beifall)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Aigner.

Abg. **Aigner:** Ich glaube, die Bundesregierung nutzt die derzeitige Situation der Teuerung, um die Staatsschulden wegzuinflationieren und das ist auch letzten Endes durch das Missmanagement in der Coronazeit um mindestens 50 Milliarden Euro gestiegen. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Anwesende im hohen

Haus, geschätzte Zuhörer, Zuseher auf der Galerie, liebe Menschen aus und in Oberösterreich, Entschuldigung Frau Präsidentin!

Ja, ein paar Fakten, die erneuerbare Energie ist günstiger als Gas. Das wissen wir alle, und Gas bestimmt den Preis. Das Merit-Order-System ist nichts anderes als ein EU-Diktat, was die Menschen in die Teuerung treibt.

Wenn man sich an der europäischen Strompreisbörse die Entwicklung des letzten Jahres anschaut, haben wir am 29. August 2022 im Peakload, also zur Spitzenlast einen Preis gehabt von 861 Euro und im Baseload zum Bedienen der Grundlast von 764 Euro, Ende August 2022. Heute, 11. Mai 2023, haben wir Werte von 112 Euro bzw. im Peakload 117 Euro. Jetzt kann man sagen, ja gut, der Preis sinkt, das ist auch gut, jetzt kann ich aber auch darstellen, dass dieser Trend fest anhält, aber bei den Menschen nicht ankommt. Laut eine OTS-Presseaussendung zum österreichischen Strompreisindex ist dargestellt, dass im Juni des heurigen Jahres der Strompreis im Vergleich zum Vormonat um rund zwölf bis 13 Prozent sinken wird, nichtsdestotrotz im Jahresvergleich zum Juni 2022 aber um rund 100 Prozent höher ist.

Dazu habe ich ein Schriftstück aus einem oberösterreichischen Energieversorgungsunternehmen, wo ich kurz zitieren darf. Im März ist der Strompreis bei 12,0 Cent pro kw/h angelangt. Der Trend setzt sich im April fort und wird gemeinsam mit den Aufschlägen und den gesetzlichen Abgaben bei rund 16 Cent pro kw/h landen.

Anfang nächsten Jahres wird prognostiziert, dass der Preis bei 10 Cent liegt, mit gesetzlichen Abgaben bei rund 14 Cent. Aber die Energieanbieter werden die hohen Preise noch rund 12 Monate weiterverrechnen. Warum? Weil sie diese teure Energie eingekauft haben und aufgrund der Kalkulation weitergeben müssen an die Kunden.

Darum ist es wichtig, zumindest für die Zukunft den freien Markt agieren zu lassen. Nichts bildet einen Preis besser, ehrlicher und fairer ab als der freie Markt. Angebot und Nachfrage, dass man auch nur diesen Preis bezahlt, welcher den Gestehungskosten plus Gewinnaufschlägen entspricht, und nicht durch Zufälle.

Der freie Markt funktioniert aber nicht in der Krise. Das haben wir jetzt auch gesehen. Darum ist es wichtig, dass wir zumindest ein Mischsystem zwischen freiem Markt und dem Merit-Order-System haben für Krisenzeiten, auf welche man zurückgreift. Wenn man bis 2023 den Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien vorhat, wie im Antrag steht und wie ja hinlänglich bekannt ist, darf man aber nicht vergessen, dass dadurch die Strompreise, die Gestehungskosten nicht zwangsläufig sinken werden, sondern wir brauchen, bis man Gas ersetzen kann, Kohle ersetzen kann zur Stromproduktion, Redundanz.

Das heißt, für jedes Kraftwerk, das aus erneuerbaren Energien Strom produziert, brauchen wir ein Backup, falls der Wind nicht geht, falls die Sonne nicht scheint, falls zu wenig Wasser da ist. Und diese Errichtungskosten, Instandhaltungskosten und gegebenenfalls betriebskostenreduzierenden Kraftwerke sind zu berücksichtigen.

Weiters zu berücksichtigen ist, dass die Preise durch abgeschriebene Kraftwerke nicht zwangsläufig sinken, sondern man muss eine Reinvestition mit einplanen oder ein Repowering oder höhere Instandhaltungskosten. Nichtsdestotrotz ist erneuerbare Energie günstiger und wegen der Unabhängigkeit vom Gas und vom Ausland auf jeden Fall auch zu begrüßen.

Wie gesagt, ich gehe davon aus, dass diese Resolution, wenn wir die nach Wien schicken, dort vielleicht wohlwollend angenommen wird oder aufgenommen wird, aber dem vermutlich nicht zugestimmt wird, weil, wie eingangs schon erwähnt, unterstelle ich einfach wiederholt, dass die derzeitige Inflation genutzt wird, um die Staatsschulden wegzuinflationieren, um die Staatsschulden wegzuinflationieren, um den verbleibenden Rest dann besser bedienen zu können. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mader. Bevor ich dem Herrn Abgeordneten das Wort erteile, möchte ich die Schülerinnen und Schüler des Europagymnasiums Auhof recht herzlich begrüßen. Habt eine angenehme und eine sehr interessante Stunde bei uns. Herzlich willkommen! Bitteschön!

Abg. Bgm. **Mader:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landeshauptfrau, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem liebe Schülerinnen und Schüler auf der Galerie und liebe Zuseher zu Hause! Ja, auch wir unterstützen diesen Antrag. Wir unterstützen ihn auch gerne, weil vor allem am Beginn der Begründung Interessantes zu lesen ist.

Das haben wir zwar schon öfter gehört in diesem Haus, aber es steht, der oberösterreichisch erzeugte Strom stammt im mehrjährigen Schnitt zu knapp 80 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern. Diese erneuerbaren Quellen sind nach absteigender Menge Wasserkraft, Biomasse, Photovoltaik und Windkraft. Das haben wir hier schon öfter gehört.

Aber es freut mich, dass auch in diesem von vielen Parteien getragenen Antrag das auch das erste Mal von allen zu lesen ist, und das bestätigt wieder einmal, dass vor allem wir in Österreich hier führend sind in unserem Bundesland. Wir sind führend beim Ausbau von Photovoltaikanlagen. Wir sind Nummer eins in Sachen Biomasse, und wir sind auch Nummer eins in der Nutzung von Wasserkraft in Österreich.

Das ist auch gut so. Dass das auch weiterhin so ist, brauchen wir aber eine ständige Weiterentwicklung, auch des Systems, und dass wir auch Anreize natürlich schaffen. Auf der einen Seite die Erneuerbaren auszubauen und gleichzeitig aber eine Belastung durch extrem hohe Preise bei Endkunden und auch bei der Wirtschaft hier vor allem auch hinten anzuhalten.

Gleiches haben wir auch schon in unserer Initiative im April 2022 gefordert, nämlich dass das europäische Strommarktdesign weiter zu überdenken ist, und dass man alternative Lösungen suchen sollte.

Der Oberösterreichische Landtag hat sich dabei schon davon überzeugt gezeigt, dass die Entwicklungen es nötig machen, Verbesserungen zu finden, die Unabhängigkeit und rasche Energiewende bei den gleichzeitig leistbaren Preisen für Konsumentinnen und Konsumenten zu fördern und hat auch gleichzeitig erkannt, dass die Liberalisierung des Strommarktes zwar zu großen Entlastungen geführt hat, regte jedoch auch gleichzeitig an, dass nach 20 Jahren jedenfalls Spielraum ist für eine Verbesserung in Sachen Unabhängigkeit, und dass auch eine Flexibilität gegeben sein muss.

Die Merit-Order bleibt auch weiterhin ein preissetzender Mechanismus. Das hat zumindest die EU-Kommission jetzt einmal in der neuen Reform des Strommarktdesign einmal soweit vorgeschlagen. Viele Experten sagen auch, es war eine gute Entscheidung, dass man das beibehält, weil trotzdem der Strommarkt auch gut durch die Krise gekommen ist und natürlich auch gut funktioniert hat, Versorgungssicherheit auch gewährleistet hat, Verwerfungen ausgeglichen hat.



Es hat ja nicht nur die Gaspreis-Thematik gegeben, sondern natürlich auch in Frankreich die Atomstrom-Geschichten, wo die Strommangellage eigentlich durch Frankreich alleine wahrscheinlich gar nicht ausgeglichen werden könnte. Es hat natürlich immer auch etwas Gutes, aber das heißt nicht, dass man nicht dann allfällig über intelligent gestaltete Eingriffsmechanismen und Entlastungen für unsere Verbraucherinnen und Verbraucher nachdenken kann und diese herbeiführen kann.

Die Energiekrise 2022 war natürlich eine Situation, die wir bisher so nicht erlebt haben. Darauf kann und soll natürlich auch die Politik reagieren, und es stellt sich dabei eben die Frage, ob man nicht ein Marktmodell, das bereits 20 Jahre lang gut funktioniert hat, wegwirft, oder ob man sich nicht auch Maßnahmen überlegt, mit denen man die aktuelle Situation verbessern kann.

Um die Preise zukünftig wieder auch auf ein vernünftiges Niveau zu bringen und stabil zu halten, ist einfach auch die ausreichende Kapazität bei der Erzeugung wichtig. Das hilft uns natürlich auch in Richtung Ausbau der Erneuerbaren, und vor allem ist auch eine Flexibilität im System notwendig.

Ich sehe hier auch viel Potenzial zum Weiterdenken, natürlich auch bei vielen anderen Sachen, wie bei erneuerbaren Energiegemeinschaften, dass man die besser ins System in Zukunft einbindet. Natürlich gehört der Ausbau der Netzinfrastruktur dazu. Wir brauchen natürlich Flexibilität auch was neue Technologien anbelangt, was Digitalisierung anbelangt.

Aber es wird daher eine ständige Weiterentwicklung des Systems brauchen, indem ausreichende Ansätze einfach auch da sind, um die Erneuerbaren auszubauen und gleichzeitig, wie schon gesagt, die Belastung durch die hohen Preise für die Endkunden und für die Wirtschaft hintanzuhalten. Wir stimmen dem Antrag zu. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Landeshauptfrau, liebe Schülerinnen und Schüler! Das Thema Teuerung, das Thema Inflation, vor allem fossile Inflation beschäftigt uns seit Monaten, und keiner, weder in der Regierung, noch glaube ich von uns irgendwer, will diese bewusste Inflation aufrechterhalten, sondern ganz im Gegenteil.

Wir sind alle sehr besorgt und versuchen das Beste, um eben genau den Menschen, die jetzt immer mehr in die Armut abrutschen und sich das Leben nicht mehr leisten zu können, zu unterstützen. Beim Strompreis sind insgesamt mehr als 60 Prozent Anteil der Arbeitspreis, den man an den Börsen, am europäischen Strommarkt, einkauft.

15 Prozent ist das Netz, das mitbezahlt wird, und 21 Prozent sind Steuern. Das heißt, wir haben dann ganz klar, weil Österreich ist auf keiner Insel und Europa hat sich zur Liberalisierung im Jahr 2001 entschlossen, mit dem Ziel, einerseits Versorgungssicherheit, um den Austausch noch besser zu machen und die Preise für Energie, für den Strom sinken zu lassen.

Genau das hat mich, nachdem ich doch schon einige Jahre da jetzt im politischen Agieren auch bin, immer wieder vor die Herausforderung gestellt, der Gaspreis ist so billig, und das Merit-Order-System drückt uns die Preise so stark und hat eigentlich zum Beispiel ein Speicherkraftwerk in Ebensee nie wirtschaftlich rechenbar darstellen lassen, weil eben der

Preis an der Börse so günstig war und wir einfach mit dieser Investition und mit diesem Preis im Speicherkraftwerk nicht hingekommen sind.

Auch das muss man eben sehen. Dann hat man plötzlich die umgekehrte Seite gesehen. Plötzlich ist der Energiemarkt eingebrochen. Der Gaspreis ist enorm gestiegen, und plötzlich hat das System nicht mehr funktioniert. Seit Wochen, Monaten, diskutieren wir, was kann man machen? Das Merit-Order-System, und ich habe heute wieder einem früheren Kollegen zugehört, dem Verbund-Chef Dr. Strugl, der auch klar gesagt hat, man muss zumindest für eine bestimmte Zeit das Merit-Order-System so gestalten, dass man es vom Gaspreis entkoppelt.

Wir haben eh noch andere Möglichkeiten. Es gibt ja eh noch andere Stromformen auch. Wenn man keinen Mischpreis zusammenbringt, dann macht man es durch Entkoppeln vom Gaspreis und nimmt man das vorletzte Kraftwerk, was nicht so teuer ist. Vielleicht bringen wir dann da eine Dämpfung zusammen.

Langfristig, glaube ich, müssen wir alle dieses Ziel haben, genug erneuerbaren Energie zu erzeugen, damit wir eben so wenig wie möglich andere Energieerzeugungsanlagen brauchen, um nicht immer in diese Spirale hineinzukommen, ein teures Kraftwerk einschalten zu müssen, um es ausgleichen zu können.

Ja, wir haben auch intensiv und auch auf Bundesebene, glaube ich, ist da intensiv daran gearbeitet worden, auf europäische Ebene hinzuwirken, damit das Merit-Order-System für bestimmte Zeit ausgesetzt wird oder ein neues System erarbeitet wird. Aber jetzt kann man sehr kurzfristige Maßnahmen setzen.

Ja, und es ist ganz wichtig, und es ist schon angesprochen worden, wir müssen in Österreich auch etwas tun. Nicht nur bezüglich Preise, sondern vor allem auch in den Ausbau erneuerbarer Erzeugungsanlagen und vor allem auch der Netze. Wir brauchen nicht glauben, dass uns das alles gratis daherkommt.

Auch das wird kosten. Das muss uns schon klar sein. Für uns Endverbraucher, wenn wir eine Versorgungssicherheit wollen, der Strompreis wird nicht eine Dumpinggeschichte sein. Wenn wir eine Versorgungssicherheit wollen und diese aus erneuerbarer Energie beziehen, wird das einen gewissen Preis haben, und da wird er sich einpendeln.

Das ist ganz entscheidend, dass man nicht vergisst, wir müssen in Erzeugungsanlagen investieren, wir müssen in Netze investieren. Auch das kostet, und da muss die Investition und auch der große Versorger, der großen Netze, dort muss das Geld hineinfließen.

Privat können wir auch etwas machen, und das ist auch schon angesprochen worden von meinem Vorredner. Einerseits können wir selbst Strom erzeugen. Wir können immer mehr in die Energiegemeinschaften gehen. Wir müssen aber gut schauen im System, dass das die Waage hält, und dass wir hier wirklich gute Versorgungssicherheit für alle garantieren.

Ich möchte noch kurz eingehen, die Regierung tut nichts für die Ärmsten und Armen. Ja, es ist immer zu wenig. Mir tut es auch leid, wenn ich im Sozialmarkt sehe, wie viele Leute da stehen, und Leute, die nie geglaubt haben, dass sie dort einmal hingehen müssen.

Es hat eine Valorisierung fast aller Sozialleistungen gegeben, ich weiß, was da kommt, von dieser Ecke. Es ist die Abschaffung der kalten Progression gelungen und vieles mehr. Wir

haben die unteren Einkommen mit vielen Maßnahmen unterstützt, auch viele mit der Gießkanne, Felbermayr, kann ich nur unterstützen. Aber wenn es schnell gehen muss, muss man halt oft auch einmal mit der Gießkanne kommen, aber jetzt haben wir die Zeit. Jetzt müssen wir schauen, dass wir die untersten Einkommen wirklich entlasten, dass dort das Geld hinkommt.

Dort müssen wir auch schauen, wie kommen diese Mittel auch zustande? Ich denke mir, diese Diskussion über die Abschöpfung von den hohen Gewinnen dient auch dazu, lieber die Strompreise weitergeben, die niedrigeren, als dass wir einen hohen Gewinn machen. Also, ich glaube, da muss man sich auch gut anschauen, ob das funktioniert, und ich bin sicher, dass das auch eine gute Möglichkeit ist. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Daher schließe ich die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 529/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 530/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 530/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend ein klares NEIN zu rechtlichen Lockerungen der Cannabispolitik auf EU-Ebene. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 530/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stanek, bitte!

Abg. **Stanek:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren hier im hohen Haus, liebe Schülerinnen und Schüler auf der Galerie, sehr geehrte Damen und Herren, die uns via Internet zuhören! Mit diesem Antrag wird die Oberösterreichische Landesregierung aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass auf europäischer Ebene es zu keiner Legalisierung von Cannabis kommt.

Hintergrund ist, dass die deutsche Bundesregierung angekündigt hat, sich auf EU-Ebene für eine rechtliche Lockerung einzusetzen. Ich möchte meine Ausführungen damit beginnen, dass ich den Vorstand der Klinik für Psychiatrie mit Schwerpunkt Suchtmedizin, Primarius Dr. Yazdi-Zorn, der am Kepler-Universitätsklinikum tätig ist, dass ich mit einem Zitat dieses Fachmannes beginne: Der Konsum von Cannabis kann insbesondere bei Jugendlichen zu Abhängigkeit, kognitiven Beeinträchtigungen, psychischen Erkrankungen und gesundheitlichen Komplikationen führen. Er führt weiters aus, je verfügbarer eine Droge ist, desto mehr wird sie auch konsumiert. Zitat Ende.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Faktum ist, dass der einmalige Konsum von Cannabis bereits akut zu Beeinträchtigungen verschiedener geistiger Fähigkeiten führen kann, dass man psychosomatisch und psychomotorisch verlangsamt sein wird, Aufmerksamkeits- und Gedächtnisleistungen dadurch verschlechtert werden.

Faktum ist weiters, dass der regelmäßige Konsum von Cannabis auch zu länger dauernden Beeinträchtigungen geistiger Fähigkeiten führen kann und dass akutes Kiffen das Unfallrisiko insbesondere im Zusammenhang mit Alkohol hebt. Wobei ich hier auch ausdrücklich anmerke, da geht es nicht nur um die Eigengefährdung, sondern sehr wohl auch um die Fremdgefährdung. (Zwischenruf Abg. Hemetsberger: unverständlich)

Herr Kollege Hemetsberger, ich würde das nicht so lächerlich machen. Da geht es um ein sehr, sehr ernsthaftes Thema. Passen Sie auf und machen Sie keine lötzigen Bemerkungen. (Beifall) Das ist wirklich ärgerlich. Also, ein so ernstes Thema einfach en passant wegleiten zu lassen, das ist meines Erachtens nicht in Ordnung. (Unruhe) Faktum ist, Cannabis ist gefährlich, und Faktum ist vor allem, Cannabis ist für viele Menschen, und vor allem für viele junge Menschen, der Einstieg in die Drogenszene und damit eine schmerzvolle Abhängigkeit, die sich sehr oft daraus ableitet.

Dass die Legalisierungsdebatte grundsätzlich auch das Unrechtsbewusstsein bei Konsumentinnen und Konsumenten senkt, dürfte auch ein Faktum sein. Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Zugang ist und bleibt, dass Aufklärung und Prävention besonders bei Kindern und Jugendlichen ganz besonders wichtig sind, weil Vorsorge immer besser ist als Versorgung.

Unser Zugang ist, dass alle Menschen beim Ausstieg aus Drogen so gut wie möglich unterstützt werden und niemand in Oberösterreich alleine gelassen wird. Unser Zugang ist, volle Härte gegen Drogendealer. Jeder, der in Drogengeschäfte verwickelt ist, muss entsprechend bestraft werden. Letztendlich, wenn wir uns vor Augen führen, dass es 2021 in ganz Österreich immerhin 235 Drogentote gegeben hat, ist festzuhalten, dass jeder Drogentote einer zu viel ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass dieses Thema ernst ist, liegt, glaube ich, auf der Hand. Faktum ist allerdings in weiterer Linie auch, dass ich mich bei manchem politischen Mitbewerber wirklich frage, wie ernst es genommen wird, wenn zum Beispiel die jungen NEOS an der Uni eine Aktion machen, um auf eine ihrer Positionen aufmerksam zu machen.

Verteilt wurden zum Beispiel kleine Säckchen mit dem Schriftzug, der Stoff führt dein Studium, unter Abbildung einer Cannabispflanze. Da frage ich mich dann schon, wenn auf der einen Seite immer wieder eingefordert wird, dass auf Experten gehört wird, wie ernst das genommen wird, wenn so agiert wird.

Ich hoffe daher, dass diese Argumente trotzdem bei denen, die noch nicht sicher sind, zu einem Umdenken bei der Abstimmung führt. Wir sind jedenfalls sowohl für die Dringlichkeit als auch für die inhaltliche Annahme. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Ich erteile nun Herrn Klubobmann Eypeltauer das Wort. BITTESCHÖN!

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hohes Haus, liebe Schülerinnen und Schüler! Es gibt dieses Spiel. Da macht man sich einen Raster, und dann schreibt man Wörter hinein, von denen man glaubt, dass sie jetzt sicher gesagt werden. Und ich habe das geistig gerade gemacht vor deiner Rede, Kollege Stanek. Klassische ÖVP-Äußerungen zum Thema Drogenpolitik und Cannabis. Ich habe da Bingo gespielt in meinem Kopf.

Da stimmt ja die Hälfte nicht. Und ihr müsst es ja wissen, wenn ihr es euch anschaut. Es stimmt zum Beispiel nicht, die Mär davon, dass Cannabis automatisch eine Einstiegsdroge ist, weil Cannabis dann so viel Lust auf was anderes macht. Weißt du, warum Cannabis mitunter zur Einstiegsdroge werden kann?

Weil es dich ins illegale Milieu bringt, dir das überhaupt zu besorgen und weil dich das in Kontakt mit Dealern bringt, die dir dann auch noch einmal etwas Anderes auch andrehen. Und das ist das Problem. (Beifall)

Darum kann Cannabis eine Einstiegsdroge sein, muss es aber nicht sein. Ich sage euch ganz ehrlich, ich wünsche mir endlich einen evidenzbasierten Zugang in dieser Cannabis-Debatte und in dieser Drogendebatte.

Dann würden wir nämlich zum Beispiel anerkennen, dass etwa in den Niederlanden der Konsum nicht gestiegen, sondern gesunken ist in der letzten Zeit. Dann würden wir anerkennen, dass es einen Sinn hat, den Drogendealer arbeitslos zu machen. Die Mafia, die Menschenhändler, die Waffenhändler, diejenigen, die Substanzen herstellen und dann als Drogen verkaufen, die aber noch ganz viel schlimmere und ärgere Wirkungen haben als jene, die sich der Konsument eigentlich davon verspricht. Dann würden wir die arbeitslos machen. Dann würden wir diesem Schwarzmarkt dieses Geld entziehen, weil das Problem ist nämlich, die Politik, wie sie derzeit durchgeführt wird, funktioniert nicht.

Etwa eine halbe Million Menschen in Österreich konsumieren regelmäßig Cannabis und noch viel mehr konsumieren unregelmäßig Cannabis. Obwohl es verboten ist. Obwohl es illegal ist. Mir ist es lieber, Kollege Stanek und Kolleginnen und Kollegen von ÖVP und FPÖ, wir führen eine ehrliche und offene Debatte darüber! Wir warnen in einem offenen Diskurs vor den Gefahren, die in einer psychoaktiven Droge und in einer süchtig machenden Droge, wie es Cannabis ja auch ist, stecken, und wir geben das Ganze kontrolliert und mit Qualität staatlich über Apotheken ab.

Das ist die NEOS-Position, die kennt ein jeder. Die ist überhaupt nicht neu, und wir sind auch nicht die Einzigen, die diese Position vertreten. Und ich möchte diese Gelegenheit auch nutzen, um zu sagen, ja, man kann für einen evidenzbasierten Zugang bei der Politik und beim Umgang mit Cannabis sein und sagen, momentan funktioniert das nicht mit dem Verbot, es könnte besser gehen. Man kann sehen, dass viele EU-Staaten auch auf die Idee kommen, dass man das Problem von Drogenmissbrauch, von Abhängigkeit, von Einstiegsdroge über illegale Milieus viel besser löst, indem man das Ganze ins Tageslicht zerrt, als es in der Dunkelheit stattfinden zu lassen. Man kann anerkennen, dass das so ist, und man kann gleichzeitig sagen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Schülerinnen und Schüler, dass Cannabis eine mitunter gefährliche psychoaktive abhängig machende Substanz ist! So wie Alkohol! So wie Nikotin und so weiter!

Also finden wir einen funktionierenden Zugang, der insbesondere junge Menschen vor den Gefahren von Drogen schützt. Und stecken wir bitte nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Kopf in den Sand! Das ist unser Appell. Nicht mehr und nicht weniger. Und wer fordert, dass man Cannabis staatlich abgibt, der fordert, dass es hier um Qualität geht. Der fordert nichts anderes, als dass man aufhört, die Augen vor der Realität zu verschließen. Und der fordert aber nicht, das zu verharmlosen. Das ist das Gegenteil von dem, was ich tue!

Wir brauchen einen sinnvollen Umgang. Ich finde es bedauerlich, dass ihr bei der ÖVP und bei der FPÖ nicht schafft, das zu sehen, was einfach Sache ist. Und dass ihr in Wirklichkeit durch das Festhalten an der Verbotspolitik festhaltet an der Gefährdung junger Menschen. An der Gefährdung durch die Einstiegsdroge Cannabis, an der Gefährdung dadurch, dass man in Milieus kommt, in denen man gar nicht kommen sollte. Das ist bedauerlich. Aus reiner Ideologie, fernab von jeder Realität. Schade! (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Häusler.

Abg. **Häusler, BSc:** Herzlichen Dank! Sehr brennende Rede vom Kollegen Eypeltauer für die Legalisierung. Wir haben uns ja bereits am 29. September zu der Thematik genauso schon geäußert und unsere Position von der MFG zur Cannabispolitik kundgetan.

Es dürfte auf Anhänger gestoßen sein. Und ich darf noch einmal zur Erinnerung rufen, das Thema Suchtverhalten ist ja ein ganz ein komplexes und besteht ja nicht ausschließlich aus dem Thema der Droge selbst, sondern ist ein individuelles Geschehen, das sich aus dem Thema Persönlichkeit und den Umweltbedingungen zusammensetzt. Und jede Art der Sucht, und wir haben auch schon öfters über die komplette Thematik der Spielsucht diskutiert, ist ja ein Ursprung der Kompensation von emotionaler Disbalance, wie beispielsweise die Sehnsucht zur Zugehörigkeit der Familie oder genereller Zuneigung.

Und trotzdem wird hier herinnen größtenteils im politischen Kontext und auch draußen im täglichen gesellschaftlichen Leben stets in einer sehr eingeschränkten Selbstreflektion diese Thematik beleuchtet. Und von den handelnden Entscheidungsträgern gibt es als einzige Variante das Verbot. Und wir sehen, wie man bei den Kindern mit solchen Dingen fruchtet. Verbote bringen nichts. So ist auch der vorliegende Antrag da von Schwarz-Blau. Der ist genauso unreflektiert und oberflächlich und vor allen Dingen auch, wir haben es heute schon mal gehört, weltfremd, eine Herangehensweise zum Thema Sucht. Weil definitionsgemäß, und da haben wir wieder diese Fakten erfüllt, hat Cannabis mit der psychotropen Wirksubstanz THC nicht mal die maßgeblichen Kriterien einer Droge, die es aufgrund ihrer Gefährlichkeit gilt zu verbieten.

Und da darf ich jetzt zitieren aus einer Fachliteratur über das pharmakologische Wirkungsprofil, nämlich aus der allgemeinen und speziellen Pharmakologie und Toxikologie. Das hat der Kollege Stanek jetzt vielleicht ja noch nicht gelesen. Cannabis führt ja nicht unweigerlich zur körperlichen Abhängigkeit. Beim Konsum von Cannabis kommt es nicht zu einer zwangsläufigen Erhöhung der konsumierten Menge, und die psychische und auch körperliche Abhängigkeit ist im Vergleich zum Alltagsgift, wir haben es heute auch schon gehört, Nikotin und Alkohol, vergleichbar niedrig.

Und ganz, ganz interessant in dieser Diskussion, wenn man sich nämlich überlegt, wo diese sogenannten Drogentoten herkommen? Wir haben es heute schon mal gehört. Ich habe da eine Grafik von der deutschen Hauptstelle für Suchtfragen mitgenommen. Und der Kollege Eypeltauer hat es eh schon gesagt, unsere Suchttoten kommen vom Alkohol, die kommen vom Nikotin, und die kommen von den tatsächlichen synthetischen, ja definitiv zu verbietenden illegalen Drogen. Und für alle, die es noch nicht wissen, wieviel Drogentote haben wir aufgrund von Cannabis? Gar keinen. Genau! Das sind die Fakten.

Alkohol und Nikotin, das tötet nämlich definitiv und schädigt. Und wir kennen diese körperlichen und vor allen Dingen auch sozialen Auswirkungen in der Gesellschaft, und noch immer wird das Ganze legitimiert. Das Argument Cannabis als Einstiegsdroge hat der Kollege Eypeltauer genauso schon kundgetan. Der Vertrieb von Cannabis lohnt sich nicht. Er lohnt sich nur sofern, dass natürlich das Ziel ist, dass der Vertrieb auf eine andere starke Droge umgestellt werden soll, und das ist auch nur eine Folge der Illegalität dieser Einstufung von Cannabis. Also das Einzige, wie wir diese Dinge unterbinden können, ist, dass wir Cannabis und den Konsum kontrolliert legalisieren, und Holland hat es vorgezeigt. Die haben schon vor vielen Jahren erkannt, dass es keine cannabisfreie Gesellschaft geben wird, und darum der kontrollierte Konsum eine Lösung ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere jungen Menschen in Oberösterreich werden nämlich aufgrund der letzten drei Jahre und den damit verbundenen Polytraumata nachweisliche Probleme haben. Und Sie als politische, handelnde Akteure haben unseren Kindern ganz andere Sachen aufgezwängt. Nämlich nutzlose Masken und Tests, die am Ende des Tages nichts gebracht haben, und jetzt zurzeit sind wir immer noch damit belastet, dass unsere Kinder Versuchsobjekte von einem Gen-Experiment sind. Diese Folgen werden neben den jetzt noch nicht bekannten körperlichen Auswirkungen nämlich auch noch psychische Folgen haben. Depressionen, Psychosen und Schizophrenie, die Sie jetzt dem Cannabis andichten.

Cannabis ist nicht Kokain! Cannabis ist nicht LSD! MFG spricht sich für die vorbehaltlose Legalisierung von CBD-Cannabis und allen Produktvarianten aus. Und auch für die Legalisierung von THC-haltigen Produkten, sofern hier natürlich ein definierter THC-Grenzwert eingehalten wird, der Jugendschutz natürlich gewahrt bleibt und in der Regel natürlich auch für Verkehrsteilnehmer definierte Grenzen festgelegt werden. Also in dem Sinn kann ich mich anschließen an den Kollegen Eypeltauer. Raus aus der Illegalität und rein in die Selbstverantwortung! Und daher werden wir natürlich der Dringlichkeit und dem Inhalt dieses Antrages nicht zustimmen. Herzlichen Dank! (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Haas.

Abg. **Haas:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher und liebe Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher! Der Schutz unserer Jugendlichen ist ein hohes Gut. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig, und die Jugend von heute ist es, die unser Zusammenleben von morgen gestaltet. Und es gibt viele Dinge in unserer Gesellschaft, die eine Gefahr für ein gutes und gesundes Leben unserer Jugend darstellen, und darunter fallen auch die Drogen. Darunter fällt der Umgang mit Rauschmitteln allgemein und auch der Cannabiskonsum!

Der gesellschaftliche Zugang zu dieser Thematik, und das haben wir auch heute in der Debatte schon gesehen, ist sehr unterschiedlich. Und auch der Zugang in den Ländern Europas ist sehr, sehr unterschiedlich. Es gibt sehr divergierende Zugänge in europäischen Ländern zu dieser Thematik. Ein Grund, warum wir als SPÖ der Meinung sind, dass der Zugang und der Umgang mit dem Cannabiskonsum auch in der Zuständigkeit der Nationalstaaten sein soll. (Beifall)

Wir haben uns entschieden, der vorliegenden Resolution zuzustimmen, weil wir der Meinung sind, dass die derzeitige Regelung auf europäischer Ebene passend und zielführend ist und keiner Änderung bedarf. Was aber auch klar ist, wir können und wir dürfen junge Leute, die einen Joint rauchen, nicht wie Schwerverbrecher behandeln. Das mag vielleicht der Zugang von manchen in diesem Hause sein, wenn man sich die Meldungen so anschaut. Das ist aber sicherlich nicht unser Zugang, und das ist sicherlich auch kein vernünftiger Zugang. Und es ist vor allem auch ein Zugang, der vollkommen realitätsfern ist.

Für uns ist klar, Therapie statt Strafe und Aufklärung, statt Kriminalisierung! Und was auch klar ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der heutigen Beschlussfassung, mit dieser haben wir noch keinen einzigen eigenen Schritt für mehr Aufklärung und für mehr Sicherheit für unsere Jugend gesetzt. Und es ist, ehrlich gesagt, schon ein bisschen fragwürdig, was sie als Begründung für diesen Antrag anführen. Man schreibt nämlich eine Resolution, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für die bestehende Regelung einsetzen soll und

zwar deshalb, weil Deutschland angekündigt hat, sich auf EU-Ebene für eine rechtliche Lockerung einsetzen zu wollen.

Ich frage mich, was kommt denn dann als Nächstes? Schreiben wir dann eine Bundesresolution, weil von irgendwem sein Nachbar in Tschechien auf Urlaub war und gehört hat, dass Tschechien sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen will, dass mehr illegale Böller verkauft werden sollen. Ich sehe jedenfalls schon die Schlagzeile vor mir: Klubobmann Dörfel warnt vor Überschwemmung mit illegalen tschechischen Böllern! (Beifall)

Auf diese Schlagzeile freue ich mich schon. Und weil wir schon dabei sind. Es ist, ehrlich gesagt, auch ein bisschen zum Schämen, wenn der ÖVP-Klub in seiner Presseaussendung unter dem Titel „Für ein gutes und gesundes Leben in Oberösterreich“ diese Resolution als zentrales Thema des heutigen Landtags ankündigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für ein gutes und gesundes Leben in Oberösterreich, da braucht es keine Resolution wie diese. Das müssen wir ehrlich dazu sagen. Sondern dafür braucht es eine Koalition, die Verantwortung übernimmt, statt ständig Verantwortung abzuschieben. Und wenn der Klubobmann Dörfel in seinem Statement in einer Presseaussendung vor mehr Drogenlenkern warnt, dann frage ich mich, was macht diese Landesregierung denn gegen die ständig steigende Zahl an Drogenlenkern? Vielleicht sollten sie mal beim Landesrat Steinkellner nachfragen, warum er nicht in Oberösterreich einen Prozess in Gang bringt, der sich mit Initiativen gegen immer mehr Drogenlenker beschäftigt. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wäre wirklich mehr als je an der Zeit, dass diese Landeskoalition endlich ihre Arbeit aufnimmt und wirklich was für ein gutes und gesundes Leben in Oberösterreich tut! Dass sie endlich handelt, statt immer nur Überschriften zu produzieren. Danke! (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Bauer, bitte.

Abg. **Bauer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt immer wieder Anträge in diesem Parlament, wo ich mir die Frage stelle, ist es noch ein politischer Antrag oder eigentlich eine getarnte Presseaussendung?

Der Klubobmann Dörfel hat vorhin erwähnt, dass wir hier ein Arbeitsparlament sind und keine Show-Politik machen. Da finde ich, können sich die Antragsteller/innen schon fragen, ist das hier noch Teil dieser politischen Arbeit oder ist es Teil der PR-Strategie? Gut! Drogenpolitik eignet sich bei der PR-Strategie natürlich sehr gut. Weil es ein gutes Thema für moralische Panik, Angst und ein Stimmungsmacher ist. Aber ich werde trotzdem versuchen, dass wir wieder so ein bisschen auf den Boden der Sachlichkeit kommen. Und zwar stelle ich mir am Anfang die Frage, was ist unser politisches Ziel in der Drogenpolitik? Unser politisches Ziel muss sein, möglichst wenig Menschen mit Suchterkrankungen und möglichst wenig Drogenmissbrauch. Und das gilt für alle Drogen! Legalisierte Drogen sowie illegale Drogen. Weil, ja, auch Alkohol ist eine Droge!

Und das führt mich auch zur nächsten Frage. Und zwar gibt es eigentlich einen rationalen Grund, warum gerade Alkohol und Tabak bei uns legalisiert sind? Die Antwort ist: Nein! Zumindest aus chemischer, medizinischer und toxikologischer Sicht nicht. Bei uns gilt halt,



was legalisiert ist, ist gut. Und was illegal ist, ist schlecht. Und so einfach und so irrational ist unsere Drogenpolitik.

In Österreich haben wir vor allem einen recht lockeren, und wenn ich es freundlich formuliere, sage ich vielleicht, einen genussvollen Umgang mit der Volksdroge Alkohol. Sehr anschaulich finde ich da das Beispiel von Herr Landesrat Haimbuchner. Er hat in seiner Rede zum 1. Mai seine Rede mit folgenden Worten begonnen: Trinkts ordentlich viel Bier, das unterstützt die heimische Landwirtschaft. (Beifall)

Ja, viel Zustimmung. Ich weiß. Da gibt es auch einen Applaus. Das ist vielleicht auch ein bisschen lustig. (Präsidentin: „Entschuldigung, die Frau Abgeordnete ist am Wort!“) Okay, ich weiß, es ist recht witzig. Aber es gibt was, was nicht lustig ist. Was nämlich nicht lustig ist, das sind die 370.000 Personen, die in Österreich alkoholabhängig sind. Das ist zwei Mal Linz. Zwei Mal Linz ist in Österreich alkoholabhängig.

Und ich stehe jetzt eh nicht da, um Alkohol zu verteufeln oder um Cannabis zu verharmlosen. Weil, bei Cannabis und bei Alkohol gilt bei beidem, desto weniger, desto gesünder, und ab einem gewissen Ausmaß ist beides gefährlich. Ich stehe auch nicht da, um irgendwie für ein Alkoholverbot zu plädieren. Warum nicht? Weil es nicht funktioniert. Prohibition ist, glaube ich, jedem ein Begriff. Das hat schon mal wer probiert. Es hat irgendwie zu billigen, unkontrollierten Fusel geführt. Die Auswirkungen waren dann Blindheit bis Tod.

Es gibt da immer das schöne Argument, wir brauchen nicht noch eine Volksdroge. Das wäre auch ein gutes Argument, wenn es in der Tat so wäre, dass Entkriminalisierung von Cannabis automatisch zu einer Explosion des Konsums führen würde. Oder wenn es so wäre, dass ein Verbot automatisch zu weniger Konsum führen würde, aber das ist halt nicht so. Und dazu habe ich eine schöne Grafik mit. Die schaut so aus. (Abgeordnete Bauer zeigt eine Grafik.)

Das nennt sich das Paradoxon der Prohibition. Ich hätte es gerne größer ausgedruckt, der Drucker gestern wollte das nicht. Aber es ist eine total simple Grafik, das heißt, wir werden es auch in der kleinen Version schaffen. So passts auf, das ist wichtig! (Heiterkeit)

Also hier ist die X-Achse und auf der X-Achse tragen wir ein die Drogenpolitik von sehr streng bis sehr locker, und auf der Y-Achse haben wir die sozialen und gesundheitlichen Folgen von niedrig bis hoch. Und was kommt da raus? Ein U. Und das ist besonders spannend, weil am gravierendsten sind die Folgen bei einer ganz besonders strengen Drogenpolitik und bei einer ganz besonders lockeren Drogenpolitik.

Jetzt heißt das ja das Paradoxon der Prohibition, das ist aber eigentlich gar nicht so paradox, denn es folgt einer gewissen Logik. Wir haben das heute schon des Öfteren gehört, Menschen lassen sich durch ein Verbot vom Konsum nicht abhalten. Das heißt, dass eine Kriminalisierung zu einem komplett unregulierten Schwarzmarkt führt. Das bedeutet, man hat null Kontrolle, was in dem Zeug eigentlich drinnen ist und mit was das gestreckt ist. Und das ist gefährlich bis lebensgefährlich.

Durch die Kriminalisierung werden außerdem Personen mit Suchterkrankungen zu Kriminellen und bekommen dann anstatt Hilfe und Behandlung oft Stigmatisierung und Isolation. Es gibt noch viele Gründe, warum Kriminalisierung nicht die richtige Drogenpolitik ist, aber so viel Zeit habe ich nicht.

Was aber klar ist, ist dass die Kriminalisierung von Drogen und damit die Kriminalisierung von suchtkranken Menschen die falsche Drogenpolitik ist. Es funktioniert nicht, im Gegenteil, es richtet großen Schaden an.

Aber eine legale und komplett deregulierte Drogenpolitik, wo jeder alles darf ohne Jugendschutz, ohne Werbeverbot, ohne Kontrolle, ohne begleitenden Maßnahmen in der Prävention und in der Aufklärung ist auch nichts und Gott sei Dank gibt es da etwas dazwischen.

Wenn ich diese Grafik in einem Satz zusammenfassen müsste, dann würde ich sagen, wir müssen uns die richtige Frage stellen, weil Entkriminalisierung von Cannabis ist keine Frage von ja oder nein, das ist eine Frage von wie.

Jetzt sage ich noch zwei kurze Sätze zu Deutschland. Jetzt schauen wir uns noch kurz Deutschland an, weil Deutschland versucht von hier runter zu kommen (Abgeordnete Bauer zeigt auf die Grafik. Zweite Präsidentin: „Frau Abgeordnete, die Redezeit ist zu Ende!“) damit sie aber nicht hier landen, gibt es ganz viele begleitende Maßnahmen von einem Werbeverbot, Jugendschutz, die Abgabe, die nicht profitorientiert sein darf, und es wird auch langsam, schrittweise in Modellregionen ausgerollt.

Was ich sagen will, ich plädiere für einen sachlichen und entkrampften Drogendiskurs, und schauen wir uns das doch mal an, wie das in Deutschland läuft, weil sie evaluieren es schrittweise, und wir haben die Möglichkeit, uns das dort wirklich anzuschauen, wie wir zu einer Drogenpolitik kommen, die möglichst wenig Schaden anrichtet. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gruber.

Abg. **Gruber:** Das ist äußerst positiv, wenn man eine der schlechtesten Regierungsformen, die es seit geraumer Zeit gibt, als Benchmark hernimmt, das ist nicht unser Anspruch, Frau Kollegin Bauer.

Sehr geschätzte Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren im Plenum, liebe Jugendliche auf der Galerie, es geht in erster Linie um euch, wenn wir schauen, dass das nicht legalisiert wird, um eure Gesundheit, um eure Zukunft, werte Landsleute, die uns via Livestream heute hier mitverfolgen!

Der ehemalige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hat einmal gesagt: Wer den freien Genuss von Cannabis befürwortet, nimmt in verantwortungsloser Weise den Tod von tausenden jungen Menschen in Kauf. (Zwischenruf Abg. KO Mag. Eypeltauer: „Na das ist ein Experte!“)

Ja, das ist eine politische Haltung, und da sind wir gerade bei dieser Position. Reden wir jetzt so lapidar von einer weichen Droge oder reden wir doch von einer Einstiegsdroge? Und weil da immer Experten und Studien zitiert werden, ja, es gibt auch eine Studie, die besagt, dass ein sechsfach höheres Risiko besteht bei jenen Menschen, die einmal Cannabis geraucht haben, weiter in härtere Drogen zu verfallen. So einfach ist das. Das belegt das auch eindeutig.

Und natürlich, wenn die NEOS ein paar Sackerl irgendwo verteilen oder eure Jugendgruppe oder auch die Hochschülerschaft der Grünen in Salzburg, da fällt mir auch zum Beispiel vor einigen Jahren noch der Name Julia Herr ein, und, und, und, wie die den Zugang wählen zu

der sogenannten weichen, wir sagen Einstiegsdroge Cannabis, dass da Welten zwischen unserer Beurteilung liegen, da brauchen wir gar nicht weiterdiskutieren.

Aber ich finde das äußerst bedauerlich, das Wort hat übrigens der Herr Klubobmann Eypeltauer verwendet, er findet es bedauerlich, ich finde bedauerlich, wenn jemand in diesem Zusammenhang von einem Spiel spricht. Ich will mir das Kopfkino vom Herrn Klubobmann gar nicht vor Augen führen. Ich finde es bedauerlich, wenn man in der letzten Landtagssitzung vielleicht noch leicht belehrend über Hausverstand und Sachverstand diskutiert und dann herauskommt, dass vielleicht die Aussagen von Herrn Professor Yazdi nicht so interessant sind, aber die politische Bewertung vielleicht (Zwischenruf Abg. KO Mag. Eypeltauer: „Du hast mir nicht zugehört! Obwohl es illegal ist, machen es die Leute!“) fachlicher sachlicher über jenen der Experten steht.

Jene Experten, die wir so gerne immer heranziehen bei irgendwelchen Ausführungen, und sich dann selbst zum Experten hochstilisiert. Ich kann nur sagen, bei den NEOS kommt mir inzwischen vor, das ist eher ein Sammelsurium von Obergescheiten, aber recht viele andere Sachen habe ich noch nicht mitgekriegt hier herinnen. (Unverständliche Zwischenrufe. Beifall)

Und zum verantwortungsvollen Umgang, wir können in Oberösterreich aus dem Grund so verantwortungsvoll damit umgehen, weil der Herr Landesrat Steinkellner, Kollege Haas, selber Geld in die Hand genommen hat, gemeinsam mit dem Finanzreferenten, damit wir der Exekutive ein bisschen ein Werkzeug in die Hand geben, dass wir das überprüfen, was immer exponentieller ansteigend ist, nämlich die Drogenlenker. Nur dass wir das auch einmal gesagt haben. Nicht hier herausen stehen und sagen: Ja was tut ihr denn eigentlich? Schaut euch mal an, was los ist. (Zwischenruf Abg. Margreiter: „Geh bitte!“)

Der nächste Punkt, Kollegin Bauer, ja, das ist eine klasse Geschichte, mein Gott nein, Alkohol ist ein Wahnsinn und das Rauchen sowieso, na dann tun wir einfach noch etwas dazu, weil es eh egal ist, machen wir es lieber ein bisschen schlimmer, statt dass wir es gescheiter machen. Und wenn ich das Beispiel mit Holland höre, in Holland wissen wir ganz genau, da gibt es auch von den JUNOS glaube ich irgendetwas, dass so Zonen geschaffen werden, wo man in gewissen Bereichen Cannabis konsumieren kann. (Zwischenruf Abg. KO Mag. Eypeltauer: „In Holland gibt es keine NEOS!“)

Nein, Nein, aber ihr habt das Beispiel, eure JUNOS haben das Beispiel mit Holland gebracht, du weist nicht mal, was deine eigene Jugendgruppe sagt, das passt eh. Unterm Strich kann man sagen, Holland versinkt in der Drogenkriminalität trotz der Legalisierung. Ihr müsst euch mal die Zahlen genau anschauen, also das ist ein Witz, wenn das für uns ein Beispiel sein soll, na dann können wir gleich zusperrern. Gott sei Dank seid ihr nicht stärker, denn das wäre ein Drama für Oberösterreich. (Beifall)

Ich fasse zusammen und schließe mich beim Kollegen Stanek an. Die gesundheitlichen Folgen für Jugendliche sind eklatant, nicht nur in der Wachstums- und Entwicklungsphase, sondern selbstverständlich auch was Depressionen, Schizophrenie, Bluthochdruck, usw. betrifft. In Summe ein Paket, dass wir sicher nicht verschärfen wollen, sondern wir sind auf der Seite unserer Jugend und arbeiten nicht gegen die Gesundheit unserer Jugendlichen.

Zum Zweiten, weil der THC-Wert angesprochen wurde. In den Produkten, wurde uns von Experten gesagt, haben wir zirka einen Wert von 10 bis 30 Prozent THC-Anteil. Das ist nicht mehr so ohne, als wenn man so tut, als wenn das eine lockere Geschichte wäre, dann verstehe

ich das auch nicht, also passt eh, wenn euch das taugt, ich sage euch das gleich, mit uns wird es so etwas nicht geben. Das lehnen wir kategorisch ab. (Beifall)

Die Mischung von ordentlicher Prävention und in weiterer Folge bei Missbrauch von Repression, selbstverständlich, da sind wir dabei. Und ich weise auf den generalpräventiven Effekt unseres Jugendschutzgesetzes hin, was Betäubungsmittel betrifft. Das würde euer Zugang völlig konterkarieren. (Zwischenruf Abg. KO Mag. Eypeltauer: „Nein!“)

Zur Sicherheitsfrage habe ich schon kurz auf Landesrat Steinkellner hingewiesen, im Jahre 2022 1.800 Drogenlenker in Oberösterreich, eine Vervierfachung in den letzten fünf Jahren, 6.226 Drogendelikte, (Unverständliche Zwischenrufe. Zweite Präsidentin: „Herr Kollege, ihre Redezeit ist zu Ende!“) das sind 17 Delikte pro Tag, also unsere Position ist klar, Politik darf nicht beliebig und sinnbefreit sein so wie bei euch, sondern muss handfestes Handwerk sein, und für das stehen wir. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Ich sehe, es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte um etwas mehr Ruhe im Saal. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 530/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 531/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 531/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Anerkennung ganzheitlicher Heil- und Präventionsmethoden. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 531/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Häusler. Bitte schön.

**Abg. Häusler, BSc:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Menschen im hohen Landtag, liebe Menschen auf der Galerie, und vor allem liebe Menschen zuhause an den Bildschirmen! Nach dieser sehr angeregten, auch sicher sehr gesundheitslastigen Diskussion kommen wir zu einem anderen Thema, und ich darf den Redebeitrag mit einem Zitat vom großen Philosophen und Naturforscher Aristoteles eröffnen: Das Ganze ist mehr als die Summe der Teile.

Jedes System im Universum strebt das Ziel der absoluten Balance an, nämlich den Zustand der Kohärenz, und das lässt sich mit vielen Modellen beschreiben, und unter anderem mit dem Denkansatz: Wie schafft es der einzelne Mensch selbstständig und eigenverantwortlich, stets die Waage zwischen Pathogenese und Salutogenese herzustellen?

Ein wichtiger Grundsatz dieser Modelle ist, dass Gesundheit und Krankheit nicht zwei sich gegenüberstehende feste Größen sind, sondern vielmehr, dass sich der Mensch aktiv zwischen diesen beiden Polen hin und her bewegt. Der Mensch ist also nicht ausschließlich krank oder gesund. Er ist selbstverantwortlich dafür, auf welchen Pol er sich hinbewegt und von welchem weg.

Und sowohl im kurativen als auch im präventiven Handlungsfeld gilt es gemäß einem solchem Modell den Menschen mit seinen Bedürfnissen in den Mittelpunkt zu stellen und in seiner Selbstreflexion zu stärken. Wir auf der Methaebene der Politik tragen die Verantwortung dafür,

dass wir präventiv als auch kurativ der Bevölkerung per Gesetz notwendige Mittel in die Hand geben, um das ganze leistbar anzubieten.

Das hat nämlich dann zur Folge, dass diese Gesellschaft in ihrem Handeln die Sinnhaftigkeit, die Handhabung und das Verständnis bekommt, die es braucht um diesen weitgehend kohärenten Zustand zu erreichen. Also die uns von der Natur gegebene Gesundheit so lange wie möglich behandlungsfrei zu erhalten.

Viele alternative Heil- und Präventionsmethoden zielen nämlich genau auf diesen Selbstaktivierungsprozess ab und setzen sich mit folgenden Fragen auseinander: Wie erkenne ich meine eigenen inneren Ressourcen? Wie übernehme ich Verantwortung für mein Handeln? Wie kann ich meine eigenen inneren Bedürfnisse einordnen? In vielen konventionellen schulmedizinischen Denkansätzen wird genau diesen Aspekten kaum Interesse eingeräumt, und die Erfahrungen der letzten Jahre haben es gezeigt, wir haben ganz, ganz viel in Pharmedia und in deren Komplizen investiert und leider nicht in die Menschheitsfamilie.

Es werden uns von außen Methoden und Konzepte aufgedrückt, und es wird nicht wirklich ein Nutzen darin gesehen, die ursprünglich zu Grunde liegenden Mechanismen einer Erkrankung zu behandeln, es wird der Mensch in Körper, Geist und Seele getrennt.

Die Prinzipien von ganzheitlichen Heil- und Präventionsmethoden bieten uns als Gesellschaft genau diese Möglichkeit, da entgegen zu steuern, und daher auch unser heutiger Initiativantrag mit den folgenden Kern-Forderungen: Einerseits an den Bund einen flächendeckenden Zugang zu ermöglichen und über ganzheitliche Heil- und Präventionsmethoden auch in der Öffentlichkeit zu informieren, die Integration ganzheitlicher Heil- und Präventionsmethoden in die Vereinbarung über Vergütung ärztlicher Leistungen einzunehmen, die Integration von Berufsgruppen, die sich mit Methoden zur körperlichen und geistigen Ausgewogenheit befassen, die Verankerung von ganzheitlichen Methoden auch in der Ärzteausbildung.

Und Dinge, die wir auch in der Landes-Kompetenz umzusetzen vermögen, sind Maßnahmen zur Sensibilisierung und zur Aufklärung in der Öffentlichkeit, die Verankerung der ganzheitlichen Heilmethoden auch in einschlägigen Ausbildungen, auch natürlich bei Gesundheitsberufen und Pflegeausbildungen, Förderungen von Fort- und Weiterbildungen im Bereich der ganzheitlichen Medizin. Denn genau das gilt es jetzt in den nächsten Jahren umzusetzen, und um auch diesen Gesundheitsapparat endlich zu entlasten. Und in diesem Sinn gehen wir endlich weg von dieser gewinnorientierten Krankheitspolitik, hin zu einem menschengerechten Gesundheitswesen und einem freien Zugang zu alternativen, individuellen Lösungen. Ich danke für eine breite Zustimmung. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Präsident Binder.

Abg. Präsident Peter **Binder:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Gesundheitsreferentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im hohen Haus, werte Zuseherinnen und Zuseher und Zuhörer/innen!

Zum Antrag möchte ich einleitend auch ein bisschen auf die Begrifflichkeiten eingehen. Es wird hier die Anerkennung ganzheitlicher Heil- und Präventionsmethoden gefordert, und das ist für mich immer das Problem in dieser Diskussion, wenn man dann das Ganzheitliche als Kontrapunkt zur Schulmedizin oder zu bereits anerkannten Methoden stellt. Weil wenn man

sagt, das eine ist die Schulmedizin und das andere ist das Ganzheitliche, dann unterstellt man ja damit eigentlich, dass in der Schulmedizin der Mensch nicht als Ganzes gesehen würde, und diese Sichtweise lehne ich auch im Namen aller ÄrztInnen und des Gesundheitspflegepersonals entschieden ab, weil die sich immer um den Menschen als Ganzes bemühen. (Beifall)

Es ist auch der Präventionsgedanke, wenn man sich mit den Gesundheitszielen, die wir hier im hohen Haus schon mehrfach diskutiert und beschlossen haben, die wir hier im Land pflegen, dann sind das genau diese Dinge: Steigerung der Gesundheitskompetenz, auf sich selber achten, präventiv arbeiten, damit wir eben weniger krank werden und das Gesundheitssystem in Anspruch nehmen, das sind bereits unsere Gesundheitsziele, denen wir uns verpflichtet fühlen und an denen das Gesundheitsressort arbeitet. Wir sind uns nicht immer in allem einig, aber in diesem Punkt denke ich schon.

Umgekehrt darf man aber natürlich nicht gänzlich ausblenden, dass es Heil- und Präventionsansätze gibt, die derzeit in der Gesundheitspolitik und im Gesundheitswesen noch unterbelichtet sind. Mir gefällt da am Besten der Ausdruck, den das Gesundheitsministerium verwendet, es spricht von der Komplementärmedizin, das heißt, wir machen keinen Widerspruch zwischen dem einen, es gibt entweder die Schulmedizin oder das andere, sondern es ist ein Sowohl als Auch, das es zu berücksichtigen gibt, und wo wir einfach auch weiteres Wissen, andere Gesundheitsberufe anhören und einbeziehen sollten, weil es auch angesichts der aktuellen Situation im Gesundheitswesen eh notwendig ist, dass wir hier immer wieder weiter denken.

Welche Methoden das aber genau sind, wir haben im vorigen Beitrag über Cannabis diskutiert, das auch in manchen Heilmethoden ja durchaus angewandt wird. Man hört von Schamanismus, das war eine Diskussion im Vorfeld, wie ich mich mit dem Antrag auseinandergesetzt habe. Es gibt einfach sehr viele Dinge über die man nachdenken muss, wie man die jetzt genau in dieses Sowohl als Auch miteinbezieht, und wie wir das machen und welche das genau sind, das wollen wir auf jeden Fall weiterdiskutieren, denn das geht aus dem Antrag einfach noch zu wenig hervor, und darum werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen.

Abschließend aber ein kleiner Sidestep, wenn ihr das konsequent verfolgt, dass ihr dieses Sowohl als Auch und diese qualitative Verbesserung und Weiterentwicklung unseres Gesundheitswesens wollt, dann kann ich euch nur raten, den Beilagen 509/2023 und 510/2023, das sind die Mittelfristplanungen der Gesundheitsholding und des KUK, nicht zuzustimmen, denn die geben diesen Raum dafür nicht her. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Vielen Dank. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lengauer.

Abg. Bgm. **Mag. Lengauer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen und Zuhörer! In einem stimme ich der Kollegin Häusler absolut zu, der Mensch hat im Mittelpunkt zu stehen. Das ist unser wichtigster Ansatz sowohl in der Politik als auch im Gesundheitswesen. (Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Danke Präsident Binder für deine Erklärung zur Komplementärmedizin, wir sind in einem Boot, gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium, wir favorisieren ebenfalls diesen Begriff und diesen Ansatz zu diesem Thema.

Auf welchen Ansätzen beruht nun die Komplementärmedizin? Viele Vertreterinnen und Vertreter sehen die Gesundheit nicht als Fehlen von Krankheit, sondern als Gleichgewicht miteinander wirkender interner und externer Kräfte. Kommt es zu einem Ungleichgewicht zwischen Körper, Geist und Umwelt, manifestiert sich dies in Krankheit. Dies zur kurzen Erklärung. Die komplementärmedizinische Therapie besteht insbesondere in der Stärkung selbstheilender Kräfte. Patientinnen und Patienten wird eine aktive Rolle bei der Wiedererlangung der eigenen Gesundheit zugeschrieben. Als oberstes Ziel muss immer gelten, dass der Mensch in unserem Land gesund und gut leben kann, von klein auf bis ins hohe Alter.

Und wenn wir uns umschauen, stellen wir fest, dass wir in Oberösterreich schon heute viel mehr tun als andere Bundesländer, aber es kann nie genug sein, und wir wollen noch mehr für Oberösterreich. Ein kleiner Sidestep sei auch mir erlaubt. Gerade im Gesundheitsbereich spielt auch die Erwachsenenbildung eine große Rolle.

Es wurde erst kürzlich von der Uni Krems in der Benefits of Lifelong Learning-Studie festgestellt, dass die Erwachsenenbildung sich positiv auf die Gesundheit auswirkt. Alleine die Arbeitsgemeinschaft der Bildungshäuser Österreich hat im Jahr 2022 über 15.000 Veranstaltungen zu diesem Thema durchgeführt. Die Erwachsenenbildung beschäftigt sich schon sehr lange mit diesem Thema, aber wir haben auch, weil ich auch beruflich dort verankert bin, festgestellt in den Jahren der Diskussion, dass die Grenze zur Esoterik eine ganz enge ist, und ich verweise hier auf den Ö-CERT Beurteilungsraster und die Esoterikrichtlinie des Verbands der österreichischen Volkshochschulen.

Wir müssen hier genau hinschauen, was los ist, und wir sind nicht dafür bzw. wir rufen hier dazu auf, dass Esoterik raus muss und dass die Schamanen im komplementärmedizinischen Ansatz nichts verloren haben. (Beifall)

Aber reden wir offen und ehrlich, suchen wir eine vernünftige Lösung für bestehende Herausforderungen. Ich setze hier vier Thesen. Die Wege, die wir für dieses hehre Ziel, nämlich dass der Mensch in unserem Land gesund und gut leben kann, sind sehr vielfältig.

Wir stehen allen Behandlungsmethoden offen gegenüber, deren Wirkung nachweislich über einen Placebo-Effekt hinausgehen. Es bedarf einer genauen Prüfung der Ansätze. Wir schätzen, damit komme ich zum Schluss, unsere ausgezeichnete Schulmedizin, und ich folgere daraus, es ist klar, die Verwendung von Steuergeldern für Behandlungsmethoden, die nicht evidenzbasiert sind, könne man nicht befürworten, und über allem steht, auf unsere Gesundheitspolitik ist Verlass. Wir freuen uns auf eine lebendige Diskussion im Ausschuss und stimmen der Dringlichkeit nicht zu. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke Herr Abgeordneter, als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Schwarz, bitte.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frau Landeshauptfrau, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer/innen! Wir haben einen spannenden Antrag da. Es ist schon gesprochen worden über Schulmedizin, konventionelle Medizin, ganzheitlich, komplementär.

Ich war fünfzehn Jahre im Bereich konventioneller Medizin, bei einem praktischen Arzt, und mir ist da sehr viel untergekommen, sehr viel Gutes, sehr viel Unterschiedliches. Aber immer war das Ziel, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, den Menschen an sich ganzheitlich zu betrachten und nicht nur die Niere oder den Kopf und auch sein Umfeld mit dazu.

Also, es geht um den Menschen und es geht um das Umfeld, denn auch das hat eine gesundheitsförderliche oder eine krankheitmachende Wirkung. Bei diesen „welche evidenzbasierten Behandlungsmethoden“ sind denn ergänzend zu konventioneller Medizin sinnvoll? Wir haben sehr viele schon. Wir haben auch im Kepler-Uni-Klinikum das Thema auch im Curriculum. Es gibt dort auch, zwei Stunden, glaube ich, nicht so viel, aber es gibt dort einfach auch eine Information zur komplementären Medizin, zu komplementären Behandlungsmethoden, und gerade in der Krebstherapie, also das war auch schon vor mittlerweile dreißig Jahren ein Thema, dass man einfach da die Nebenwirkungen der Behandlungsmethoden einfach mit Naturheilkunde, mit Mistel zum Beispiel, ergänzt, dass man immunstärkende Methoden anwendet.

Das ist, glaube ich, gar Akupunktur, all diese Dinge sind evidenzbasiert, wissen wir alle, bei manchen anderen diskutieren immer nur die Fachleute. Ja, das Wort Homöopathie geistert auch immer herum. Da wird halt auch sehr viel über den Placeboeffekt natürlich auch mit an positiver Energie mitgegeben.

Es ist in der Ausbildung bei den Ärztinnen und Ärzten, und man muss eines noch dazusagen, und das ist mir ganz wichtig, das habe ich gestern wieder so mitbekommen, auch in der Pflege sind komplementäre Angebote an der Tagesordnung. Da gibt es auch Wissen. Da gibt es eine gute Ausbildung, eine gute Schulung, und dann weiß man, was man dazu anbieten kann und was dem einzelnen Menschen auch hilft.

Und ich möchte mich einfach da noch einmal ganz kurz konzentrieren auf das Thema Gesundheitsförderung. Ihr wisst auch, ich habe einige Jahre in der Gesundheitsförderung, in der Prävention gearbeitet, und bei der Diskussion vorher hat es mir alles umgedreht ein bisschen, weil ich weiß, was man alles an Methoden dort auch anbieten kann, um eben Menschen gesund zu halten, gesund zu fördern, Selbstwirksamkeit ihnen beizubringen, so entscheidungsfähig zu werden, welche Substanz, welche Methode mache ich, was passt zu mir, wo entscheide ich mich und das kann ich flächendeckend anbieten.

Gesundheitsförderung wird über die Gesunden Gemeinden, aber auch in vielen anderen Bereichen, in den Schulen und so weiter angeboten. Ich glaube, genau da müssen wir noch viel stärker ansetzen, was hilft mir, was ist ein gesunder Lebensstil, wie kann ich selbst wirksam sein, was macht die Bewegung mit mir, was macht der Alkohol oder das Nikotin mit mir, damit eben da ein Bewusstsein da ist, dann werde ich eben nicht so bald krank, und das entlastet das Gesundheitssystem und langfristig auch das Pflegesystem und die Gesundheitskompetenz.

Und das ist auch schon angesprochen worden, und das hat Kollegin Häusler auch angesprochen. Wir wissen nicht mehr, was wir selber aktivieren können beziehungsweise was wir selber auch machen können. Gesundheitskompetenz ist auch so ein Schlagwort. Das haben wir alles verlernt.

Und am Anfang, wie ich zum Arzt gekommen bin, da hat es das auch in der Familie noch gegeben und jetzt wird, eigentlich sobald irgendein Symptom auftritt, was kann das sein, was ist das, was muss ich da machen, gibt es da irgendein Pulver dazu, man kann nicht mehr etwas aushalten und sagen, okay, das ist jetzt einmal in der Phase so, und es wird sofort nach irgendeinem Pulver, nach einer Behandlung geschrien.



Also, diese Gesundheitskompetenz, was ist mit meinem Körper, was kann ich dem zumuten, ist ein ganz entscheidender Punkt, und dass muss noch viel stärker in den Schulunterricht, vom Kindergarten weg über die Volksschule und auch in den weiterführenden Schulen sein.

Wenn uns eines vielleicht gelingt in den dreijährigen, fünfjährigen berufsbildenden Schulen, wo wir jetzt den Schwerpunkt Gesundheit haben, da werden nicht alle in die Pflege und in den Sozialbereich gehen, aber was sie sicher haben, ist eine breite Gesundheitskompetenz, und das wünsche ich mir für alle unsere Schülerinnen und Schüler.

Dann kann man auch mit alternativen, mit komplementären Heilmethoden gut umgehen. Dann weiß man, wo muss man hinschauen, was ist evidenzbasiert und was nicht, und das sollten wir stärken, und daher werden wir im Ausschuss noch einmal schauen, wo können wir in Oberösterreich ansetzen. Danke. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster darf ich Präsidentin Sabine Binder das Wort erteilen.

Abg. Präsidentin Sabine **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag handelt von dem Wunsch, ganzheitliche Heil- und Präventionsmethoden verstärkt anzuerkennen.

Ganz verständlich ist dieser Antrag deshalb nicht, da die konkrete Definition von Heil- und Präventionsmethoden für uns nicht klar ersichtlich ist. Auch die Schulmedizin bietet umfassende, ganzheitliche Medizin an.

Dabei ist beispielsweise nur die Vernetzung von klassischen Medizinsparten mit Psychologen und Therapeuten erforderlich. Diese Versorgungsvariante dürfte allerdings nicht gemeinsam sein. Im weitesten Sinne verstehen wir den Antrag als Aufruf, der Prävention im Gesundheitsbereich wieder mehr Wert einzuräumen.

Das ist auf alle Fälle ein Punkt, den wir unterstützen. Leider geht man immer dann erst zum Arzt, kann man so sagen, wenn es einmal zwickt. Dabei wäre eine Vorsorge, eine Kontrolluntersuchung oder generell ein alltägliches Gesundheitsbewusstsein auch sehr wichtig, durch einen gesunden Lebensstil zum Beispiel, wie ausreichender Schlaf, ausgewogene gesunde Ernährung, regelmäßiger Sport und Bewegung, dann ließen sich viele Zivilisationskrankheiten minimieren.

Das muss gefordert und auch gefördert werden. Darum sind wir auch ein Verfechter der täglichen Stunde Sport im Schulbereich. Für mich als Mutter ist es auch erschreckend, oft anzusehen, wie sich hier die Zeiten gewandelt haben. Früher mussten die Eltern die Kinder vom Spielen versuchen sie hereinzubekommen, heute ist es ganz genau anders, heute bekommt man sie fast nicht raus in die frische Luft, weil sie mit Handy, Fernseher, Computer, das ist zum Suchtfaktor richtig geworden, und es ist eigentlich eine sehr tragische Entwicklung. Und leider passt auch da das Ganze zum Bild, wenn jeder zehnte junge Mann in Oberösterreich bei der Stellung fettleibig ist. Wir reden hier nicht von Übergewicht. Wir reden heute wirklich von Fettleibigkeit, und das ist alarmierend.

Aber, zurück zum Antrag, wenn es in dem Antrag allerdings darum gehen sollte, alternative Heilkunde als Schulmedizin anzuerkennen beziehungsweise von den öffentlichen Sozialversicherungen erstattungsfähig zu machen, ist das eine ganz komplizierte Thematik

und ich warne auch davor, alternative Heilmethoden pauschal als minderwertig oder nicht existent vorzuverurteilen.

Ohne Grund würde es nicht einige Personen auch geben, die dadurch Erfolge haben und auch dadurch ihr Geld verdienen. Wenn es jemandem nach einer Behandlung besser geht, wieso soll das auch schlecht sein? Ich kenne genug Menschen, denen diese Ansätze und Möglichkeiten geholfen haben, aber ich kenne auch Menschen, die damit auch nichts anfangen konnten, und es ist immer wieder schwierig, hier einen Maßstab zu ziehen, weil sich gewisse Dinge nicht hochwissenschaftlich belegen lassen. Wir werden dieser Dringlichkeit nicht zustimmen, aber im Ausschuss weiter diskutieren. Vielen Dank. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke Frau Präsidentin. Es ist nun niemand mehr zu Wort gemeldet, daher schließe ich die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 531/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der MFG heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise diese Beilage daher dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Vorberatung zu.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und somit zur Beilage 507/2023. Das ist der Bericht des Ausschusses für Standortentwicklung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung des Landes Oberösterreich zur Kostenbeteiligung an den Studiengängen in den Fachhochschulstandorten in Oberösterreich der FH OÖ Studienbetriebs GmbH. Ich bitte die Abgeordnete Margit Angerlehner über diese Beilage zu berichten.

Abg. Bgm. **Angerlehner:** Beilage 507/2023, Bericht des Ausschusses für Standortentwicklung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung des Landes Oberösterreich zur Kostenbeteiligung an den Studiengängen in den Fachhochschulstandorten in Oberösterreich der FH OÖ Studienbetriebs GmbH.

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 507/2023.)

Der Ausschuss für Standortentwicklung beantragt, der Oö. Landtag möge die angeführte Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

**Zweite Präsidentin:** Ich eröffne die Wechselrede, bitte Frau Abgeordnete.

Abg. Bgm. **Angerlehner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Vielen Dank. Was haben Florian Gschwandtner von Runtastic und Patrizia Faschang von Webdots oder Klaus Haberl, der Mitgründer von der BistroBox GmbH, gemeinsam?

Ja, sie sind alle Startups, aber ja, sie haben alle ihren Grundstein an einer unserer FHs gelegt. Sie sind alle in einer unserer forschungstärksten FHs in Oberösterreich zu Top-Fachkräften ausgebildet worden und haben dann eines Tages den Sessel im Hörsaal gegen den eigenen Chefsessel in ihren Unternehmen gewechselt. Sind zu Arbeitgebern geworden. Sind zu Ausbildnern geworden. Sind zu Innovationstreiber in unserem Land geworden und könnten nicht mehr wegzudenken von unserem Wirtschaftsgeschehen sein.

Damit das auch in den nächsten Jahren so bleibt, braucht es für vierzehn dieser erfolgreichen Studienlehrgänge nun eine Verlängerung. Angefangen von Electrical Engineering, wo es um neue Technologien geht, wo es um Elektroautos geht, wo es um die erneuerbare

Energieversorgungssysteme geht, alles essentielle Themen, über die Agrartechnologie, wo es auch am Agrarsektor darum geht, den Umbruch zu schaffen, bis hin zur Datensicherung im Lehrgang Sichere Informationssysteme, wo es um extrem herausfordernde Themen geht, wie Datendiebstahl, Cyberkriminalität und so weiter.

Und in jedem einzelnen dieser Jahrgänge finden extreme Entwicklungen intelligenter Systeme statt, finden Trends zu einer nachhaltigen ökologischen Produktion statt, finden Revolutionen in der Automobilbranche statt und werden ExpertInnen im Bereich der Daten- und Systembranche Methoden entwickeln, die Informationen verknüpfen und dann unerwartetes und sehr wertvolles Wissen extrahieren.

Besonders nennenswert und erachtenswert für mich ist der neu hinzukommende Lehrgang, den die FH Wels unter ein Motto gestellt hat: Die Zukunft gehört denen, die sie gestalten. Ein Lehrgang, der nachhaltige Lösungen für unsere Betriebe ausrichtet. Wo Studierende zu Nachhaltigkeitsexperten ausgebildet werden und die Transformationsprozesse unserer produzierenden Industrie begleiten.

Das Wunderbare daran ist, dass es vom ersten Tag an interdisziplinär ist. Das heißt, vom ersten Tag an wird die Theorie zum Leben erweckt, also das echte Leben in den Betrieben.

Studierende durchleuchten in den Betrieben die Wertschöpfungsprozesse, also den Weg von der Entwicklung, der Produktion, der Vermarktung und dann wieder im Kreis sich schließend zum Recyceln. Das heißt, das technische fundierte Wissen der Studierenden wird hier mit den ökologischen, mit den ökonomischen und sozialen Aspekten, denn das alles zusammen ist ja Nachhaltigkeit und nicht, wie man manchmal meint, nur eines alleine.

Und ich glaube, genau das braucht es jetzt, denn während wir jetzt noch von diesem Gesamtpaket sprechen, wird das in sehr, sehr kurzer Zeit zum Standard gehören, und neue Herausforderungen werden auf diese jungen Menschen warten.

Also, zusammengefasst, für die Zukunft unseres Landes braucht es jetzt diese Finanzierungszusage. Wir stimmen dieser Mehrjahresverpflichtung gerne zu und freuen uns über ihre Zustimmung. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Hofmann.

Abg. **Hofmann:** Dankeschön Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher im Internet! Bei der vorliegenden Beilage handelt es sich um eine Mehrjahresverpflichtung für alle vier oberösterreichischen Fachhochschulstandorte bis 2028, wo das Land Oberösterreich insgesamt über 55 Millionen Euro in die Fachkräfte von morgen investiert.

Es geht hier um die Verlängerung von vierzehn Studiengängen und den Start eines neuen Studienganges in Wels, die Kollegin Angerlehner hat es schon ausgeführt, um diese bis zum Jahr 2028 garantieren zu können.

Verlängert werden fünf Studienlehrgänge in Wels im Bereich Technik und angewandte Naturwissenschaften, ein Studienlehrgang in Linz im Bereich Medizintechnik und angewandte Sozialwissenschaften, drei Studienlehrgänge in Steyr im Bereich Wirtschaft und Management und fünf Studienlehrgänge in Hagenberg im Bereich Informatik, Kommunikation und Medien.

Die Fachhochschule Oberösterreich gehört zu einer der besten und führenden Fachhochschulen Österreichs, die den Studenten ein praxisbezogenes Studium mit internationaler Anerkennung bietet.

An den vier Standorten wird den Studenten eine wissenschaftlich fundierte Berufsausbildung mit stark praxisbezogener Ausrichtung übermittelt. Im laufenden Studienjahr befinden sich knapp 6.000 Studenten. Angeboten werden 33 Bachelorstudiengänge und 38 Masterstudiengänge. Man sieht, es gibt ein breit gefächertes Angebot an unseren Fachhochschulen.

Fachhochschulen sind wichtige Ausbildungsstätten für unsere Wirtschaft und unseren Standort. Unsere Wirtschaft braucht dringend die kompetenten Fachkräfte. Wir werden daher dieser Mehrjahresverpflichtung natürlich zustimmen. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Vielen Dank. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Margreiter.

Abg. **Margreiter:** Vielen Dank Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher hier auf der Galerie und zu Hause! Ja, wir haben es schon gehört, worum es eben in der aktuellen Vorlage geht. Also, um es noch einmal kurz zusammen zu fassen, es geht darum, eben wieder Geldmittel frei zu geben und damit eben den Studienbetrieb für einzelne Studiengänge zu sichern. Frau Kollegin Angerlehner hat es ganz genau beschrieben. Es geht darum, eben vierzehn bestehende zu verlängern, einen neuen für Herbst 2023 zu installieren und einen eben entsprechend zu ändern.

Insgesamt sind es 55 Millionen Euro eben an vier Fachhochschulstandorten. Auch diese wurden schon im Vorfeld genau erläutert und erklärt. Und zwar gilt dann eben diese Verlängerung der Geldmittel wiederum bis 2028, dann wird es wieder eine Zustimmung des Fachhochschulrates benötigen, um diese wieder neuerlich zu verlängern, neu zu konzipieren oder eben eventuell auch einzustellen, und zu diesem Punkt möchte ich auch ganz klar noch Stellung nehmen.

In vielen Gesprächen eben aktuell habe ich immer wieder gehört, dass es durchaus auch geplant ist, Studiengänge zusammenzulegen. Unter anderem ist mir zu Ohren gekommen, dass im Bereich des Sozialmanagements hier von Zusammenlegungen von Studiengängen gesprochen wird und dass eben überlegt wird, und ich möchte dazu eben ja ganz klar und deutlich sagen, gerade in Zeiten wie diesen, glaube ich, dass es dringend notwendig ist, dass wir hier mehr Know-how brauchen im Bereich des Sozialmanagements, gerade, wo es darum geht, da Personalknappheit in diesem Bereich vorherrscht, ich denke da an die Pflege und viele andere natürlich, dass es hier eben Gegenmaßnahmen braucht.

Und das ist für mich eine dieser Gegenmaßnahmen. Wie gesagt, in vielen Gesprächen wurde das an mich herangetragen. Ja, wichtig ist mir eben auch an dieser Stelle noch einmal darauf hinzuweisen, dass unsere FHs mit der aktuell angekündigten Erhöhung der Studienplatzförderung von 4,5 Prozent, vorgesehen ab dem 1. Oktober 2024, nicht auskommen können und werden, diesbezüglich wurde auch mehrfach in den Medien berichtet und gerade, wenn man eben die aktuelle Inflation sieht, dann zeigt es einmal mehr noch viel deutlicher, dass es sich nicht ausgehen kann, und die FHs selbst fordern ja eine Erhöhung von mindestens 20 Prozent oder in etwa 20 Prozent. Auch darauf möchte ich hinweisen.

Es ist mir wichtig, dass eben die FHs nicht zu Tode gespart werden, weil die Auswirkungen oft sehr viel später dann sichtbar sind und durchaus fatal sind, und gerade wir in Oberösterreich können stolz sein auf die Themen im Bereich Forschung und Entwicklung, und das geht ja auch in diese Richtung.

Und Kollege Landesrat Achleitner, es sind ja einige Landesregierungsmitglieder auf einer Reise, auf einer Wirtschaftsreise, aber auch hier möchte ich deutlich sagen, in einer mündlichen Anfrage an ihn, beziehungsweise auch in der Landeskorrespondenz, die Grundlage dafür war, vom 21. März 2023, wurde ganz klar festgelegt, dass man ein Auge darauf haben möchte, dass eben beim Ausbau der Studienplätze man darauf achten werde, dass der Anteil berücksichtigt wird, denn bei einem Bevölkerungsanteil von 16,76 Prozent haben wir lediglich 12,14 Prozent FH-Studierende in ganz Österreich, und auch dahingehend müssen wir ein Augenmerk lenken, und auch dahingehend werde ich meinem Kollegen Landesrat Achleitner genauer auf die Finger schauen.

Ja, wie auch immer, Bildung ist immens wichtig, sie ist der Reichtum einer Bevölkerung, ein wichtiger Schlüssel für einen guten Job letztendlich und auch damit zu einem guten Leben. Schon Anselm Feuerbach meinte: Niemand urteilt schärfer als der Ungebildete, er kennt weder Gründe noch Gegengründe! Ich glaube, dass auch dieses Zitat ein Sinnbild unserer aktuellen Gesellschaft ist, ich würde sagen, vielleicht in mancherlei Hinsicht, möglicherweise auch durchaus gewollt, jedenfalls sollte das Zitat zum Nachdenken anregen. Wir stimmen jedenfalls aber dieser Vorlage zu. Dankeschön. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Ich erteile Herrn Abgeordneten Ammer als letztem Redner das Wort. Nach seiner Wortmeldung kommen wir zur Abstimmung.

**Abg. Mag. Ammer:** Danke Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie und im Internet! Eineinhalb Jahre darf ich in diesem hohen Haus nun tätig sein, eineinhalb Jahre für die Menschen in Oberösterreich arbeiten, in diesen eineinhalb Jahren waren unheimlich viele schöne und bereichernde Begegnungen und Gespräche. Warum erzähle ich das in diesem Zusammenhang bei diesem Tagesordnungspunkt? Weil diese Begegnungen und Gespräche auch vielfach auf unseren FHs stattgefunden haben, unsere FHs sind Ausbildungsstätten der Zukunft, sie sind Ausbildungsstätten der Gegenwart. Ich bin froh, wenn ich Kolleginnen und Kollegen aus diesem Haus treffe, weil nur durch diesen Blick vor Ort wird klar, was dort geleistet wird und was dort möglich ist, dass das die einzige Chance ist, wo wir uns in Oberösterreich und in Österreich entsprechend weiterentwickeln. Das sind unsere Bildungsstätten, die uns helfen, wettbewerbsfähig zu sein, einen guten Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort zu garantieren.

Vorrednerin Angerlehner hat vorher schon den neuen Studienlehrgang beschrieben, ich möchte das auch noch kurz vorlesen und die Zeit nützen, was die FH selbst sagt zu diesem Lehrgang mit nachhaltigen Lösungen: Wer echte Nachhaltigkeit gestalten will, der muss Know-how in vielen Bereichen mitbringen, deshalb ist unser Studiengang „Sustainable Solutions“ vom ersten Tag an interdisziplinär angelegt. Theorie wird sofort zu praktischem Leben erweckt, konkrete Projekte und reale Herausforderungen. Hier wird an sinnstiftenden Lösungen für die echte Welt gearbeitet. NachhaltigkeitsexpertInnen durchleuchten in Unternehmen Wertschöpfungsprozesse, also den Weg von der Entwicklung eines Produktes, über Vermarktung und bis zum Recycling, sie finden und erarbeiten Verbesserungsmöglichkeiten. Dabei haben sie keinerlei Berührungsängste zu Betriebswirtschaft, Technik oder gesamtgesellschaftlichen Aspekten, sondern blühen in der Schnittmenge der Disziplinen erst so richtig auf, das macht sie zu gefragten Gestalter/innen einer nachhaltigen Zukunft. Warum

habe ich das auch noch vorgelesen? Weil dieses zu Tode sparen eine Gefahr ist, da gebe ich der Kollegin Margreiter Recht, und weil für mich da klar herauskommt, worin wir unseren Beitrag leisten müssen, nämlich dass wir genau das unterstützen. Solche Bildungseinrichtungen haben immer ein sehr klares Profil, sie müssen auch das erfüllen, was sie da schreiben und vorgeben, wenn sie das nicht machen, kriegen sie sofort das Ergebnis präsentiert. Das ist in vielen Bereichen so, das wird uns auch in den Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen so gehen, in unseren Schulen, da wird ein Wettbewerb sein, darum müssen auch die FHs genau das, was sie versprechen, auch leisten. Ich bin überzeugt, dass das passiert, daher werden wir natürlich auch dieser Mehrjahresverpflichtung zustimmen, es geht nur so, nehmen wir da unsere Verantwortung wahr. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Da mir keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich die Wechselrede, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zu Beilage 507/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 508/2023, das ist der Bericht des Ausschusses für Standortentwicklung betreffend die Oberösterreichische Bodenschutzgesetz-Novelle 2023. Ich bitte Herrn Abgeordneten Ecker über diese Beilage zu berichten.

Abg. ÖkR **Ecker:** Beilage 508/2023, Bericht des Ausschusses für Standortentwicklung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Bodenschutzgesetz 1991 geändert wird (Oö. Bodenschutzgesetz-Novelle 2023). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 508/2023.)

Der Ausschuss für Standortentwicklung beantragt, der Oö. Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Bodenschutzgesetz 1991 geändert wird (Oö. Bodenschutzgesetz-Novelle 2023), beschließen.

**Zweite Präsidentin:** Ich eröffne die Wechselrede, ich darf den Herrn Abgeordneten Ecker gleich bitten.

Abg. ÖkR **Ecker:** Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren hier im Saal und auf den Bildschirmen! Diese Novelle ist speziell für uns besonders wichtig, und zwar geht es hier um die nachhaltigen Pflanzenschutzmittel, um Verwaltungsvereinfachungen und auch um Doppelgleisigkeiten, die beseitigt werden sollten.

Die neue Agrartechnologie ist auch in der Landwirtschaft ein Thema, hier sollten in Zukunft die Drohnen eingesetzt werden zum Pflanzenschutz. Der Boden ist die Grundlage für die Lebensmittelproduktion, Grundlage für unser Leben, Grundlage auch für die zukünftige Generation. Die Bodenqualität hat sich verbessert, auch wenn es manchmal anders dargestellt wird. Unsere Bäuerinnen und Bauern gewährleistet dies. Die Bodenqualität hat sich in den letzten Jahren verbessert, und auch die Ertragslagen haben sich auf unseren Böden wesentlich erhöht, was für die Versorgungssicherheit in Zeiten wie diesen auch ganz wichtig ist, hier wird auch sichergestellt, dass die Lebensmittelversorgung in Österreich gewährleistet wird. Die Doppelgleisigkeit ist aus unserer Sicht wichtig, dass man sie hier abschafft, Doppelgleisigkeit heißt, dass das Ausbringen von stickstoffhaltigen Düngemitteln auf wassergesättigten, überschwemmten, gefrorenen oder schneebedeckten Böden natürlich verboten ist. Das ist hier auf EU-Ebene geregelt bzw. auf Bundesebene, daher können wir das in dieser Weise auch auf Landesebene ausnehmen.

Weiterhin ist auch die rechtliche Lagerung der Wirtschaftsdünger geregelt. Ein Problem in der Vergangenheit war, dass der Klärschlamm nicht zwischengelagert werden darf. Diese Zwischenlagerung sollte in Zukunft möglich sein, auch mit den Ausnahmen, wie zu Oberflächengewässern und Entwässerungsgräben mindestens 25 Meter Abstand, und er darf nur auf flachen und nicht sandigen Böden gelagert werden, damit keine Gefahr für Gewässerverunreinigungen besteht. Auch auf staunassen Böden und erhöhten Grundwasserspiegel und zur Geländekante unter einen Meter ist weiterhin die Lagerung verboten. Eine gewisse Harmonisierung ist auch nötig, die Zulassung spezieller Pflanzenschutzmittel für den Haus- und Kleingartenbereich, die so beschaffen sein müssen, dass sie ohne pflanzenschutzmittelspezifische Kenntnisse sicher verwendet werden dürfen. Wie gesagt, die zukünftigen Drohneneinsätze im Pflanzenschutzmittelbereich, das ist auch eine neue Technologie, die wir hier ermöglichen, in der Vergangenheit ist es nur in besonderen Fällen mit Ausnahmegewilligung möglich gewesen, dass wir überhaupt solche Drohneneinsätze im Pflanzenschutzmittelbereich ermöglicht und bewilligt bekommen haben. Was uns auch besonders wichtig ist, das ist eine Ergänzung zu dieser Pflanzenschutzmittelverordnung, dass auch der Schutz von Pflanzen durch jagdbares Wild gegeben ist, damit sozusagen hier Jäger bzw. Hilfspersonen auch in Zukunft keinen Pflanzenschutzmittelausweis brauchen werden, die Pflanzen durch Mittel geschützt werden können, die hier auch ohne Sachkundausweis eingesetzt werden dürfen, diese Aufzeichnungspflicht auch ergänzt wird.

Aus unserer Sicht ist der Wald besonders wichtig, wir wollen ja unsere kleinen Bäumchen schützen, diese Bäumchen sind vom Wild gefährdet, je mehr Hände hier bereit sind mitzuhelfen, desto mehr Pflanzen können geschützt werden. Diese Pflanzen werden dann auch in Zukunft unseren Wald sichern, denn unser Wald ist nachhaltig, Nachhaltigkeit ist uns besonders wichtig, den Wald und das Holz werden wir auch weiterhin brauchen für einen wichtigen nachwachsenden Baustoff und auch für die Biomasse, die wir in Zukunft als Wärme- und Energieträger einsetzen werden. Daher ist diese Novelle aus unserer Sicht besonders wichtig, ich hoffe, dass hier alle Fraktionen zustimmen, ich bitte auch um diese Zustimmung. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Graf. Bevor ich ihm das Wort erteile, darf ich recht herzlich die Initiative der Freiheitlichen Frauen und den Seniorenring FPÖ aus dem Bezirk Braunau mit der Obfrau Anneliese Hoppenberger recht herzlich begrüßen. Ich wünsche euch eine sehr interessante und angenehme Zeit bei uns, herzlich willkommen. Bitteschön Herr Abgeordneter.

Abg. ÖkR **Ing. Graf:** Vielen Dank Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher auf der Tribüne des freiheitlichen Seniorenringes des Bezirkes Braunau, seid herzlich begrüßt! Mein Vorredner hat bereits etliche Dinge erwähnt, grundsätzlich ist es wichtig zu sagen, dass das Oberösterreichische Bodenschutzgesetz tatsächlich die Aufgabe des Schutzes des wertvollen Gutes, des Grund und Bodens, des landwirtschaftlichen Bodens, Grünland und Acker sehr ernst nimmt, und deshalb von Zeit zu Zeit natürlich eine Aktualisierung bzw. Novellierung notwendig ist. Gerade in dieser vorliegenden Novellierung ist es gut gelungen, dass sie drei wesentliche Problemstellungen erfasst, nämlich einerseits eben diese aktuellen Problemstellungen, die sich in der Bewirtschaftung, in der Weiterentwicklung ergeben haben bzw. auch die technische Weiterentwicklung und wie immer bei Gesetzen, auch klarerweise bestehende Doppelgleisigkeiten zu verringern bzw. zu entfernen. Wenn ich gleich mit den Doppelgleisigkeiten beginne, da geht es wirklich darum, dass zum Beispiel die Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung, kurz NAP-Verordnung genau regelt, wie stickstoffhaltige Dünger auszubringen sind bzw. welche Ausbringungsverbote zu berücksichtigen sind.

Gleiches quasi war im Bodenschutzgesetz drinnen, das genügt sicherlich, wenn es einmal klar und streng geregelt ist, genau so wie du erwähnt hast eben auch die Lagerung dieser Dünger, die eben natürlich entsprechend handzuhaben sind, wie es da drinnen steht.

Aber bitte nicht verwechseln, wir haben viele Verordnungen und Gesetzesmaterien, die NAP-Verordnung, die angesprochene, ist wiederum nicht zu verwechseln mit dem NAP, nämlich dem Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, da ist ein großer Teil der Pflanzenschutzmittel wieder drinnen, aber wieder eine ganz andere Gesetzesmaterie. Warum erwähne ich das? Damit ihr den Überblick bekommt, es gibt da sehr weit gefasste Materien, die sich alle mit diesen wichtigen Themen beschäftigen, wie auch jetzt im Bodenschutzgesetz. Zum Beispiel die Zwischenlagerung von Klärschlamm besonders noch einmal konkretisiert und strenger geregelt ist, was bisher nicht war, in den anderen Verordnungen auch nicht erfasst war. Deswegen ist es genau da hineingekommen, es wird hier noch einmal konkreter und strenger geregelt mit den angesprochenen Details, auch wie der Kollege Ecker gesagt hat, mit den entsprechenden Mindestabständen zu Oberflächengewässern und Gräben, und, und, und. Das wiederhole ich jetzt nicht.

Ich gehe jetzt noch auf ein aktuelles Problem ein, das sich uns aus dem Wald und dem allseits bekannten Waldumbau ergibt, nämlich dass hier Wildschäden und Fraßschäden an Jungpflanzen durchaus in Begriff sind, mehr zu werden, trotz, das betone ich hier, trotz ordentlicher Bejagung, das ist immer ein Thema, deswegen ist es auch notwendig, hier öfters entsprechende Verbißschutzmittel auszubringen und aufzubringen. Hier braucht es die Möglichkeit, wie es sonst im Gesetz vorgesehen ist, dass diese Handhabung nur mit einem verpflichtenden Sachkundenachweis passieren darf. Grundsätzlich in der Land- und Forstwirtschaft soll hier für diese Tätigkeit und diese Mittel die Ausnahme möglich sein, auch ohne diesen Ausweis und ohne Aufzeichnungspflicht, dass hier Jäger, Waldhelfer und weitere Personen unterstützend tätig sein können.

Im Übrigen gibt es da noch die technische Weiterentwicklung, die der Landwirtschaft ja besonders vertraut ist, sonst würden wir noch hinter dem Ackergaul herlaufen. So gibt es eben diese Weiterentwicklung jetzt im Bereich der besonders jungen Technologie der Agrardrohnen, ihr Einsatzgebiet nimmt klarerweise wirklich rasant zu. Das ist einerseits das Thema der Digitalisierung, auch die die Landwirtschaft voll trifft, das beginnt mit der optischen Bestandsaufnahme und Kartierung von Beständen, um sie dann digital weiter verarbeiten zu können, andererseits zur Ausbringung von speziellen Pflanzenschutzmitteln. Ich bringe Ihnen ein bekanntes praktisches Beispiel, das eigentlich schon seit etlichen Jahren erfolgreich praktiziert wird mit Drohnen, aber es muss eben auch gesetzlich erfasst sein. Das ist zum Beispiel die Bekämpfung vom Maiszünsler, ein besonders schwieriger Schädling im Mais, hier werden mittels Drohnen Nützlinge, nämlich die Trichogramma-Schlupfwespen, ausgebracht, um dem Schädling Herr zu werden. Das ist sehr erfolgreich, das funktioniert perfekt, das weiß ich aus meiner unmittelbaren Umgebung, wo das seit Jahren erfolgreich verwendet wird. Hier kann man die neueste Technik sehr günstig nutzen, ja, diese vorliegende Novelle trägt all diesem Rechnung, wie gesagt, sie regelt auch die unbemannte Luftfahrzeugbetriebe, kurz Drohnen genannt, deswegen ersuche ich Sie, stimmen Sie dieser Gesetzesregelung zu. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Vielen Dank. Bitte Herr Abgeordneter Haas.

**Abg. Haas:** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher, lieber Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher! Unsere Gesellschaft ist einer ständigen Veränderung, vor allem auch einer zunehmenden



Technologisierung ausgesetzt, diese macht natürlich auch nicht vor dem Bereich der Landwirtschaft Halt, es ist gerade die Landwirtschaft, die höchstes Interesse am Schutz unserer Böden haben muss und diese weitgehend auch hat, gerade dabei können moderne Technologien, moderne Agrartechnologien natürlich behilflich sein. Ich möchte das alles nicht mehr genau anführen, das haben die Vorredner schon gemacht, es geht in dieser Novelle um die Beseitigung von Doppelgleisigkeiten, um die nachhaltige Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln und eben um das Ausbringen in der Form von Drohnen.

Ich möchte nur noch kurz anführen, weil wir ja im Ausschuss nicht zugestimmt haben, das möchte ich auch noch einmal dazu sagen, nicht aufgrund einer inhaltlichen Grundlage, dass wir das jetzt schlecht finden, was da drinnen steht. Sie wissen es, es hat noch kurzfristig, vor der Beschlussfassung im Ausschuss, einen Abänderungsantrag gegeben, für uns war zu diesem Zeitpunkt einfach das formelle Vorgehen nicht so weit in Ordnung, dass wir es mit allen wichtigen Stakeholdern abklären hätten können. Das haben wir in der Zwischenzeit nachgeholt, daher können wir heute der Vorlage auch so zustimmen. Danke, das war es von dieser Seite schon von mir. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Hemetsberger.

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Danke, sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie oder zu Hause vor den Bildschirmen! Vorausschicken möchte ich, dass ich den Titel, den Namen dieses Gesetzes, tendenziell irreführend empfinde. Bodenschutzgesetz impliziert nämlich, dass dieses Gesetz bewirken könne, dass Boden in Oberösterreich durch dieses Gesetz nachhaltig geschützt würde. Und dass das dringend notwendig wäre, da stimmen wir hundertprozentig zu. Und weil wir auch der Meinung sind, dass Boden in Oberösterreich dringend geschützt werden muss, wie ja auch der heute veröffentlichte Rechnungshofbericht zeigt, den Sie sicher schon alle mit großem Interesse gelesen haben, so wie ich, hoffentlich, und der ja dringlich aufzeigt, wie es um den Zustand unserer Böden in Oberösterreich bestellt ist.

Und der Rechnungshof zeigt ja auch, dass die größte Gefahr für unsere Böden die Bodenversiegelung ist, und dass die Bodenversiegelung im Wesentlichen mit der Verbauung zusammenhängt, und dass das die größte Bedrohung für unsere wertvollen landwirtschaftlichen Flächen ist. 2,2 Hektar, liebe Kolleginnen und Kollegen, verbrauchen wir in Oberösterreich jeden Tag. 2,2 Hektar jeden Tag. Das österreichische Ziel wäre 2,5 Hektar am Tag. Bundesweit. 2,2 brauchen wir in Oberösterreich, 2,5 sollen wir österreichweit brauchen. Jetzt kann man sich ungefähr ausrechnen, wie weit wir von den Zielen, die wir uns selber gesteckt haben, entfernt sind.

Und insofern hält der Titel dieses Gesetzes bei weitem nicht das, was er verspricht. Und das Bodenschutzgesetz greift in der Frage des tatsächlichen Bodenschutzes bei weitem zu kurz. Und diese Ansicht teilt im Übrigen auch der oberösterreichische Landesumweltanwalt, der eine sehr umfangreiche und inhaltlich hervorragende Stellungnahme abgegeben hat, die wir auch voll inhaltlich unterstützen und auch mittragen. Und ich hoffe sehr, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie die alle aufmerksam gelesen haben. Und für den Fall, dass Sie es vielleicht doch nicht so aufmerksam gelesen haben, empfehle ich sehr, das nachträglich noch zu tun. Da steht nämlich sehr viel Wissenswertes und Wertvolles über unsere Böden drinnen.

So, und jetzt aber ganz konkret zur vorliegenden Novelle. Das Oö. Bodenschutzgesetz beschäftigt sich, wie bereits angemerkt, mit einzelnen Aspekten des Bodenschutzes, nämlich im Wesentlichen mit der Bodenqualität, also mit der Ausbringung von Klärschlamm, mit

Pestiziden oder mit der Qualitätssicherung. Und hier gibt es mit der vorliegenden Novelle Veränderungsvorschläge. Diese können wir, das kann ich gleich einmal sagen, im Wesentlichen mittragen, zumal sie, wie das der Landesumweltanwalt auch in seiner Stellungnahme schreibt, zweckmäßig sind.

Im Großen und Ganzen ändert sich durch das Gesetz ja kaum etwas, denn im Wesentlichen werden Anpassungen an andere gesetzliche Regelungen vorgenommen bzw. Doppelgleisigkeiten abgeschafft. Und dem schon jetzt mehrfach angesprochenen, neuerdings zulässigen Einsatz von Drohnen bzw. die Regelung zum Einsatz von Drohnen, die halten wir ebenfalls für vertretbar, bzw. vor dem Hintergrund der immer größer und schwerer werdenden Agrarmaschinen und der damit verbundenen Bodenverdichtung auch für begrüßenswert.

Entscheidend erscheint mir in dem Zusammenhang aber ganz sicher die bereits angekündigte Verordnung zu sein, die dann wirklich die nähere Ausführung dieser Tätigkeit regelt. Da wird sicher penibel darauf zu achten sein, dass vermieden wird, dass Pestizide zum Beispiel auf nachbarschaftliche Felder ausgebracht werden.

Und einen Satz erlaubt mir noch zum Thema Baumschutz durch jagdbares Wild. Auch da vorausgeschickt, auch das tragen wir mit, aber ich glaube, da haben wir auch im Jagdgesetz noch einige Luft nach oben. Und da bin ich schon gespannt, was dann im Sommer, wenn wir ein neues Jagdgesetz bekommen, alles drinnen stehen wird. Insgesamt ist es aber so, dass wir die Veränderungen, die sich aus dieser Novelle ergeben, mittragen und demnach auch zustimmen. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Ich sehe, es ist niemand mehr zu Wort gemeldet, daher schließe ich die Wechselrede, und wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 508/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zu den Beilagen 509/2023 und 510/2023. Bei der Beilage 509/2023 handelt es sich um den Bericht des Ausschusses für Finanzen und Kommunales betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Oberösterreichischen Gesundheitsholding GmbH für die Jahre 2023 bis 2027. Bei der Beilage 510/2023 handelt es sich um den Bericht des Ausschusses für Finanzen und Kommunales betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Kepler Universitätsklinikum GmbH für die Jahre 2023 bis 2027.

Aufgrund des sachlichen Zusammenhangs werden wir über beide Beilagen eine gemeinsame Wechselrede durchführen. Die Abstimmung erfolgt natürlich getrennt über die beiden Beilagen. Ich bitte jetzt Herrn Abgeordneten Grünberger über die Beilage 509/2023 zu berichten.

**Abg. Grünberger:** Beilage 509/2013, Bericht des Ausschusses für Finanzen und Kommunales betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Oö. Gesundheitsholding GmbH für die Jahre 2023 bis 2027. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 509/2023.)

Der Ausschuss für Finanzen und Kommunales beantragt, der Oö. Landtag möge die mittelfristige Finanzvorschau der Oö. Gesundheitsholding GmbH für die Jahre 2023 bis 2027, die der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 13. März 2023 (Beilage 467/2023, XXIX. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, unter Berücksichtigung und nach Maßgabe der diesem Antrag vorangestellten Begründung zur Kenntnis nehmen.

**Zweite Präsidentin:** Vielen Dank, ich darf nun Herrn Abgeordneten Oberlehner bitten, über die Beilage 510/2023 zu berichten.

Abg. Bgm. **Oberlehner:** Beilage 510/2023, Bericht des Ausschusses für Finanzen und Kommunales betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Kepler Universitätsklinikum GmbH für die Jahre 2023 bis 2027. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 510/2023.)

Der Ausschuss für Finanzen und Kommunales beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen: 1. Die mittelfristige Finanzvorschau der Kepler Universitätsklinikum GmbH für die Jahre 2023 bis 2027, die der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 13. März 2023 (Beilage 468/2023, XXIX. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, wird unter Berücksichtigung und nach Maßgabe der diesem Antrag vorangestellten Begründung zur Kenntnis genommen. 2. Die aus dem beabsichtigten Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung mit der Kepler Universitätsklinikum GmbH sich ergebende Mehrjahresverpflichtung wird im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigt.

**Zweite Präsidentin:** Vielen Dank für die Berichterstattung. Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Grünberger.

Abg. **Grünberger:** Danke Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Oberösterreich und der Oberösterreichischen Gesundheitsholding sieht vor, dass die ersten beiden Jahre der mittelfristigen Planung vom Eigentümer und dem Oberösterreichischen Landtag als verbindlicher Rahmen unter den angenommenen Planungsprämissen genehmigt und die weiteren drei Jahre als grundsätzliche Entwicklung des Unternehmens zustimmend zur Kenntnis genommen werden.

Oberösterreich ist ein Land der Vielfalt mit urbanen Zentren und ländlichen Regionen. In der Oberösterreichischen Volkspartei heißt es nicht Stadt oder Land, sondern Stadt und Land. Es wird in der Politik oft übersehen, dass es sich bei Stadt und Land um Lebensräume handelt, die einander ergänzen und gemeinsam unsere Heimat ausmachen. In vielem unterschiedlich, aber beide besonders.

Mit der Spitalsreform haben wir erreicht, dass alle Standorte, auch die regionalen Spitäler, erhalten bleiben. Damit bleibt auch das gute Gefühl für unsere Landsleute, ein Spital in der Nähe zu wissen. Denn unsere Spitäler sind die Gesundheitsdrehscheiben in unseren Regionen.

Bei der regelmäßigen Patientenbefragung der Oberösterreichischen Gesundheitsholding erhielt das Klinikum in meinem Bezirk Schärding auch 2022 wieder ein ausgezeichnetes Zeugnis. Sensationelle 99,4 Prozent würden das Klinikum aufgrund der persönlichen Erfahrung weiterempfehlen. Bestnoten gab es zudem für viele Leistungsbereiche wie die ärztliche und pflegerische Betreuung.

Hier ein Dank allen Pflegekräften, Ärztinnen und Ärzten und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in unseren Spitälern Großartiges leisten. (Beifall)

Ebenso wichtig ist die Gesundheitsversorgung vor Ort. Derzeit funktioniert das Hausarztssystem noch gut in unseren Gemeinden. Die Primärversorgungszentren werden aber an Bedeutung gewinnen und in Kleinregionen unsere Bevölkerung versorgen. Daher setzt das Land weiterhin auf den Ausbau der Primärversorgungszentren. Zehn Zentren gibt es in

Oberösterreich schon und drei weitere sind in Planung, wie eines in meiner Bezirkshauptstadt Schärding. Dieses soll ebenso medizinische Versorgung aus einer Hand bieten.

Die Österreichische Gesundheitskasse verspricht sich aus den Zentren längere Öffnungszeiten und kürzere Wartezeiten, da mehrere Mediziner an einem Standort zusammenarbeiten werden. Zudem ist bei Primärversorgungszentren ein erweitertes Leistungsangebot möglich, das bei akuten oder chronischen Erkrankungen über die ärztliche Versorgung hinausgeht und dies besonders wichtig ist für Gesundheit bei uns am Land.

Unsere Gesundheitsreferentin Christine Haberlander setzt sich bei der Finanzausgleichsverhandlung für uns Oberöreicherinnen und Oberöreicher ein, damit wir auch weiterhin eine gute Gesundheitsversorgung haben, denn auf die oberösterreichische Gesundheitspolitik ist Verlass.

Folgende wesentliche Projekte finden sich bis 2027 in Planung und sind wichtige Investitionen für unsere Regionen: Zusammenführung der beiden Zentral-OP eins und zwei sowie Neuerrichtung der Intensivüberwachung und der Tagesklinik im Pyhrn-Eisenwurzen-Klinikum am Standort Steyr. Masterplan Pyhrn-Eisenwurzen-Klinikum am Standort Kirchdorf. Masterplan 2025 am Klinikum Schärding, mit Aus- und Umbau der Ambulanzen, Akutgeriatrie und Palliativstation, Tages- und Wochenklinik und der Krankenpflegeschule. Masterplan 2030 am Klinikum Freistadt. Stationssanierung am Salzkammergut-Klinikum am Standort Bad Ischl. Neubau der Grünauerstraße. Roboterchirurgie am Pyhrn-Eisenwurzen-Klinikum am Standort Steyr. Und Erneuerung von medizinisch-technischen Großgeräten wie CT- und MRT-Geräten und vieles andere mehr.

Wir haben im Gesundheitsland Oberösterreich ein Ziel, dass die Menschen in unserem Land gut und gesund leben können, ein ganzes Leben lang. Wenn wir uns umschaun, stellen wir fest, wir in Oberösterreich tun jetzt schon sehr viel. Die Gesundheit der Österreicherinnen und Österreicher liegt uns am Herzen, und wir machen einen kräftigen Investitionsschub durch unseren Oberösterreichplan. Wir investieren, wo sich die Zukunft unseres Landes entscheidet. Ich bitte um Zustimmung. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Vielen Dank. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Präsident Binder.

Abg. Präsident Peter **Binder:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im hohen Haus, werte Zuhörerinnen und Zuhörer bzw. auch Zuseherinnen und Zuseher! Ich möchte noch zum Kollegen Grünberger, ich weiß nicht, von welchem Land er gesprochen hat, aber ich möchte Sie jetzt nach Oberösterreich zurückholen. In Oberösterreich befasst sich heute der Landtag mit der mittelfristigen Finanzvorschau für die Gesundheitsholding beziehungsweise das Kepler Universitätsklinikum. Und ich möchte einleitend erklären, warum wir das machen.

Weil das Land Oberösterreich auf Basis von gesetzlichen Grundlagen dazu verpflichtet ist, Krankenanstalten zu betreiben oder betreiben zu lassen, wir haben ja auch noch Ordenskliniken in Oberösterreich, für deren Finanzierung wir Sorge tragen und insbesondere für den Abgang, also das Defizit, das durch die Gebarung entsteht in den Krankenhäusern, die nicht durch andere Finanziere, wie zum Beispiel der Sozialversicherung, abgedeckt sind, diesen Abgang zu garantieren.

Und da macht es schon Sinn, quasi im Sinne einer kaufmännischen Sorgfalt, dass die Krankenanstalten dem Land hier eine regelmäßige Vorschau geben, damit auch wir budgetär das etwas planen können und wissen, was da möglicherweise auf uns zukommt. Macht nicht nur Sinn für das Land Oberösterreich, macht auch Sinn für die Gemeinden, die wie in keinem anderen Bundesland zur Finanzierung der Krankenanstalten beitragen.

Da komme ich aber auch gleich zu einem ersten Kritikpunkt. 1,2 Milliarden Euro haben wir 2023 im Budget des Landes vorgesehen für diese Abgangsdeckung der Krankenanstalten. Aber nur 51,5 Prozent davon entfallen auf die zwei Krankenhausträger, über die wir jetzt sprechen. 48,5 Prozent, oder fast 600 Millionen Euro, sind für die Ordenskrankenhäuser vorgesehen, von denen wir keine mittelfristige Finanzvorschau bekommen, das heißt, die möglicherweise hier freier wirtschaften können. Denn was bedeutet denn diese mittelfristige Finanzvorschau auch im Umkehrschluss? Es ist doch der politische Rahmen, den wir gewillt sind, oder zumindest jene Parteien, die dieser Vorschau heute zustimmen, gewillt sind, den Krankenanstalten als budgetärem Rahmen für ihr Handeln zu gewähren.

Soweit so gut. Jetzt kann man, wenn man die vergangenen Jahre betrachtet und das vergleicht, feststellen, dass manche Textpassagen wortident übernommen worden sind. Das kann man übrigens auch, wenn man schriftliche Anfragebeantwortungen von der Frau Gesundheitsreferentin hernimmt, Copy & Paste, ein beliebtes Mittel. Erleichtert die Arbeit, erklärt aber dann nicht, warum gleichzeitig immer behauptet wird, Anfragebeantwortungen wären so ein großer Aufwand. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Manhal: „Gleiche Frage, gleiche Antwort!“) Aber erklärt nicht, Kollegin Manhal, warum dann immer erklärt wird, das sei so ein Aufwand. Ja, weil ich beschwere mich ja auch nicht, dass ich immer die gleichen Fragen stellen muss. Ja, manchmal beschwere ich mich schon. Das stimmt. Weil man könnte natürlich das ganze Gesundheitswesen insgesamt transparenter darstellen, dann müssten wir ja manche Anfrage nicht stellen.

Gut, man könnte also das jetzt alles zur Kenntnis nehmen und sehen, okay, ist eh wieder so ungefähr dasselbe wie im letzten Jahr und im Jahr davor. Und seit 2015 darf ich das jetzt hier im hohen Haus verfolgen. Man kann aber dann auch, wenn man täglich Zeitung liest, feststellen, es kann doch so bitte nicht weitergehen. Wir haben, und das hat uns einfach die Pandemie in den letzten zwei Jahren gezeigt, das Gesundheitswesen wirklich an den Rand der möglichen Belastung geführt.

Und wenn jetzt bei Patientenbefragungen herauskommt, dass die Menschen sehr zufrieden waren in den Krankenhäusern, das ist auch völlig richtig. Der, der dann endlich eine Behandlung bekommt im Krankenhaus, der ist natürlich zufrieden. Wir haben heute schon darüber gesprochen, weil sich die ÄrztInnen, weil sich das Gesundheitspflegepersonal ganzheitlich um das Wohl der Menschen in den Krankenhäusern bemüht, und weil man dann ja endlich die Operation bekommen hat, die Schmerzen beendet hat und die ein gesünderes und besseres Leben ermöglicht.

Nur manche Menschen haben auf diese Operation über ein Jahr gewartet. Über ein Jahr gewartet. Und darum ist ja viel aussagekräftiger wahrscheinlich die Umfrage vom Austrian Health Forum, die gestern in einer Tageszeitung veröffentlicht wurde, aus der halt hervorkommt, dass ein Drittel der Oberösterreicher und Oberösterreicher mit dem Gesundheitssystem unzufrieden sind, weil es das nicht mehr bietet, und weil es auch diese Sicherheit nicht mehr gibt, weil wir nicht mehr darauf vertrauen können, dass wir die Behandlungen, die Versorgung bekommen, die wir brauchen.

Das ist einer der Gründe, warum wir hier gegensteuern müssen und nicht diese Entwicklung Jahr für Jahr fortschreiben und für die nächsten fünf Jahre vorschreiben dürfen. (Unverständlicher Zwischenruf) Sondern wir müssen jetzt bereits beginnen, einen Finanzrahmen zu schnüren, der den Spitälern, den landeseigenen, über die wir hier sprechen, Luft zum Atmen gibt, um ihr System, ihre Organisation, ihr Angebot, ihre Versorgung weiterentwickeln zu können. Und das bildet sich hier nicht ab.

Lassen Sie mich zitieren aus der mittelfristigen Finanzvorschau und der Grundlage die wesentlichen Entwicklungen, auf die man hier abstellt bis 2027. Das sind zum Beispiel zusätzliche Stellen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften. Da haben wir noch keine Qualitätsverbesserung. Da haben wir noch keine Arbeitsbedingungen verbessert. Da haben wir noch keine Rahmenbedingungen des Arbeitens und des Behandeltdewerdens im Spital berücksichtigt, sondern wir machen das Minimum, was uns das Gesetz vorschreibt. Das ist es, was wir hier berücksichtigen.

Zusätzliche Nacht- und Bereitschaftsdienste, das ist sehr gut. Fragen Sie bitte in den Krankenanstalten. Der Geschäftsführer der Gesundheitsholding Dr. Harnoncourt, hat versprochen, es gibt einen zweiten Nachtdienst. Ja noch nicht einmal auf dem Papier gibt es ihn. Es gibt ihn einfach nicht. Ja, jetzt wird dann kommen, wir haben ja das Personal nicht, wo soll denn das herkommen? (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Manhal: „Ja genau!“) Tja, wo sind denn hier bitte auch budgetäre Rahmenbedingungen, um attraktiver zu werden in der Personalrekrutierung?

Ich hatte gestern das Vergnügen, bei der Enquete der Ärztekammer zu sein, die sich mit dem Arbeitsplatz Spital beschäftigte. Da war eine Vertretung der ÖH anwesend, die gemeint hat, es ist schon auch ein Problem, wenn es um die Attraktivität des Arbeitsplatzes Spital geht, wenn man nach der theoretischen Ausbildung das klinisch-praktische Jahr macht, das KPJ, und dann 650 Euro bekommt im Monat, 650 Euro für ein Praktikum, nach vier bis fünf Jahren Studium, 650 Euro in diesem Pflichtpraktikum. Die Antwort des anwesenden Personalchefs der Gesundheitsholding, ja, es gibt auch Praktika, die sind gar nicht bezahlt, da müssen immer noch die Eltern bezahlen. Wer wegen 250 Euro mehr vielleicht woanders dieses praktische Jahr machen will, der soll ziehen. Ist das die Antwort, die wir geben wollen angesichts des Personalmangels, den wir in den Krankenhäusern haben? Die Antwort ist, wir müssen auch hier nachbessern, so wie die KAGes, so wie in Vorarlberg, so wie im Burgenland, wo bereits 900 Euro bezahlt werden. Das ist der Wettbewerb mit den Bundesländern, dem wir hier ausgesetzt sind, Frau Kollegin Manhal. Wir geben dem Management aber nicht die Mittel in die Hand, um in diesem Wettbewerb zu reüssieren. Das tun wir mit dieser Vorlage nicht, sondern, wie schon erwähnt, wir geben ihnen nicht die Luft zum Atmen, sondern wir würgen Initiativen ab, weil es die Möglichkeiten nicht gibt.

Da komme ich zurück zu den Orden. Wir haben nicht nur den Wettbewerb mit anderen Bundesländern, sondern auch mit anderen Krankenhausträgern im Bundesland, die eben nicht so einem engen Rahmen, einem engen Korsett unterworfen werden, die sich also hier anders und besser entwickeln können. Das sieht man, wenn man die Anfragebeantwortung ansieht, wie sich dort der Überstundenrucksack darstellt und wie er sich in den landeseigenen Krankenanstalten abzeichnet oder praktisch vorhanden ist. Das heißt, wenn wir morgen den internationalen Tag der Pflege wieder einmal begehen, braucht es von der Politik endlich ein Signal, dass wir bereit sind, zu echten qualitativen Verbesserungen auch in unseren Krankenanstalten beizutragen. Das sind nicht nur neue Geräte, das ist nicht ein Masterplan, wo irgendwann im Jahre 2030 vielleicht ein Zubau kommt, sondern das sind jetzt konkrete Handlungen und ein konkreter budgetärer Rahmen, den wir für unsere Gesundheitsholding

und für unser Kepler Universitätsklinikum beschließen sollten, damit die Geschäftsführung dort flexibel und zukunftsorientiert neue Wege gehen kann und im Wettbewerb auch mit anderen Krankenhausträgern und anderen Regionen reüssieren kann. Damit können wir das, von dem Kollege Grünberger gesprochen hat, tatsächlich wieder erreichen, nämlich eine sichere, eine gute, eine qualitativ hervorragende Gesundheitsversorgung im stationären Bereich in Oberösterreich, damit wir auch auffangen können, was die zu niedrige Arztdichte im niedergelassenen Bereich verursacht, damit wir hier für PatientInnen, aber vor allem auch für die Mitarbeiter/innen, vom Primar bis zur Pflegefachkraft und bis zur Reinigungskraft auch wirklich gute Arbeitsbedingungen bieten können. Das bildet sich nun einmal in dieser Finanzvorschau null ab, und darum können wir sie bei bestem Willen nicht zur Kenntnis nehmen. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Abgeordnete Bammer.

**Abg. Mag. Dr. Bammer:** Danke Frau Präsidenten, werte Kollegen, hallo an alle Zuhörer und Zuhörerinnen! Peter Binder, du hast schon sehr viel gesagt, was mir auch vorschwebt. (Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.) Nämlich darf ich jetzt auch noch einmal den Zeitungsartikel von gestern zeigen, der eine Studie zitiert, dass jede dritte Person mit dem Gesundheitssystem unzufrieden ist. Wenn wir uns also hier herinnen in diesem hohen Haus in Oberösterreich hinstellen und sagen, es ist eh alles super, (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Manhal: „Das sagt eh keiner!“) dann ignorieren wir leider die Meinung von ganz vielen Menschen da draußen, auch vom Personal, die täglich die Patienten und Patientinnen versorgen, die Rahmenbedingungen stemmen. Das ignorieren wir hier, wenn wir sagen zum Beispiel, ja das mit dem Hausarzt geht eh noch ganz gut.

Ich möchte die zuständige Gesundheitsreferentin zitieren, die so beschreibt: Zu viele PatientInnen würden die Notambulanzen aufsuchen. Spitäler sind nicht das Auffangbecken für alle Versorgungen. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Manhal: „Das stimmt!“) Ja, das stimmt! Wo sind die Lösungen in Oberösterreich? Wo ist die Lösung unserer Verantwortlichen in der Landesregierung, im Ressort? Wo sind die Lösungen? Die Spitäler seien überlastet. Das Personal könne sich nicht mehr auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Das stimmt ganz genau! Wo sind die Lösungen? Geht es um Entlastung, bleibe der Hausarzt die erste Ansprechperson, so Haberlander. Stimmt absolut! 52 Kassenstellen, der Großteil von denen Allgemeinmediziner, sind in Oberösterreich nicht besetzt. Wir sind Spitzenreiter, bravo, wir können uns gratulieren. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Manhal: „Das ist aber keine Kompetenz des Landes!“) Wir sind Spitzenreiter, wie bei den schlechten Öffnungszeiten im Kinderbetreuungsbereich, sind wir wieder einmal Spitzenreiter. Bravo, wir können uns alle gratulieren! Was machen wir? Was macht die zuständige Landesregierung, das zuständige Ressort? (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Manhal: „Wir sind nicht zuständig in der Kompetenzverteilung!“) Danke, Sie sagen es, sie sind nicht zuständig. Hinter Zuständigkeiten verstecken, das kann man ganz leicht. Ihr seid natürlich dafür verantwortlich. Erklärt das euren Wählern und Wählerinnen, dass die Mama mit dem Baby keinen Kinderarzt mehr findet! Natürlich seid ihr dafür verantwortlich. (Zwischenruf Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb: „Wir alle! Ihr auch!“) Ihr habt Personen mit Parteibuch in allen Gremien, an allen Positionen, die man sich nur vorstellen kann. Sucht Gespräche und setzt etwas um, damit die Leute da draußen in ein paar Jahren auch noch gesundheitlich versorgt sind!

Wir sie sich vorstellen können, werden wir diesen Berichten nicht zustimmen können, genau aus diesen Gründen, weil wir nämlich das große Ganze sehen. Wir können das nicht getrennt vom Gesamtgesundheitssystem betrachten. Das ist unmöglich. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Manhal: „Was ist euer Vorschlag?“) Das ist nicht unser Anspruch, das ist ein hoch defizitäres

System, steigende Gemeindeanteile, wir lösen Rücklagen auf et cetera. Das System fliegt uns gleichzeitig draußen um die Ohren. Das System ist selbst erkrankt. Wir wissen das ja alle. Wir sind uns ja einig. Die Probleme sind ja da. Wir würden, würden wir hier zustimmen, einem System zustimmen, das uns spätestens in ein paar Jahren um die Ohren fliegt, das können wir nicht machen. Wir agieren verantwortlich. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke, Frau Abgeordnete! Als Nächste zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Präsident, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir haben wieder einmal eine Mittelfristplanung da. Das reiht sich ein in den Bericht der Gesundheitsanstalten und so weiter, im Gesundheitsfonds haben wir auch die Mittelfristplanung. Da gibt es zwei Zugänge. Präsident Binder hat es angesprochen. Ein Zugang ist ablehnen, weil alles zu wenig ist, weil da zu wenig drinnen ist, weil man da einen besseren Rahmen abstecken soll, damit man eben schon das Gefühl der Freiheit den Verantwortlichen mitgeben kann. Es ist ein Zugang, den man natürlich auch unterstützen kann, keine Frage.

Es gibt auch den zweiten Zugang, annehmen und vertrauen darauf, dass die Geschäftsführung und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung da das Bestmögliche hineinschreiben. Hineinschreiben, deshalb sage ich das so despektierlich, weil das natürlich immer einem Änderungsprozess unterlaufen ist. Ich habe es mir angeschaut, es ist keine Fünfjahresplanung die gleiche wie vorher. Es werden immer die Parameter eingefügt. Ich kenne es auch aus dem eigenen System heraus, in der Gemeinde und so weiter, wenn es dann über diese Planungen drüber geht, hat noch nie jemand gesagt, wenn es notwendige Ausgaben waren, das machen wir nicht. Ganz im Gegenteil, gerade im Gesundheitsbereich muss man da sowieso drüber gehen, und wenn die Gegebenheiten da sind, wird man das auch machen. Dazu sind auch die Aufsichtsräte in den beiden Landesunternehmen, aber natürlich auch in den Ordenskrankenhäusern da.

Wir haben eine ganz klare Vereinbarung, die hilft den Ordenskrankenhäusern genauso wie den Landeskrankenhäusern. Das ist die Abgangsdeckung, die bei den Ordenskrankenhäusern 99 Prozent, bei den Krankenhäusern 100 Prozent vom Land und den Gemeinden getragen wird. Dieser Krankenanstaltentopf ist kein kleiner in den Gemeinden. Das können mir die Bürgermeister bestätigen. Der wächst auch kontinuierlich, weil das Ausgaben sind, um die Versorgungssicherheit zu garantieren. Wir haben viele Variablen, die wir da miteinrechnen müssen in einer Vorschau und in so eine Planung. Die Variablen, welche Einnahmen haben die Krankenkassen, das heißt, wie schaut der Punktwert im Endeffekt aus, wie viele Leistungen wären wirklich notwendig, man plant ja auch die Leistungen vorab, wieviel Personal brauche ich dann dort dazu, wie ist die Preisentwicklung der Pharmaindustrie? Das ist heute schon angesprochen worden, die Pharmaindustrie und diese individuellen Medikamente, wie Krebsmedikamente, sind natürlich teuer, aber auch notwendig. Da wird sicher in keinem Krankenhaus in Oberösterreich gespart. Wie ist die Verbesserung, was zum Beispiel die Telemedizin angeht? Kann man da gewisse Sachen einsparen und kann man da Effizienzen haben? Kann man zum Beispiel in einer besseren strukturellen Veränderung auf Landesebene in den Ordinationen in anderen Zentren Verbesserungen schaffen? Das heißt, können wir mit den Maßnahmen, die gesetzt werden, und Oberösterreich und auch der Bund machen etwas, was Maßnahmen angeht, damit eben die Ambulanzen entlasten?

Die Wirkungen kann man auch schwer beschreiben, weil auch ein Umgewöhnungseffekt bei den Patientinnen und Patienten eintreten muss. Wie gesagt, wenn ich ein Wehwehchen habe,



dann will ich gleich etwas, und am besten schon gestern und nicht erst morgen. Das ist auch die Unzufriedenheit, weil wir einfach zu einem Selbstbedienungsladen geworden sind, weil es selbstverständlich war, dass wir immer alles gleich bekommen. Da müssen wir auch umdenken. Ich habe zuerst schon gesagt, es geht um Gesundheitskompetenz, es geht um Gesundheitsförderung, damit ich nicht bei jedem sofort auf die höchste Ebene gehen muss, auf das teuerste Instrument gehe. All diese Parameter kann man schwer einplanen. Trotzdem glaube ich, dass immer die Vorausschau ein wichtiger Bereich ist, weil es einen Pfad vorgibt. Ich kann den Pfad breiter machen, wenn ich weiß, ich komm sowieso nicht dort hin, dann ist seriös zu sagen, das ist unsere Vorschau, und wenn wir mehr brauchen, dann werden die Landesregierung, die Aufsichtsräte und so weiter ja sagen.

Es heißt überhaupt nicht, dass ich mit dem Gesundheitssystem, so wie es jetzt ist, zufrieden bin, nein überhaupt nicht, Kollegin Bammer, das ist das Letzte, was ich bin. Du kennst mich und weißt auch, in welchen Bereichen ich aktiv bin oder welche Anträge wir schon eingebracht haben, um genau dieses Gesundheits- und Pflegesystem in Oberösterreich gemeinsam zu verbessern. Es kann nicht so weitergehen. Da müssen wir uns bei dem Finanzrahmen etwas überlegen. Da müssen wir schauen, was es heißt, was tragen die Kassen mit, wo sind die Krankenkassen in den Ambulanzen gedeckelt? Warum haben die Krankenkassen nichts dagegen, wenn die Ambulanzen übergehen? Dort sind die Zahlen ganz klar gedeckelt, aber draußen muss 100 Prozent die Kassa bezahlen. Da muss man einfach hinschauen, wer die Player sind, die da mitspielen, von der Ärztekammer angefangen bis über die Gesundheitskassen. Warum wehren sich Ärztekammern bei bestimmten Bereichen, wo ein bisschen in das System eingegriffen wird? Warum haben wir denn so viele Wahlärztinnen und Wahlärzte? Das ist heute schon angesprochen worden, wir müssen da einen anderen Drive draufbringen. Wenn wir uns das anschauen, wer aller eine Praxis hat, wer im Krankenhaus arbeitet und eine Wahlarztpraxis hat, wenn man das erfährt, was macht er in der Wahlarztpraxis, was zahle ich mir selber, weil ich auch eine gute Krankenkasse habe, weil ich es mir leisten kann. Ich weiß, dass viele Leute das gar nicht machen können.

Wir müssen ganz klar schauen, wie wir die Strukturen nachhaltig klar ändern können. Wir können sie nicht so lassen wie bisher. Die Verantwortlichkeiten und die geteilte Finanzierung, seitdem ich im Gesundheitssystem bin, und das ist schon sehr lange, weil ich dort auch gearbeitet habe und Abrechnungen auch gemacht habe, diese Verquickung der einzelnen Zahlungsströme, wo ganz wenige über alles bestimmen und leiten können und steuern können, ist ganz schwierig, wenn man da nicht klare Strukturen hineinbringt. Ich kann mich erinnern, wie Landeshauptmann Pühringer als Gesundheitsreferent nach Wien gefahren ist und gesagt hat: Jetzt schaffen wir die Finanzierung aus einem Topf. Das war eine Überschrift, das haben wir als Zielsteuerung immer drinnen. Wir haben nach wie vor zwei Töpfe und meistens auch noch einen dritten dazu, weil es irgendwelche Sonderunterstützungen von Bundesseite braucht, weil sie mit den Mitteln nicht auskommen.

Das ist unser System, was so krank macht, auch die fehlgeleiteten Patientinnen und Patienten. Wir hätten die Strukturen, sowohl die niedergelassenen Ärzte und Ärztinnen, wir können jammern, dass wir ein paar Stellen nicht besetzt haben, wir haben die PVS, wir haben nur ganz wenige wirkliche Pflegestützpunkte. Was zum Beispiel die Pflege alles übernehmen kann, in der Vorbeugung, in der aufsuchenden Sozialarbeit, was wir abwenden können und wo wir die Leute unterstützen können, damit sie nicht ins Krankenhaus gehen müssen. Da müssen wir hinschauen, wie wir die Strukturen dahingehend ändern können, dass der Mensch im Mittelpunkt ist, dass die Arbeitsbedingungen für die Tätigen, vom medizinischen Personal bis zum Gesundheitspersonal, alle gut arbeiten können und wie wir es auch finanzieren können, auch für uns in den Gemeinden.

Wenn wir keinen Spielraum mehr haben, weil wir alles für das Krankenhaus und für die Pflege ausgeben, dann werden wir einfach nicht mehr diese Infrastruktur schaffen können, die es für die Gemeinden und für die Bürgerinnen und Bürger lebenswert macht, bei uns in den Gemeinden zu leben. Wir müssen dann an mehreren Strängen ziehen. Der Gesundheitsminister versucht es gerade. Wie man in den Medien liest, ist es eine Mammutaufgabe, alle neun Bundesländer an den Tisch zu bringen, den Bund, die Kassen, die Ärztekammer und so weiter. Bei gewissen Sachen muss man einmal Pflöcke einschlagen, dann redet man mit der nächsten Abteilung. Sonst kommt man auf gar keinen grünen Zweig. Das wollen wir nicht. Wir wollen gesunde Strukturen haben und das im Finanzausgleich so geregelt haben, dass man als Gemeinde, als Land dann gut leben kann. Das muss unser Ziel sein, dass wir unsere Strukturen in Oberösterreich so aufstellen, dass die Gesundheitsversorgung und die Pflegeversorgung für alle Menschen gesichert sind, ganz gleich, wo sie wohnen. Danke! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke! Als Nächste ist Präsidentin Sabine Binder zu Wort gemeldet.

Abg. Präsidentin Sabine **Binder:** Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie! Gleich vorweg, wir Freiheitlichen werden der mittelfristigen Finanzvorschau der Oberösterreichischen Gesundheitsholding und der mittelfristigen Finanzplanung der KUK GmbH für die Jahre 2023 bis 2027 zustimmen.

Die Gesundheitsholding investiert bis 2027 über 200 Millionen Euro. Wenn man sich die Planungen anschaut, erkennt man rasch Projekte, die unser Land versorgungstechnisch spürbar verbessern, beispielsweise der Masterplan 2025 im Klinikum Schärding, mit Ambulanzen, Akutgeriatrie und Palliativstation und Krankenpflegeschule, wird umgesetzt. Oder auch die ersten Schritte des Masterplans 2030, wo im Klinikum Freistadt massiv ausgebaut wird. Auch am Standort Kirchdorf gibt es einen umfassenden Ausbau. Zudem wird an den Plänen der Stationssanierung im Salzkammergut Klinikum am Standort Bad Ischl bereits gearbeitet. Alles Beispiele dafür, um die ländliche Versorgungssicherheit zu stärken.

Natürlich nimmt auch die Digitalisierung in der Oberösterreichischen Gesundheitsholding GmbH ihren Lauf. In Steyr wird ein Schwerpunkt auf Roboterchirurgie gelegt, außerdem gibt es zahlreiche Investitionen in Großgeräte. Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist nicht alles ganz schlimm und alles ganz schwarz. Es wird investiert, um die Gesundheitsversorgung am Stand der Technik zu erhalten.

Auffallend ist, dass mit dem Jahr 2025 die Aufwände der Oberösterreichischen Gesundheitsholding GmbH erstmals die Milliardengrenze überschritten wird. Auch hier macht die Teuerung nicht Halt. Ein Grund auch sind dafür die steigenden Energiekosten. Die Gesundheitsholding hat allerdings stets bewiesen, dass sie auf umfassende Herausforderungen flexibel reagiert und sich rasch an alle aktuellen Rahmenbedingungen anpassen kann. Das ist für ein Unternehmen mit zigtausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einem breit gefächerten Aufgabenfeld alles andere als leicht.

Ich möchte mich deshalb im Namen meiner Fraktion der FPÖ abschließend bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Oberösterreichischen Gesundheitsholding GmbH recht herzlich bedanken und auch bei der Geschäftsführung rund um Dr. Franz Harnoncourt, Dr. Harald Schöffl und Mag. Karl Lehner. (Beifall)

Man darf auch mal danke sagen und das ist gut, gell Frau Kollegin Bammer. Ein paar Eckpunkte möchte ich noch zur KUK GmbH erwähnen. Knapp 300 Millionen Euro werden investiert, und es werden 200 Planstellen aufgebaut, ein klares Bekenntnis zum Aufbau der Versorgungssicherheit. Am Neuromed Campus sind das psychiatrische Versorgungszentrum sowie ein neues Kühlsystem in Umsetzung. Nächstes Jahr wird bereits die Generalsanierung der Stationen und Ambulanzen im Bau A und Bau B umgesetzt, da ist kostentechnisch natürlich alles auf Soll. Danach beginnen bereits die Sanierungen der Intensivstationen und der Radiologie. Zudem befindet sich der neue Bett- und Funktionstrakt inklusiver zentraler Betriebsküche in der Planungs- und Umsetzungsphase. Diese Investitionen machen die KUK GmbH weiterhin zu einem der umfassendsten und der modernsten Spitalskomplexe, die Versorgungsaufgaben des ganzen Bundeslandes abdeckt und wo hochwertige Spitzenmedizin stattfindet.

Geschätzte Damen und Herrn, mit der Kepler Universitätsklinikum GmbH ist das Land Oberösterreich in der Medizin, in der Lehre und der Forschung auf höchstem Niveau. Daher können wir mit Stolz auf das Lehr- und Forschungsgebäude der medizinischen Fakultät blicken.

Ich möchte abschließend hier auch noch einmal an dieser Stelle meinen aufrichtigen Dank an die gesamte Belegschaft des KUK aussprechen, dem Management, der gesamten Ärzteschaft, dem gesamten Pflegepersonal und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung. Sie alle leisten Großartiges, auch wenn es zurzeit wirklich sehr, sehr schwer ist. Ich wünsche noch alles Gute da draußen.

Wie eingangs erwähnt, wir stimmen diesen beiden Beilagen zu. Vielen Dank. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke Frau Präsidentin. Als vorläufig letzte Rednerin zu dieser Beilage ist Frau Abgeordnete Manhal zu Wort gemeldet. Bitte.

**Abg. Mag. Dr. Manhal:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Gesundheit der Menschen in Oberösterreich liegt uns am Herzen. Deswegen wird es in der Gesundheitsholding und im KUK einen kräftigen Investitionsschub durch den Oberösterreich-Plan geben. Präsidentin Binder hat ja etliche Einzelheiten dazu schon ausgeführt. Das ist auch richtig und wichtig, denn der demografische Wandel bedarf einer starken Gesundheitsversorgung. Genau darin, in einer starken Gesundheitsversorgung, besteht auch das Ziel in der Gesundheitspolitik in Oberösterreich.

Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land gesund leben können. Das bedeutet, die Versorgung stark zu halten und die Vorsorge zu stärken. Das bedeutet, medizinische Versorgungsleistungen sicherzustellen und weiterzuentwickeln. Genau darauf zielen die Investitionen in der Gesundheitsholding und im Kepler-Uniklinikum ab, die in den beiden mittelfristigen Finanzvorschauen auch abgebildet sind.

Wenn Präsident Binder zuerst von einer sicheren, guten, qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung im Krankenhausbereich gesprochen hat, dann sind wir in Oberösterreich darauf stolz, und dann ist es auch unser Anspruch, dies in Zukunft sicherzustellen.

Nachdem Kollege Grünberger einen besonderen Fokus auf die Häuser der Gesundheitsholding in den Regionen gelegt hat, möchte ich die KUK in den Mittelpunkt meiner Überlegungen stellen, und hier zeigt sich auch erfreulicherweise, dass es trotz der Bewältigung

der COVID-Pandemie und laufender großer Herausforderungen im Personalbereich im Geschäftsjahr 2022 gelungen ist, zahlreiche Meilensteine zu etablieren.

Zum einen konnte das medizinische Leistungsspektrum weiterentwickelt und ein weiterer Lehrstuhl besetzt werden. Zum anderen wurden wichtige Infrastrukturprojekte begonnen beziehungsweise weitergeführt. Am Neuromed Campus erfolgte der Spatenstich für neues psychiatrisches Versorgungszentrum. Mit der Entscheidung im Rahmen eines Architekturwettbewerbes wurde der Grundstein für die weitere Planung des Kinderzentrums sowie der Betriebsküche inklusive des Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterrestaurants am Med Campus gelegt.

Ja, es gibt Herausforderungen im KUK. Ich will das ganz klar ansprechen. Die Belegschaft ist belastet wie in anderen Spitälern in der Gesundheitsholding, wie in anderen Spitälern in ganz Österreich und Europa auch, und das Personal ist knapp wie in vielen anderen Branchen und wie in vielen anderen Bereichen auch. Zusätzlich kommt beim KUK die Umstellung auf ein Uniklinikum und die Zusammenführung von drei Häusern und damit drei Betriebskulturen hinzu. Ja, all das führt zu Unsicherheit, und das führt auch zur Unruhe. Das muss ernst genommen und da muss auch gehandelt werden.

Wenn Kollege Binder zuerst eine Erhöhung der Attraktivität der Arbeit im Krankenhaus eingefordert hat, dann kann ich dich beruhigen. Im KUK passiert in diesem Bereich vieles. So wird mit einem Maßnahmenbündel intensiv daran gearbeitet, neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Unternehmen zu gewinnen. Zum Beispiel wurden vermehrt Unterstützungskräfte zur Entlastung der Pflege eingestellt.

Es gibt eine Pilotierung für den Einsatz von Sitzwachen auf den Bettenstationen, und es werden neue Ausbildungen angeboten. Weiters wird intensiv versucht, im Ausland Personal zu rekrutieren, und es werden auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ruhestand gebeten, die Teams zu unterstützen. Im Technik- und Reinigungsbereich kommen zudem vorübergehend Leasingmitarbeiterinnen- und mitarbeiter zum Einsatz, wo es notwendig ist.

Darüber hinaus gibt es seit Februar heurigen Jahres 14-tägige intensive Gespräche zwischen der Geschäftsführung beziehungsweise der kollegialen Führung und dem Zentralbetriebsrat, um die Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachhaltig zu verbessern. Diese regelmäßigen Gespräche tragen bereits Früchte, so werden etwa Kurse zur Verbesserung der Sprachkenntnisse für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund angeboten, und es wurden Möglichkeiten der Höherqualifizierung während des Dienstverhältnisses ausgeschrieben beziehungsweise geschaffen.

Ein weiterer Meilenstein konnte vor wenigen Wochen fixiert werden, nämlich die Ausweitung der Kinderbetreuung. Damit soll es Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglicht werden, Beruf und Familie zukünftig noch besser zu vereinbaren. Insgesamt sind es drei Maßnahmen, die Eltern zukünftig entlasten werden. Nämlich eine Sommer-Kinderbetreuung an beiden Standorten, die Errichtung einer Krabbelstube und eines Kindergartens am Med Campus sowie die Erweiterung der Tagesmütterbetreuung am Med Campus in der Übergangszeit.

Man sieht, von einer bloßen Fortschreibung des Systems kann keine Rede sein. Ganz im Gegenteil, Maßnahmen werden gemeinschaftlich erarbeitet und umgesetzt, wobei der Personalsituation oberste Priorität beigemessen wird. Ein weiterer Stellenaufbau ist geplant, was die kontinuierliche Entwicklung der Universitätsklinik zeigt.

Wenn Präsident Binder zuerst Luft zum Atmen eingefordert hat, dann darf ich dich beruhigen. Die Mitarbeiteranzahl in der Gesundheitsholding hat sich vom Jahr 2021 auf 2022 um 223 Köpfe erhöht, und dies wird auch weiterverfolgt werden. Aus den ablehnenden Wortmeldungen der SPÖ und auch der NEOS habe ich keine einzige konstruktive, von uns umsetzbare Maßnahme gehört. Für uns als ÖVP ist klar, wir wollen die begrenzten Ressourcen im Gesundheitswesen bestmöglich einsetzen. Wir wollen, dass gemeinschaftlich an Verbesserungsmaßnahmen gearbeitet wird und diese dann auch umgesetzt werden.

Aktionismus durch ablehnendes Stimmverhalten ist also nicht angebracht. Ich möchte einmal mehr einen Appell aussprechen: Reden wir unsere Spitäler nicht krank und kaputt, dafür gibt es keinen Grund. Durch das Schlechttreden werden die Herausforderungen nicht kleiner, sondern im Gegenteil größer. Denn wer arbeitet gerne in einem Krankenhaus, wo angeblich so vieles im Argen liegt? Wer bewirbt sich dort? Wer lässt sich dort behandeln? Daher Schluss mit der Verunsicherung, aus welchen Gründen auch immer. (Beifall)

Abschließend auch von unserer Seite ein Großes Danke an alle in der Gesundheitsholding und im KUK Tätigen sowie den Mitgliedern der Geschäftsführung und der kollegialen Führungen an der Spitze. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke Frau Abgeordnete. Ich melde mich jetzt nicht mehr zu Wort. (Heiterkeit) Noch eine Wortmeldung? Frau Bammer bitte.

**Abg. Mag. Dr. Bammer:** Danke. Noch einmal Hallo an alle, die jetzt zuhören, vielleicht neu dabei sind! Ich stehe jetzt ein zweites Mal heraus. Es wird nicht besser, sagt der Kollege vor mir. Ich glaube, es wird schon besser, wenn wir in diesem hohen Haus einmal klar stellen, die Realität ansprechen, eine Stimme da herinnen zu sein für die Leute da draußen, die uns ihre Anliegen schildern, die uns schildern, wie es ihnen tatsächlich als Patient geht, als pflegende Person, als Reinigungspersonal im Krankenhaus, als Fachärzte im Krankenhaus, diese Tatsachen hier herinnen anzusprechen ist nicht Schlechttreden. (Zwischenruf Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb: „Was ist der Vorschlag der NEOS?“) Was der Vorschlag der NEOS ist, fragt mich der Kollege der ÖVP.

Wir haben Ihnen ein Antragspaket, ein Maßnahmenpaket vorgelegt. Wir haben beim vorletzten Landtag eine aktuelle Stunde zum Gesundheitssystem eingeführt. (Zwischenruf Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb: „Was konkret?“) Von ihnen ist nur das Argument Schlechttreden gekommen und keine Kompromissfähigkeit oder Lösungsorientierung, die ihrerseits als Entscheidungsträger angegriffen wird, so agiert die Landesregierung in Oberösterreich, dass die Probleme der Menschen da draußen als Schlechttreden dargestellt wird. Danke. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke Frau Abgeordnete. Das Thema wird uns weiter beschäftigen, davon gehe ich einmal aus.

Mir liegt nun zu diesen Beilagen keine weitere Wortmeldung mehr vor, daher schließe ich die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über die Beilage 509/2023 ab. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zu dieser Beilage zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 510/2023. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 510/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass auch dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Somit kommen wir zur Beilage 511/2023, das ist der Bericht des Ausschusses für besondere Verwaltungsangelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Glücksspielautomatengesetz geändert wird. Ich bitte Herrn Abgeordneten Wolfgang Stanek, über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Stanek:** Beilage 511/2023, Bericht des Ausschusses für besondere Verwaltungsangelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Glücksspielautomatengesetz geändert wird. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 511/2023.)

Der Ausschuss für besondere Verwaltungsangelegenheiten beantragt, der Oö. Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Glücksspielautomatengesetz geändert wird, beschließen.

**Dritter Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Wechselrede, zu der ich dir gleich das Wort erteilen darf.

Abg. **Stanek:** Ich danke vielmals. Meine sehr geehrten Damen und Herren, da der Gesetzesentwurf einzig und alleine dem Ziel dient, den Verweis auf das Finanzausgleichsgesetz 2008 zu aktualisieren, ersuche ich um Zustimmung. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke für die effiziente und effektive Zustimmung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gruber.

Abg. **Gruber:** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren im Plenum, werte Damen und Herren auf der Galerie, geschätzte Landsleute via Livestream! Ja, in Summe kann ich mich dem Vorredner anschließen. Es geht auch um die Klarstellung zwischen den Ausgleichszahlungen an die Gemeinden, das möchte ich noch hinzufügen, dass ein kleiner Neuerungswert dabei ist. Ansonsten jede Verwaltungsvereinfachung- und Optimierung wird von uns unterstützt. Daher stimmen wir zu. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke Herr Abgeordneter. Ich darf nun Herrn Abgeordneten Tobias Höglinger das Wort erteilen.

Abg. **Mag. Höglinger:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher hier im hohen Haus und in ganz Oberösterreich, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz so einfach ist es nicht. (Zwischenruf Abg. Gruber: „Für dich!“ Heiterkeit.)

Ich erkläre es euch. Es ist ja, wie die Kollegen schon dargestellt haben, eine vergleichsweise kleine Gesetzesänderung, aber man muss schon zwei Sachen gesondert betrachten. Einerseits die rechtliche Grundfrage und natürlich damit auch verbunden die politische Vorgangsweise.

Zum Sachverhalt vorerst noch einmal. Was ist passiert? Herr Kollege Stanek hat es angedeutet, die Finanzdirektion stößt auf einen vermeintlichen Fehler im Glücksspielautomatengesetz, also eine Materie, die in das Ressort von Landesrat Lindner fällt.

Soweit so gut, das passiert wahrscheinlich in unterschiedlichen Konstellationen regelmäßig, wobei über den gefundenen Fehler wird noch zu reden sein.

Jetzt wird es aber kurios, weil normalerweise muss man sich in einer funktionierenden Verwaltung vorstellen, so stelle ich mir das vor als langjährig in der Privatwirtschaft Tätiger, dass die Abteilung, die den Fehler findet, auf die Abteilung und das Ressort zugeht, in dessen Zuständigkeitsbereich das Gesetz fällt. Da hätte man dann eine Regierungsvorlage erarbeiten und den Gesetzgebungsprozess starten können. So war es aber nicht.

Für mich etwas überraschend waren die Aussagen von Seiten der Finanzdirektion im Ausschuss, dass man sich selbst und damit das Finanzressort als zuständig erachtet hat für diesen Passus. Mag sein. Nehmen wir einmal an, dass es so sei. Dann wäre auch hier der nächste Schritt gewesen, dass der Finanzreferent, der Herr Landeshauptmann, eine Regierungsvorlage einbringt in guter Gewohnheit und im Sinne des berühmten oberösterreichischen Miteinander gemeinsam oder zumindest in Absprache mit dem, jedenfalls für den großen Rest des Gesetzes, zuständigen Regierungsmitglied. So ist es auch nicht gewesen.

Zugegeben, es sind teils schwierige Abgrenzungsfragen in der Geschäftsverteilung in der Landesregierung. Damit hat man sich nicht so befasst, sondern einfach die Zuständigkeitsfrage in guter alter ÖVP-Manier beantwortet. Die Landesregierung sind wir. Dörfel komme und kümmere dich darum! (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Natürlich!“) Du bist ein verlässlicher Diener deines Herren, das passt eh. Also hat die ÖVP gemeinsam mit der FPÖ einen Initiativantrag eingebracht. Das ist in politischer Hinsicht etwas merkwürdig, darüber haben wir schon öfters geredet, bei Gesetzen. Im Hinblick auf die zu Grunde liegende Rechtsfrage ist es zumindest ungeschickt, vielleicht sogar nachteilig für die Rechtssicherheit.

Warum? Ausgangslage ist die Bestimmung im Glücksspielautomatengesetz, die bei der Verteilung der den Gemeinden zustehenden Erträge aus dem Gesetz auf eine Bestimmung im Finanzausgleichsgesetz 2008 verweist, das seit fünf Jahren nicht mehr in Kraft ist. Das ist an sich juristisch kein Problem, weil es sich dabei um einen Verweis handelt, um einen statischen Verweis, und das Bundesgesetz, auf das sich dieser Verweis bezieht, ist eindeutig. Das heißt, es ist zulässig. Wenn das Gesetz nicht mehr gilt, dann gilt es in dieser Form, wie es beschlossen worden ist, weiterhin im Rahmen der oberösterreichischen Rechtsmaterie.

Man hat das offenbar damals so wollen. Der Gesetzgeber hat das so beschlossen. Der Oberösterreichische Landtag hat das so beschlossen. Das heißt, man wollte diese Aufteilung ganz offensichtlich in dieser Form, und dafür spricht ja auch aus juristischer Sicht, aus der Betrachtung der Vergangenheit, dass es seit 2017, als das Finanzausgleichsgesetz abgeändert worden ist, ja zur Gänze ersetzt worden ist, es bereits mehrere Landesgesetze gegeben hat, die das Glücksspielautomatengesetz überarbeitet haben, aber dieser Passus ist nicht verändert worden.

Es hat vielleicht damit etwas zu tun, dass in dieser Zeit ein Regierungsmitglied der FPÖ für die Materie zuständig war, aber das ist wieder maximal für die politische Bewertung des Vorgangs interessant und nicht für die rechtliche. (Zwischenruf Abg. Bgm. KommR Ing. Klinger: „Für was bin ich wieder schuld?“)

Zurück zum Recht. Anders als es in der Begründung der Beilage vorgebracht worden ist, schafft dieser Passus, um den es geht, keine unmissverständliche Rechtsgrundlage, im Gegenteil, es ist klar gültig.

Jetzt haben wir den Initiativantrag von der ÖVP und der FPÖ, in dem steht drinnen, und diese vorgeschlagene Formulierung ist nämlich genau nicht juristisch klar und unmissverständlich, ich nehme zur Kenntnis, dass der Verfassungsdienst uns im Ausschuss gesagt hat, dass er offenbar dynamische Verweise etwas weiter zulässig sieht, als dies in meiner Studienzeit, die schon eine Zeit her ist, der Fall war. Soll so sein. Es ist aber nicht so, dass nur verwiesen wird auf eine Rechtsnorm oder auf Rechtsnormen, sondern es wird verwiesen auf einen inhaltlichen Punkt, nämlich auf den abgestuften Bevölkerungsschlüssel im Sinne der jeweils geltenden finanzausgleichsrechtlichen Regelungen.

Sollte jetzt einmal dieser abgestufte Bevölkerungsschlüssel abgeschafft werden, etwas, was ihr ja meines Wissens auch immer wieder durchaus kritisiert, dann ist diese Regelung, die ihr jetzt beschließt, erst recht ungültig oder hat keine Aussage mehr. Dann haben wir eine unmissverständliche Rechtsgrundlage. Ihr werdet dann wieder einen Initiativantrag machen und schnell reparieren. (Zwischenruf Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb: „Warum soll ein Kopf vom Land billiger sein als von der Stadt?“) Wir reden nicht über das, Herr Kollege. (Unverständliche Zwischenrufe) Ihr kritisiert den abgestuften Bevölkerungsschlüssel, und jetzt schreibt ihr ihn hinein, und wenn er abgeschafft wird, dann gilt dieser Passus nicht mehr.

Diese Regelung schafft jetzt genau die missverständliche Rechtsgrundlage, die sie vorgibt, abschaffen zu wollen. Das alles wäre sauber zu klären gewesen. Man macht eine Regierungsvorlage. Man macht ein normales, reguläres Gesetzgebungsverfahren mit entsprechender Begutachtung, wo auch die Zulässigkeit und die Richtigkeit dieses Verweises geprüft worden wären. Die hat es nicht gegeben, obwohl alle wissen, dass gerade im Ressort an einer Novelle des Glückspielautomatengesetzes aufgrund eines VfGH Erkenntnisses gearbeitet wird, und das noch vor dem Sommer in Begutachtung geschickt werden wird.

Wenn aber die Änderung, wie dargelegt, rechtlich nicht so zeitkritisch ist, das ist ja sogar gesagt worden im Ausschuss, und trotzdem nicht ÖVP und FPÖ auf die anstehende Überarbeitung abstellen wollten, muss man sich zwangsweise das politische Prozedere anschauen und beleuchten. Es ist nämlich wieder einmal ein wunderbares Beispiel dafür, was die ÖVP meint, wenn sie von Miteinander und vom Gemeinsamen und von der Gemeinsamkeit in der Verhältnis- und Gemeinschaftsregierung von Thomas Stelzer spricht. Es gibt dieses Miteinander schlichtweg nicht. Es wäre einfach gewesen, die betroffenen Abteilungen stimmen sich ab, die zuständigen Referenten, wenn es denn wirklich mehrere waren, die zuständig waren, reden miteinander. Man weist auf den vermeintlichen Fehler hin, akzeptiert die rechtlich abgesicherte Vorgangsweise im Rahmen der anstehenden Novelle.

Aber die ÖVP unter Thomas Stelzer kann das einfach nicht, miteinander und gemeinsam sind leere Worthülsen für euch. (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Jetzt übertreibe nicht!“) Was für eine kleinliche Vorgangsweise, nur um aufzuzeigen, wer in dem Land, wer in der Regierung der Chef ist. (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Das ist nun einmal der Landeshauptmann!“) Warum? Weil wir nicht mehr so brav sind, euer Märchen aufrechtzuerhalten, dass die SPÖ schuld sei, dass es in Oberösterreich noch immer den Proporz gibt, dass ihr ja eigentlich eh so wahnsinnig modern wärt, aber die anderen sind schuld. (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Der Landeshauptmann ist nun einmal der Chef!“)

Gut, jetzt habt ihr bewiesen, dass ihr alleine, in Wirklichkeit der Landeshauptmann, entscheidet, wie selbst Kleinigkeiten in der Regierung bearbeitet werden. Aber zu welchem Preis? Man hat wiedergesehen, dass ihr nicht an Gemeinsamkeit und Miteinander interessiert seid. Das sind leere Worthülsen, um eure inhaltliche Leere und die fehlenden Antworten auf



die Probleme der Menschen in dem Land zu kaschieren. (Zwischenruf Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb: „Man muss auch wollen!“)

Einmal mehr wird deutlich, dass der Proporz nicht mehr funktioniert, einfach weil die ÖVP gar nicht will und wahrscheinlich auch gar nicht kann. Es gäbe also viele Gründe, dieser Gesetzesänderung nicht zuzustimmen, aber Landesrat Michael Lindner und wir nehmen unsere Aufgabe ernst und wir wollen Gemeinsamkeit leben, dort wo wir durch die Proporzregierung in die Lage versetzt werden, Verantwortung zu übernehmen. (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Stimmt ihr jetzt zu oder nicht?“) Deshalb stimmen wir der vorliegenden Beilage trotz der dargelegten Bedenken zu. (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Super!“ Beifall.)

**Dritter Präsident:** Danke, Herr Abgeordneter! Jetzt könnt ihr dann im Protokoll genau nachlesen, Christian, ja! Mir ist nun niemand mehr zu Wort gemeldet. Daher schließe ich die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung, nachdem ja auch nach der letzten Wortmeldung klar ist, wer zustimmt. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 511/2023, Bericht des Ausschusses für besondere Verwaltungsangelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Glücksspielautomatengesetz geändert wird, zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 512/2023. Das ist der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zum Generellen Projekt Grünaubach (flächenwirtschaftliches Projekt) an der L549 Almsee Straße bei km 6,120 in der Gemeinde Grünau im Almtal, und ich bitte den Abgeordneten David Schießl über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Schießl:** Beilage 512/2023, Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zum Generellen Projekt Grünaubach (flächenwirtschaftliches Projekt) an der L549 Almsee Straße bei km 6,120 in der Gemeinde Grünau im Almtal.

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 512/2023.)

Der Ausschuss für Infrastruktur beantragt, der Oö. Landtag möge die finanzielle Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

**Dritter Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung. Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Handlos.

Abg. **Handlos:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Zuseher, liebe Kollegen! In der Beilage 512/2023 werden Maßnahmen gesetzt, mit denen auf die deutliche Erhöhung der Gefährdungslage im Almtal reagiert wird. Auslöser für diese Verschärfung der Gefährdungslage sind verschiedenste Hochwasser-, Sturm- sowie Borkenkäferereignisse in den letzten Jahren.

Neben zahlreichen Sofortmaßnahmen erfolgt nun, wie in der Beilage erläutert, ein umfassendes Schutzkonzept zur nachhaltigen Verbesserung des Schutzes vor Wildbach-, Lawinen- und Erosionsgefahren. Der Inhalt dieser Beilage ist Ihnen bekannt. Ich bedanke mich an dieser Stelle für die einstimmige Annahme im Ausschuss und ersuche auch hier im hohen Landtag um Ihre Zustimmung. Vorab bereits vielen herzlichen Dank! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke, als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Raffelsberger.

Abg. Bgm. **Raffelsberger:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen hier im hohen Haus, geschätzte Zuhörerinnen, geschätzte Zuhörer auf der Galerie! Ja, die Wildbach- und Lawinenverbauung war schon im letzten Landtag Thema, damals mit dem Rechnungshofbericht, dem Bundesrechnungshofbericht, und in diesem Bundesrechnungshofbericht wurden Empfehlungen abgegeben, und eine dieser Empfehlungen ist die, dass man künftig wieder mehr auf die Instandhaltung der bestehenden Schutzeinrichtungen der Wildbäche schauen soll, dass man da einen Blick darauf werfen soll, dass man mehr sanieren soll, und dieses Projekt hier am Grünaubach stößt genau in diese Richtung. Das ist auch wichtig, weil die letzten Maßnahmen, die am Grünaubach gesetzt worden sind in den 1950er-Jahren, waren nämlich Präventivmaßnahmen, gearbeitet wurde immer wieder dort, weil es nach Hochwasserereignissen sehr oft dort auch Maßnahmen gebraucht hat.

Der Bundesrechnungshof hat uns mitgeteilt oder laut seinem Bericht gesagt, dass die Hälfte aller Anlagen, die wir haben, in einem sehr guten und guten Zustand sind, aber immerhin zehn Prozent in einem schlechten oder weniger guten Zustand, und zwei Prozent dieser Anlagen sind überhaupt zur Gänze nicht mehr funktionsfähig. Jetzt wird am Grünaubach genau dort in diese Richtung gearbeitet. Diese Anlagen werden saniert, repariert, aber es wird auch neu gebaut, vor allem im Oberlauf braucht es Geschiebesperren, es braucht Wildholzrechen, es braucht Rückhaltebecken und vieles mehr. Ziel ist es, dass wir den Siedlungsraum in Grünau im Almtal sichern.

Der Herr Klubobmann hat gesagt, wenn wir schon in Grünau sind, soll ich auch was zum Kasberg sagen, sage ich gern in dieser Runde. In diesem Projekt ist auch eine Lawinenverbauung drinnen, nämlich eine Lawinenverbauung in der Madlries, und die Schifahrer unter uns wissen, was die Madlries ist, das ist die Talabfahrt des Schigebietes Kasberg. Und da trifft es mich schon ein bisschen emotional auch, ich hoffe doch, dass dieses Projekt, das auf 15 Jahre ausgelegt ist, auch diese Lawinenverbauung bauen wird, weil das nur dann gemacht wird, wenn es künftig auch einen Schibetrieb gibt am Kasberg und von daher, denke ich, ist es ganz, ganz wichtig, dass diese Lawinenverbauung auch errichtet wird.

Was kostet das Ganze? 15 Millionen Euro, also eine Summe, die nicht ganz unerheblich ist. Heute reden wir eigentlich aber nur über einen ganz kleinen Prozentsatz, den wir heute beschließen müssen, nämlich zwei Prozent, 300.000 Euro, der Anteil der Landesstraßenverwaltung. Für uns ein sehr gutes, sehr wichtiges Projekt, daher unsere Zustimmung. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke, Herr Abgeordneter! Als Nächstem darf ich dem Abgeordneten Mario Haas das Wort erteilen.

Abg. **Haas:** Ja, geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher! Das Leben am Land und das Leben im Gebirge ist etwas Wunderschönes, und wer mich kennt, der weiß, dass ich das mit vollster Überzeugung sage. Aber natürlich gibt es da gewisse Nachteile auch, über manche wissen wir schon länger Bescheid, dass man halt weitere Wege hat, bis man in die Zentralräume kommt, dass man längere Wege auf sich nehmen muss und dass die Verbindungen des öffentlichen Verkehrs nicht immer so sind, wie wir uns das vorstellen oder wie wir es gerne hätten.

Mit anderen Veränderungen oder Herausforderungen sind wir aber zunehmend konfrontiert, die man früher vielleicht weniger mit dem Leben am Land und mit dem Leben im Gebirge verbunden hat, und die hängen sehr stark auch mit den Klimaveränderungen zusammen und vorwiegend auch mit zunehmenden Extremwetterereignissen. Wir alle kennen Bilder und Beispiele vom schlagartigen Anstieg von Wasserspiegeln in unseren Wildbächen, die dann auf ihrem Weg raus aus dem Gebirge alles Mögliche mitreißen, was sich ihnen in den Weg stellt, das geht von den Bäumen, über Häuser, über Brücken und auch über Straßen, über die wir uns ja da heute dementsprechend in diesem Antrag unterhalten.

Und deshalb ist es so wichtig, dass es immer wieder Projekte auch der Wildbach- und Lawinerverbauung gibt, und ich möchte das an dieser Stelle auch wieder ganz deutlich hervorheben, die Wildbach- und Lawinerverbauung ist gerade für jene Menschen, die in diesen Gebieten leben, zum Beispiel wie wir sie im Almtal haben, über das wir heute sprechen, einfach ein ganz wichtiger Partner, und die Projekte der Wildbach- und Lawinerverbauung sind einfach existenzsichernd, muss man da ganz klar auch dazusagen.

Die Vorredner haben dementsprechend auch schon vorgebracht, um welche Bereiche es geht und dass es 15 Millionen Euro insgesamt sind, die da investiert werden, wovon, und das möchte ich da auch ganz klar noch einmal hervorheben, nicht nur, aber vorwiegend die Gemeinde Grünau profitiert, aber auch sämtliche Gemeinden, die entlang des Grünaubaches und der Alm dann weiter da betroffen sind. Und wir beschließen heute nur einen kleinen Teil, das hat der Kollege Bürgermeister Raffelsberger auch schon ausgeführt, das sind 300.000 Euro. Nichtsdestotrotz trotzdem wichtig, dass wir es heute beschließen. Wir sind da sehr, sehr gerne dabei und sichern auch mit unser aller Beschluss, und da bitte ich heute auch um Zustimmung von allen, diesen Siedlungsraum im Almtal dementsprechend ab. Dankeschön! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke für die Erläuterungen! Als Nächste bitte ich die Abgeordnete Dagmar Engl ans Redner/innenpult.

Abg. **Mag. Engl:** Danke Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher! Zur Beilage ist jetzt schon sehr viel gesagt worden. Der Grund der Schäden, ich fasse die Gründe noch einmal zusammen, das sind Jahrhunderthochwasser 2002 und Folgehochwässer 2005, 2006, 2010, 2013, 2014, Lawinenabhänge und umfangreiche Sturm- und Borkenkäferschäden. Wenn man den Begriff Jahrhunderthochwasser sich vor Augen führt und dann die Zahlen, die ich gerade vorgelesen habe, nacheinander reiht, dann sieht man, dass Jahrhunderthochwässer heutzutage nicht mehr unbedingt alle 100 Jahre stattfinden.

Ganz zu Beginn möchte auch ich sagen, dass auch wir dieser Mehrjahresverpflichtung selbstverständlich unsere Zustimmung erteilen. Die Gesamtkosten, haben wir schon gehört, der Oberösterreich-Anteil, zwei Prozent aus den Gesamtbaukosten von 15 Millionen Euro, entspricht 300.000 Euro bei dieser Beilage.

Ich würde aber schon ganz gern noch einmal ergänzend einen Aspekt hervorheben, nämlich die Anlässe noch einmal ein bisschen zu beleuchten, warum wir uns mit derartigen Schadensbehebungen überhaupt beschäftigen müssen. Wir haben natürlich bei jedem Projekt eine große Summe an Kosten, wenn wir diese Schäden beheben müssen, wenn wir die Bevölkerung in der Region, das hat der Kollege Haas gerade gesagt, natürlich schützen müssen und alles versuchen, dass keine weiteren Schäden auftreten.

Da reden wir natürlich über viel Geld und über hohe Kosten, aber ich möchte ganz gern schon noch einmal bewusst in Erinnerung rufen, wie hoch die Kosten der Klimakatastrophe sind, wenn wir nichts tun. Und dadurch, dass diese Projekte, also diese Investitionen notwendig sind, weil sie durch die Erderhitzung, durch die Klimaerwärmung, durch die Klimakatastrophe verursacht sind, weil das sind die Sturmschäden, das sind aber auch die Borkenkäferschäden, weil auch der Borkenkäfer, die Ausbreitung steigt, wenn die Temperaturen steigen und beides, also alle diese Schäden haben mit der steigenden Erderhitzung zu tun.

Und das wird in Zukunft ja nicht besser werden, sondern wir haben ja heute schon öfter darüber gesprochen, in Zukunft wird es ja leider noch schlimmer werden. Und wenn man sich die Kosten der Klimakrise anschaut, dann gibt es da immer unterschiedliche Berechnungsmethoden. Die einen sprechen von einer bestimmten Anzahl an Milliarden Euro, die uns die Schadensbegrenzung kostet oder die Schadensbehebung, aber natürlich müssen wir alle Kosten miteinbeziehen, nämlich die gesellschaftlichen Kosten, die Personenschäden, die Sachschäden, das Leid, was entsteht, aber natürlich auch die Gesundheitsschäden, aber was es auch der Wirtschaft kostet. Das sage ich immer ganz bewusst in diesem Haus, weil ja die Wirtschaft schon immer als Argument, völlig zurecht, herangezogen wird, dass wir alles gesamtheitlich betrachten müssen.

Aber die größten Kosten entstehen, wenn wir nichts tun. Also das Nichthandeln in Bezug auf die Klimakatastrophe ist das, was uns am meisten Schäden verursacht. Und die Kosten des Nichthandelns werden momentan in Österreich mit 15 Milliarden Euro pro Jahr beziffert. Und wir diskutieren oft in diesem Haus über einzelne Maßnahmen, über Klimaschutzmaßnahmen oder notwendige Maßnahmen, damit wir dieser Klimakrise Herr werden und haben dann die Ziffern da und sagen, eigentlich ist das zu teuer. Und darum mag ich es noch einmal ganz aktiv hervorheben, wenn wir die Gesamtkosten heranziehen, wenn wir nichts tun, dann wird es viel, viel teurer.

Und darum ist es schon erstaunlich, dass immer wieder, auch heute noch einmal, davon geredet wird, dass wir nicht zu schnell etwas tun oder dass wir den Hausverstand einschalten oder dass wir in diesem kleinen Land, das wir ja sind, nicht allzu viel ausrichten können. Dem möchte ich entgegenstellen, dass die Klimakatastrophe uns alle betrifft, die gesamte Gesellschaft betrifft, die komplette Wirtschaft massiv betrifft, aber auch all unsere Lebensräume und all unsere Gewohnheiten mit voller Wucht trifft. Und vermutlich werden wir schon etwas schneller und etwas entschlossener auch an diesen Gewohnheiten arbeiten müssen, damit wir diese volle Wucht nicht so deutlich spüren.

Wir werden die Auswirkungen der Klimakrise jetzt heute nicht mehr sofort stoppen können. Das wissen wir auch von Expertinnen und Experten. Dafür ist es schon ein bisschen spät, weil wir lange wissenschaftliche Warnungen viel zu lange ignoriert haben, aber bis zur Mitte des Jahrhunderts bleibt uns noch die Zeit, zumindest Anpassungsstrategien zu entwickeln. Das heißt aber, dass wir jetzt sofort alles versuchen müssen, das fossile Zeitalter zu beenden und Abhängigkeiten zu beenden und uns nicht mehr primär für uns einsetzen, sondern jetzt uns primär für unsere Kinder einsetzen, um die Auswirkungen nämlich ab 2050 in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zu verringern, ohne jemanden nahe zu treten, aber da sind wir alle jetzt nicht mehr so aktiv wahrscheinlich dabei, das können wir noch machen. Und das ist, glaube ich, ganz wichtig, dass wir uns das immer wieder bei jeder Entscheidung noch einmal vorhersagen.

Weil die Uni Graz und die Meduni Wien, die haben jetzt wieder eine Studie herausgebracht, die diese Kosten, wo ich zuerst gesagt habe, 15 Milliarden Euro im Jahr, die steigen nämlich

auch exponentiell. Und eigentlich wird uns vorausgesagt, dass wir jedes Jahr mindestens 20 Milliarden Euro an Kosten haben nur in Österreich, was die Klimakrise verursachen wird. Das heißt, desto weniger wir handeln, desto mehr werden wir Kosten zu tragen haben.

Und wenn wir jetzt zurückkommen auf die Region, über die wir sprechen, der Gürtel, auch wenn das oft einmal nicht so erscheint, weil die Alpen sind, unser Raum ist grün, unser Raum ist naturvoll, wir haben immer noch Winter und Sommer und vier Jahreszeiten, aber es verändert sich, wenn wir das genau beobachten. Und gerade der Alpenraum, also unser Bereich, über den wir jetzt gerade sprechen, ist ganz besonders von der Klimakrise betroffen. Und auch dort sagen uns die ExpertInnen, dass Hagel, Tornados, Überflutungen, Hochwässer, Sturmschäden, mehr Energie durch die Klimaerwärmung zu massiven Schäden führen wird. Und diese Spanne zwischen diesen Jahrhundertereignissen eben schon lange keine Jahrhunderte mehr sind.

Und darum möchte ich hier am Schluss sagen, also wir stimmen zu, jede dieser Mehrjahresverpflichtungen, wir haben noch eine im Anschluss zu debattieren, sollte also nicht nur eine Debatte über das einzelne Projekt und die einzelnen Kosten sein, die uns aus diesem Projekt entstehen, sondern uns auch immer die Tragweite unseres Nichthandelns in Erinnerung rufen, und aus diesem Grund stimmen wir selbstverständlich zu. Dankeschön! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke, Frau Abgeordnete! Mir liegt nun keine weitere Wortmeldung mehr vor, daher schließe ich diese Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 512/2023, Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zum Generellen Projekt Grünaubach (flächenwirtschaftliches Projekt) an der L549 Almsee Straße bei km 6,120 in der Gemeinde Grünau im Almtal, zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 513/2023. Das ist der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zum Generellen Projekt Haibach an der L515 Eisenbirner Straße von km 22,000 bis km 26,100 in den Gemeinden Freinberg und Schardenberg, und ich bitte den Abgeordneten David Schießl über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Schießl:** Beilage 513/2023, Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zum Generellen Projekt Haibach an der L515 Eisenbirner Straße von km 22,000 bis km 26,100 in den Gemeinden Freinberg und Schardenberg.

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 513/2023.)

Der Ausschuss für Infrastruktur beantragt, der Oö. Landtag möge die finanzielle Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

**Dritter Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Wechselrede. Ich darf dazu dem Abgeordneten Handlos das Wort erteilen.

Abg. **Handlos:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Zuseher, liebe Kollegen! Die Errichtung von Wildholzrechen, Hochwasser-Dosiersperren und weitere Gewässerpflegemaßnahmen in den

nächsten 15 Jahren sind Inhalt dieser Beilage 513/2023. Auch hier in den Gemeinden Freinberg und Schardenberg liegt der Anlass des Projekts in Hochwasser und daraus resultierenden Folgeereignissen.

Frau Kollegin Engl, ich möchte aber schon noch ganz kurz anmerken, weil du sagst, dass jahrelang nichts passiert ist und jetzt haben wir die Erderhitzung, die Wildbach- und Lawinenverbauung ist aufgrund von großen Schadensereignissen vor 139 Jahren gegründet worden. Nur dass wir reden davon.

Da war mit der Erderhitzung, wie ihr das jetzt so gerne betitelt, glaube ich, noch nicht recht, da war es vielleicht noch ein bisschen lauwarm. Ich möchte mich trotzdem aber bedanken für die einstimmige Unterstützung im Ausschuss und ersuche um die Unterstützung hier im Landtag. Danke sehr! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke, Herr Abgeordneter! Als Nächste zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Gabi Knauseder. Bitte!

Abg. **Knauseder, MSc:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Am 25. Juli 2016 trat der sonst sanfte Haibach bei Freinberg im Bezirk Schärding über die Ufer. Anhaltende Starkregenereignisse führten zu diesem Hochwasser, lösten eine noch nie da gewesene Flutwelle aus, die ganze Straßenabschnitte wegschwemmte.

Neben dem entstandenen Sachschaden forderten die Wassermassen tragischerweise auch ein Menschenleben. Überschwemmungen sind mit Abstand die häufigste Form von Naturkatastrophen im östlichen Alpenraum, großteils verursacht durch Schmelzwasser oder Starkregen. Normalerweise eher kleine Bäche und Flüsse führen nach extremen Niederschlagsereignissen ungeheure Wassermassen mit sich.

Durch eine Verklausung mit Bäumen, Steinen, et cetera, wird zum Beispiel ein Rohr verstopft, ein Damm bricht, und das Unglück nimmt seinen Lauf. Oft steigt das Wasser in Windeseile und löst dadurch eine Katastrophe aus. Vor fast genau sieben Jahren hat ein solches auch die Nachbarstadt von Braunau auf einen Schlag verändert.

Nach fast 40 Stunden durchgehendem Starkregen rauschte am 1. Juni 2016 eine meterhohe Flutwelle durch Simbach und überflutete in kurzer Zeit weite Teile der Innenstadt und angrenzende Gebiete im Landkreis Rottal-Inn. Nicht der große Inn war hier für die Katastrophe verantwortlich, sondern der kleine Simbach, der der Stadt ihren Namen gibt.

Die überschwemmte Fläche war zeitweise doppelt so groß wie der Chiemsee. Autos wurden wie Spielzeuge weggeschwemmt, 400 Häuser liefen in kürzester Zeit voll, Baumstämme trieben durch Gärten. Mehr als 5.000 Haushalte waren von der Flut betroffen. Die B12 stand fast vier Meter unter Wasser. Fünf Menschen verloren in der Stadt ihr Leben, zwei weitere in den nahen Gemeinden.

Es entstand ein Sachschaden von rund 1,25 Milliarden Euro. Wochenlang waren Hundertschaften an Einsatzkräften und Freiwilligen im Einsatz. Die Schäden sind noch immer nicht restlos behoben. Besonders erwähnen möchte ich, dass im angrenzenden Braunau, nur eine Brücke weiter, fast nichts zu bemerken war.

Erst kreisende Hubschrauber und diverse Schocknachrichten und Schockvideos auf Social Media machten uns darauf aufmerksam. In Oberösterreich gibt es zahlreiche Maßnahmen zum Schutz vor Hochwasser, da das Bundesland aufgrund seiner topografischen Lage und den geografischen Gegebenheiten besonders anfällig für Hochwasserereignisse ist.

Auch in Freinberg kam es dadurch zu massiven Schäden, ebenso im angrenzenden Gebiet um Passau. Zum Schutz des Siedlungs- und Wirtschaftsraums und der Infrastruktur sollen nun auch hier Schutzmaßnahmen eingeleitet werden. Auch wenn wir solche Naturkatastrophen dadurch nicht ganz verhindern können, wir begrüßen dieses Projekt und stimmen der Mehrjahresverpflichtung gerne zu. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke, Frau Abgeordnete! Als Nächstem darf ich Herrn Abgeordneten Ecker das Wort erteilen.

Abg. ÖkR **Ecker:** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Dieses Projekt trägt dazu bei, dass in Zukunft Naturereignisse besser bewältigt werden. Naturereignisse, Starkregen, aber auch Lawinen und andere Schadereignisse hat es im Lauf der Zeit, im Laufe der Jahrhunderte immer gegeben.

Ich gebe zu, im Zeichen des Klimawandels treten diese Ereignisse öfter ein. Daher gibt es solche Projekte, die wir auch seitens des Landes unterstützen, da dieses Projekt eine Mehrjahresverpflichtung darstellt, von 2024 bis 2038 und hier verschiedene Maßnahmen gesetzt werden, dass solche große Schäden nicht mehr eintreten. Wildholzrechen, Hochwasser-Dosiersperren oder Gewässerpflegemaßnahmen, die eine Bauzeit von 15 Jahren und Gesamtkosten von 6,4 Millionen Euro verursachen.

Das Land Oberösterreich stellt hier einen Betrag von 576.000 Euro zur Verfügung, was sicher gut investiertes Geld ist, Geld, das in Zukunft durch die notwendigen Maßnahmen verhindern soll, dass solche Schäden nicht wieder entstehen. Oberösterreich hat in vielen Hochwasserschutz-Projekten viel Geld investiert, was notwendig war und für die Menschen wichtig und die Gebäude geschützt werden.

Diese Starkregenereignisse können wir nicht verhindern, können jederzeit auftreten und durch solche Investitionen sind die Schäden in Zukunft hoffentlich nicht mehr so groß. Daher brauchen wir weniger sanieren. Daher können wir in Zukunft Geld einsparen.

Ich bedanke mich für die Umsetzung und ich hoffe, dass wir solche Projekte auch weiterhin finanzieren, damit die Sicherheit der Menschen und der Gebäude gewährleistet wird. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke, Herr Abgeordneter! Als vermutlich letzte Rednerin zu dieser Beilage hat sich die Abgeordnete Engl zu Wort gemeldet.

Abg. **Mag. Engl:** Danke, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher! Ich halte mich kurz, weil ich beim vorherigen Punkt schon meine Gedanken zu den Ursachen mitgeteilt habe. Der Herr Kollege Handlos ist jetzt gerade leider nicht da. Da würde ich schon noch gerne etwas richtigstellen.

Mir ist natürlich schon der Unterschied zwischen den Sicherheitsmaßnahmen, sprich Lawinen und Lawinenverbauung bewusst. Das ist die Maßnahme, uns zu schützen. Das ist mir auch sehr bewusst, dass es das schon sehr lange gibt. Ich möchte aber auch dazustellen, dass es

auch die Klimadebatte schon etwas länger gibt, als sie vielleicht in diesem Haus die prioritäre Behandlung erfahren hat.

Auf was ich zuerst hinaus wollte ist, dass wir uns die Ursachen anschauen, weil wir können natürlich jetzt sagen, wir haben die besten Schutzmaßnahmen. Wir verbauen und schauen, dass diese Schäden behoben werden und dass, wenn möglich, wenn das nächste Ereignis eintritt, wir keinen so großen Schaden haben. Ich würde mir auch wünschen, dass wir sagen, wir machen jetzt eine tolle Schutzmaßnahme, und dann kommt kein Sturm mehr und kein Hochwasser und kein Hagelereignis.

Das wird es halt leider nicht spielen. Also sie werden mehr. Das heißt, wir müssen da mehr investieren, und darum ist es ja so wichtig, dass wir in die grundlegende Prävention, sprich in die Klimawandel-Anpassungspolitik investieren. Das war der Grund, warum ich zuerst eine Grundsatzrede zu den Ursachen gehalten habe, was denn damit alles zusammenhängen könnte.

Natürlich unterstützen wir auch diese Beilage, die Mehrjahresverpflichtung. Neben den gesellschaftlichen Kosten, die ich zuerst schon erwähnt habe, würde ich heute zum Abschluss noch einmal auf das hinkommen, was wir zuerst über den Boden und über die Fläche und über das Versiegeln gesprochen haben.

Auch da streiten wir immer leidenschaftlich in diesem Haus, was wir denn jetzt gleich machen sollen oder was wir etwas später machen sollen, oder was jetzt möglich ist und was nicht möglich ist. Ja, die Verbauung und die Versiegelung und der Flächenverbrauch ist einer der Hauptursachen von Hochwässern, die entstehen.

Hochwasser und die Jahrhunderthochwasser, weil zuerst auch schon gesagt, die Abstände werden immer kürzer. Das ist auch die Ursache. Darum müssen wir uns mit den Ursachen auseinandersetzen, weil das Eine sind die Schutzmaßnahmen. Vielleicht richten Sie es dem Kollegen Handlos noch einmal aus, und das Andere sind die großen Ursachen, die wir nicht wegleugnen können, und die nur dann gelingen, wenn wir alle entschieden intensiv daran arbeiten, dass wir das anpassen, was geht und verhindern, ich habe es zuerst gesagt, ab 2050 in der zweiten Jahrhunderthälfte.

Also, wir stimmen zu, auch wenn es viel Geld kosten wird. Vielen Dank. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke. Mir ist nun niemand mehr zu Wort gemeldet. Daher schließe ich diese Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 513/2023 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 514/2023. Das ist der Bericht des Verfassungsausschusses betreffend das oberösterreichische Pensionsanpassungsgesetz 2023, und ich ersuche Abgeordneten Peter Csar über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Dr. Csar:** Beilage 514/2023, des Verfassungsausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbeamten-Pensionsgesetz geändert wird (Oö. Pensionsapassungsgesetz 2023).  
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 514/2023.)



Der Verfassungsausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbeamten-Pensionsgesetz geändert wird (Oö. Pensionsanpassungsgesetz 2023), beschließen.

**Dritter Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung, eröffne die Wechselrede und darf dir dazu gleich das Wort erteilen.

Abg. **Dr. Csar:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer hier und vor den Bildschirmen! Ich versuche, das Thema anhand eines Beispiels zu erklären. Ein Pensionist geht im Jänner 2022 in Pension. Er erhält eine monatliche Pension von rund 2.000 Euro. Mit Jänner 2023 wird diese Pension um 5,8 Prozent, das ist der Prozentsatz, der österreichweit Gültigkeit hat, erhöht.

Das heißt, er erhält ab Jänner 2023 2.116 Euro monatlich, somit um 116 Euro monatlich mehr. Diese Regelung, glauben wir alle, die gilt für alle Pensionistinnen und Pensionisten in Österreich. Das ist aber nicht so. Sie gilt nicht für die Landesbeamtinnen und -beamten und für die Gemeindebeamtinnen und -beamten, die auch im Jänner 2022 in Pension gegangen sind.

Das gilt also nicht für alle, die im Jahr 2022 den Ruhestand angetreten haben. Das, obwohl wir jetzt eine galoppierende Inflation haben, eine Inflation, die bedeutet, dass der Kaufkraftverlust überall eintritt und damit die 2.000 Euro nicht mehr die 2.000 Euro wert sind. Das gehört geändert, und daher haben wir auch gesagt, das ist nicht einzusehen, dass es im Landesdienst diese Regelung nicht gibt.

Es ist nicht einzusehen, dass so eine ungerechte Regelung besteht, und dass die Landesbediensteten in Oberösterreich hier einen Kaufkraftverlust haben wegen der Inflation und diese Benachteiligung in Kauf nehmen müssen. Daher gehört es abgeändert. Es gibt deswegen auch einen Antrag der Personalvertretung an den Herrn Landeshauptmann und der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, um das abzuändern.

Der Herr Landeshauptmann hat nach einer Prüfung dieser Situation dann auch sofort zugesagt, ja, diese ungerechte Situation gehört beseitigt, gehört abgeschafft. Daher wird kein Privileg des öffentlichen Dienstes, der Landesbeamtinnen und -beamten eingeführt, sondern nur ein Gebot der Fairness umgesetzt.

Daher ein herzliches Danke an unseren Landeshauptmann als Personalreferent und als Finanzreferent, dass er dieser Initiative sofort zugestimmt hat und den Auftrag gegeben hat, diese Gesetzesnovelle auszuarbeiten und heute auch in den Landtag zu bringen. Dankeschön. (Beifall)

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass diese Änderung eine kleine Änderung ist. Es trifft im Landesdienst jetzt rund 180 Personen, aber diese Änderung auch eine Frage ist, wie gehe ich mit den Mitarbeiterinnen, den Mitarbeitern in der Arbeit, die für mich viele Jahre gearbeitet haben, auch um.

Das ist auch eine Frage der Wertschätzung. Was vermittele ich auch damit, wenn diese Pensionen nicht erhöht werden? Und wie gehe ich auch damit um, dass andere Pensionistinnen und Pensionisten besser behandelt werden als die Pensionisten hier im Landesdienst, die in den Ruhestand gegangen sind?

Bedenken wir dabei, dass wir auf die Arbeitsleistung dieser Landesbeamtinnen und Landesbeamten auch besonders achtsam sind und besonders berücksichtigen haben und auch darüber froh waren, die Pandemiezeit war da ein Beispiel.

Auf diese Stammmannschaft haben wir uns verlassen können, und diese Stammmannschaft hat eine hervorragende Arbeit geleistet, in der Verwaltung, in den Bezirkshauptmannschaften, in den Gesundheitsbereichen, aber auch in der Altenbetreuung.

Daher ist es ein Gebot der Fairness, der gerechten Behandlung, dass diese Pensionsbestimmung auch hier eingeführt wird, und eine gleiche Bestimmung wie in der allgemeinen Pensionsregelung ist, die in der allgemeinen Privatwirtschaft auch Gültigkeit hat, auch im Landesdienst eingeführt wird.

Ich ersuche daher alle Abgeordneten des Landtags, diesen Ausdruck der Wertschätzung auch den Landesbeamtinnen und -beamten zuteilwerden zu lassen und ersuche um breite Zustimmung. Ich weiß, dass das nicht ganz unkritisch gesehen worden ist. Im Ausschuss wurde eine kurze Wortmeldung dazu abgegeben.

Ich möchte auch deswegen sagen, dass ich deswegen eine faktenorientierte, basisorientierte Darstellung gewählt habe, dass es auch alle verstehen, dass wir dementsprechend eine hundertprozentige Zustimmung erhalten. Ich ersuche um Zustimmung und freue mich darauf. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke, Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kroiß. Bitte sehr!

Abg. **Kroiß:** Werter Herr Präsident, werter Kollegen im Landtag! Ich darf meinem Vorredner Peter Csar, da im Landtag ja schon ausführlich darüber informiert worden ist, kann ich meinen Redebeitrag hier kurzhalten. Wie gesagt, ein fundamentaler Baustein dieses Gesetzesentwurfes ist unter anderem der Wegfall der verzögerten Pensionserstanpassung für Beamtinnen und Beamte des Landes Oberösterreich.

Diese bis dato geltende Ungleichbehandlung gegenüber den ASVG-Versicherten bei diesem Thema Pensionserstanpassung wurde ja vom Parlament für Bundesbeamte ja schon abgestellt und soll mit dem heutigen Beschluss auch rückwirkend für alle Kollegen, die 2022 ihren wohlverdienten Ruhestand schon angetreten haben, nun auch für Beamte und Beamtinnen des Landes Oberösterreich gelten.

Für uns Freiheitliche hat immer gegolten, wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss dementsprechend im Ruhestand nach dem Vertrauensgrundsatz soziale Sicherheit erwarten können, und wir sind schon immer gegen die historisch gewachsenen diversen rechtlichen Pensionsunterschiede zwischen ASVG und dem Beamtentum aufgetreten.

Diese Verzögerungsregelung bei der Pensionsanpassung für Beamte ist auch einmal nicht mehr zeitgemäß und somit nicht mehr zu rechtfertigen und sie schafft signifikante finanzielle und nachhaltige Einbußen bei den Betroffenen und widerspricht dem Wertsicherungsversprechen im Generationenvertrag.

Die Zahlen sind im vorliegenden Ausschussbericht ja angeführt. Ohne einen heutigen Beschluss würden alleine 2025 eine Million Euro und 2026 über 1,25 Millionen Euro

Pensionswertsicherung dem betroffenen Personenkreis vorenthalten. Altern in Würde darf in Oberösterreich kein Schlagwort sein.

Eine wertangepasste Pensionszahlung ist die Grundlage dazu. Der vorliegenden Beilage wird unsererseits zugestimmt. Vielen herzlichen Dank. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke, Herr Abgeordneter! Als Nächste darf ich Frau Abgeordnete Heitz um ihre Wortmeldung ersuchen.

Abg. **Heitz:** Werter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie und an den Bildschirmen! Eine aktuelle Ungleichbehandlung zwischen Landesbeamten und Vertragsbediensteten bei Pensionserhöhungen wird heute gesetzlich repariert. Das ist die erfreuliche Zusammenfassung des vorliegenden Gesetzestextes, und der Kollege Csar hat es ja wirklich ausführlich erläutert.

Bisher haben Beamte erst ab dem zweitfolgenden Kalenderjahr nach Pensionsantritt ihre erste Pensionserhöhung erhalten, und das wollen wir jetzt ändern. Das vorliegende Gesetz erfüllt damit auch eine Forderung der Gewerkschaften, darunter auch der FSG seitens der Yunion und der GÖD, und auch hier im Landtag haben wir das ja schon diskutiert.

Dass das Gesetz rückwirkend mit 1. Jänner 2022 gelten soll, begrüßen wir ganz besonders, denn in Zeiten, wo die monatlichen Teuerungsraten Rekordhöhen erreichen, ist das ein überfälliger Akt der Gerechtigkeit. Eine Erhöhung von 5,8 Prozent, wie sie heuer für Pensionen gewährt wurde, ist im Vergleich zu so manchen Lohnabschlüssen ohnehin nicht überzogen. Wir werden dem Oö. Pensionsanpassungsgesetz 2023, mit dem das Oö. Landesbeamtenpensionsgesetz geändert wird, somit unsere Zustimmung geben. (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Abgeordnete Ines Vukajlović.

Abg. **Vukajlović, MSc BA:** Danke! Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen und alle, die uns zusehen! Ja, zum vorliegenden Landesgesetz, das uns als Oö. Pensionsanpassungsgesetz vorliegt, kann ich die Position der Grünen Fraktion kurz und klar dann darlegen, es ist gut und richtig, was umgesetzt wird und dass die bisher bestehende Ungleichbehandlung zwischen LandesbeamtInnen und Vertragsbediensteten bei Pensionserhöhungen gesetzlich repariert wird. Die gesetzlichen Voraussetzungen sind jetzt eh schon von meinen Vorrednern ausführlich genannt worden.

Ich möchte nur kurz ergänzen, es ist wichtig, dass wir es machen. Gerade in einer Zeit einer galoppierenden Inflation. Denn die Teuerung trifft alle und vor allem Menschen mit geringen und mittleren Pensionen, die spüren es umso mehr. Um es klar zu sagen, auch ohne diese Teuerungswelle wäre die Klarstellung aus unserer Sicht notwendig. Weil es auch mit der Wertschätzung von MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes zu tun hat.

Umso mehr, wenn wir uns vor Augen führen, dass in den nächsten 15 Jahren die Hälfte der Mitarbeiter/innen im Landesdienst in Pension gehen wird. Denn wenn sich Menschen in ihrem Berufsleben für den öffentlichen Dienst entscheiden und ihre Kenntnisse, ihre Fähigkeiten und ihre Leidenschaft dem Land Oberösterreich, und somit unserer Gesellschaft zur Verfügung stellen, dann ist es wichtig und richtig, dass diese Wertschätzung während ihrer Tätigkeit und während ihrer Arbeit gezeigt wird. Und auch wenn sie in Pension treten.

Ich darf kurz darauf zurückkommen, wie es bisher war. Nämlich dass BeamtInnen auf Landes- und Gemeindeebene erst ab dem zweitfolgenden Kalenderjahr nach Pensionsantritt die erste Erhöhung erhalten haben. Das ist jetzt Geschichte. Denn mit dieser Gesetzesnovelle schafft man auch eine lang überfällige Gleichstellung zwischen BeamtInnen und Vertragsbediensteten. Ich freue mich, dass es nun erfolgen wird. Und die Grüne Fraktion stimmt diesem Antrag natürlich zu. Aber ein großes und eigentlich das größte Danke möchte ich all jenen aussprechen, die in dieser Phase das Erwerbsleben abgeschlossen haben. Die fertig sind. Die sich anderen Dingen, anderen Lebensabschnitten widmen. Danke allen im Landesdienst für ihre Tätigkeit und auch für den Dienst an alle OberösterreicherInnen! (Beifall)

**Dritter Präsident:** Danke, Frau Abgeordnete! Da nun keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich diese Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 514/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen und die Abgeordneten der Fraktion der MFG heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 529/2023. Das ist der Initiativantrag betreffend ein realitätsgetreues Strompreisbestimmungsmodell für die Zeit der Energiekrise einführen. Ich bitte den Abgeordneten Thomas Antlinger über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Antlinger, B.Ed.Univ.:** Beilage 529/2023; Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend ein realitätsgetreues Strompreisbestimmungsmodell für die Zeit der Energiekrise einführen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 529/2023.)

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf europäischer Ebene für die Einführung eines Mischpreismodells bei der Bestimmung des Strompreises einzusetzen, das auf die Kosten der anteilig tatsächlich bei der Stromerzeugung verwendeten Energieträger abstellt.

**Dritter Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich komme daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 529/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 530/2023. Das ist der Initiativantrag betreffend klares NEIN zu rechtlichen Lockerungen der Cannabispolitik auf EU-Ebene. Ich ersuche den Abgeordneten Wolfgang Stanek über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Stanek:** Beilage 530/2023; Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend klares NEIN zu rechtlichen Lockerungen der Cannabispolitik auf EU-Ebene. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 530/2023.)

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass es auf europäischer Ebene zu keiner Legalisierung von Cannabis kommt.

**Dritter Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe daher die Wechselrede, und wir kommen zur

Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 530/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Es folgt nun die Zuweisung der Beilagen, die im Verlauf der Landtagssitzung eingelangt sind. Beilage 532/2023, Initiativantrag betreffend das Modell Leasingfahrrad im Oö. Landesdienst ermöglichen.

Beilage 533/2023, Initiativantrag betreffend Regierungsmonitor für Oberösterreich. Diese Beilagen werden dem Verfassungsausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 534/2023, Initiativantrag betreffend Sozialraumorientierung im Gesundheits- und Pflegebereich. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Gesundheit- und Soziales zugewiesen.

Beilage 535/2023, Initiativantrag betreffend stärkere Gewichtung ökologischer Interessen im Oö. Raumordnungsgesetz. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberatung zugewiesen.

Damit haben wir das Programm der heutigen Sitzung abgearbeitet. Ich darf im Namen vom Ersten Präsidenten Max Hiegelsberger darauf hinweisen, dass es draußen noch die Gelegenheit zur Stärkung gibt, insbesondere falls er noch da ist, kann man mit dem Abgeordneten Klinger anstoßen, der hat gestern Geburtstag gehabt. Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 15.26 Uhr)